



Silvia Simon

## Wandel der Familie und Ansätze der Familienpolitik

Beitrag der Familienpolitik zu einer zukunftsfähigen  
Entwicklung im Fürstentum Liechtenstein



# Beiträge 39/2007



## Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 39/2007

---

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“  
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt: Dr. Silvia Simon (si@liechtenstein-institut.li)

Silvia Simon  
**Wandel der Familie und Ansätze der  
Familienpolitik**  
Beitrag der Familienpolitik zu einer zukunftsfähigen  
Entwicklung im Fürstentum Liechtenstein

Beiträge Nr. 39/2007 – ISBN 978-3-9523122-7-8

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

---

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern  
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22  
<http://www.liechtenstein-institut.li> - [admin@liechtenstein-institut.li](mailto:admin@liechtenstein-institut.li)



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Statistische Grundlagen</b>	<b>1</b>
2.1	Bevölkerungsstruktur und -entwicklung	1
2.2	Haushaltsstrukturen und Familienformen	10
2.3	Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern	18
2.4	Haus- und Familienarbeit sowie Einstellungsmerkmale der Bevölkerung	27
2.5	Einkommenssituation von Familien	31
2.6	Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen	33
<b>3</b>	<b>Definitorische Grundlagen und Begriffsbestimmungen</b>	<b>40</b>
3.1	Familie – Begriff, Funktion und Bedeutungswandel	41
3.1.1	Definition und Wandel der Familie	41
3.1.2	Funktionen der Familie	42
3.2	Familienpolitik – Maßnahmen und Modelle	43
<b>4</b>	<b>Allokative Begründung einer staatlichen Familienpolitik</b>	<b>46</b>
4.1	Beitrag der Familie zu wirtschaftlichem Wachstum	46
4.2	Positive Externalitäten und allokatives Marktversagen	49
<b>5</b>	<b>Determinanten der Fertilitätsentscheidung auf der Mikroebene</b>	<b>51</b>
5.1	Einflussfaktoren im Überblick	51
5.2	Ökonomische Entscheidungsgrundlage des Geburtenverhaltens	53
<b>6</b>	<b>Nachhaltige Familienpolitik zur Zukunftssicherung</b>	<b>56</b>
6.1	Begriffsbestimmung	56
6.2	Komponenten einer nachhaltigen Familienpolitik	57
6.2.1	Beseitigung von Familienarmut und Förderung des Wohls der Kinder	57
6.2.2	Bevölkerungsorientierung der Familienpolitik	58
6.2.3	Bedürfnisorientierung der Familienpolitik in Verbindung mit Wahlfreiheit	59

<b>7</b>	<b>Theoretische und empirische Grundlagen versus Status Quo in Liechtenstein</b>	<b>63</b>
7.1	Opportunitätskosten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf	65
7.1.1	Außerhäusliche Kinderbetreuung	69
7.1.2	Maßnahmen der Zeitpolitik – Neustrukturierung der Arbeitszeit	77
7.1.3	Maßnahmen der Zeitpolitik - Elternurlaub	82
7.2	Direkte Kosten der Fertilitätsentscheidung	86
7.3	Erziehungsleistung und Erziehungsgeld	89
7.4	Gesellschaftliche Wert- und Rollenvorstellungen	91
<b>8</b>	<b>Ansatzpunkte für die liechtensteinische Familienpolitik</b>	<b>93</b>
<b>9</b>	<b>Literatur</b>	<b>100</b>

# 1 Einleitung

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat das Jahr 2007 zum «Jahr der Familie» deklariert und damit einen wichtigen Pfeiler der Zukunftsfähigkeit Liechtensteins in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt.

Zielsetzung der folgenden Ausführungen ist es, den Status quo der Familienpolitik in Liechtenstein zu analysieren und zentrale Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige und damit nachhaltige Familienpolitik zu benennen. Dafür werden in einem ersten Schritt familienpolitisch relevante Entwicklungen im Fürstentum Liechtenstein nachgezeichnet. Darauf aufbauend werden wichtige definitorische Abgrenzungen zu Objekt und Inhalt der Familienpolitik vorgenommen, bevor anschließend die alloкатive Notwendigkeit einer staatlichen Familienpolitik erläutert und die Determinanten der individuellen Fertilitätsentscheidung analysiert werden. Schließlich werden die zentralen Zielsetzungen und Faktoren einer zukunftsfähigen und damit nachhaltigen Familienpolitik für das Fürstentum Liechtenstein benannt und auf der Basis internationaler Vergleichsstudien mit der aktuellen Politikpraxis in Liechtenstein verglichen. Diese Gegenüberstellung mündet in die Ableitung konkreter Implikationen für die liechtensteinische Familienpolitik, die sich allerdings nur auf einige wenige zentrale Ansatzpunkte beziehen und nicht als familienpolitisches Gesamtkonzept zu interpretieren sind.

## 2 Statistische Grundlagen

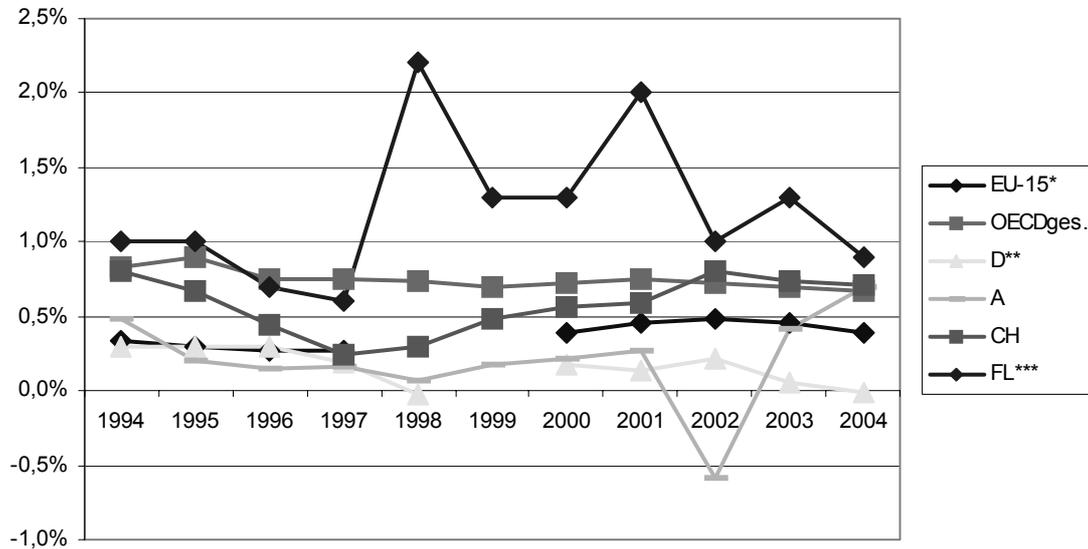
### 2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2005 beläuft sich die Wohnbevölkerung Liechtensteins auf 34.905 Personen. Das sind mehr als doppelt so viele Einwohner wie im Jahr 1960 und 40 Prozent mehr als 1980.<sup>1</sup> Liechtenstein weist im OECD-Vergleich ein überdurchschnittliches **Bevölkerungswachstum** auf.

---

<sup>1</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 92.

**Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung im internationalen Vergleich (jährliche Veränderung in Prozent)**



\*keine Daten für 1999 verfügbar

\*\*keine Daten für 1998/99 verfügbar

\*\*\*bezogen auf ständige Bevölkerung

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2006), S. 14; Amt für Volkswirtschaft (2006b), S. 53 f.

Im direkten Vergleich mit der Schweiz<sup>2</sup> hat sich die liechtensteinische Wohnbevölkerung seit 1980 doppelt so dynamisch entwickelt. Allerdings fällt auf, dass in der Schweiz im Gegensatz zu Liechtenstein die ausländische Wohnbevölkerung überproportional zugenommen hat, was unter anderem auf die unterschiedlichen Gesetzesreformen beider Länder über den Zuzug von Ausländern zurückzuführen ist. Schließlich ist die Ausgangsbasis im Jahr 1980 für beide Länder höchst unterschiedlich.<sup>3</sup>

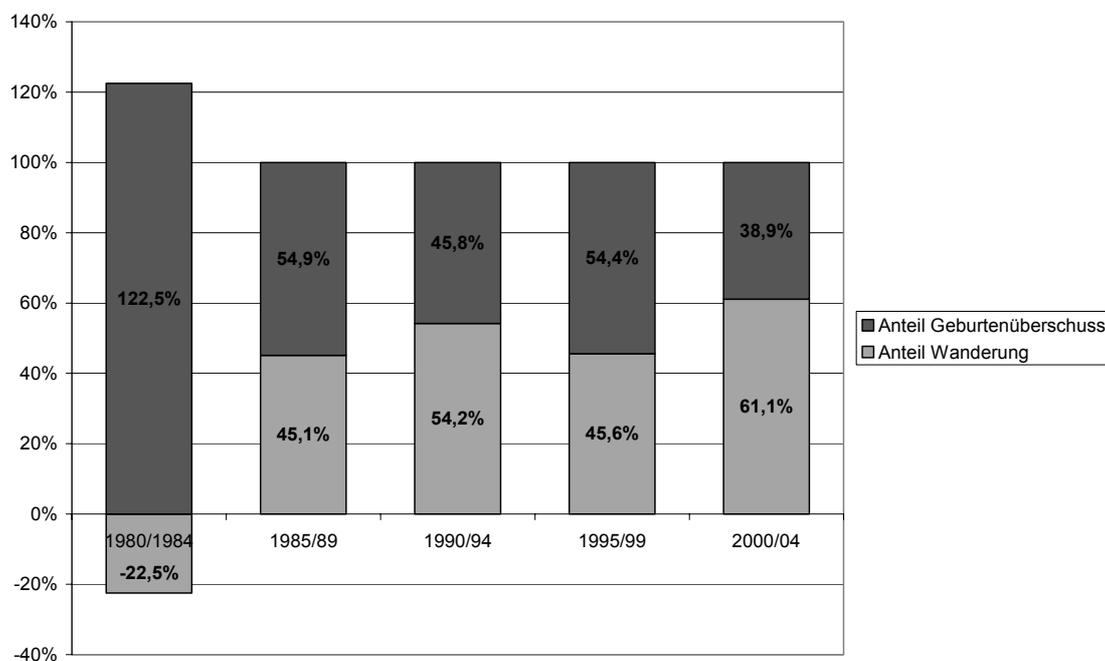
Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus dem **Wanderungssaldo** und der **natürlichen Bevölkerungsbewegung** zusammen, die sich aus der Differenz zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen ergibt. In der liechtensteinischen Statistik werden die Wanderungsbewegungen nicht eigenständig erfasst, sondern der Wanderungssaldo aus der Differenz von Bevölkerungsentwicklung und Geburtenüberschuss errechnet. Sowohl Wandergewinn als auch Geburtenüberschuss haben in den letzten Jahrzehnten anteilmäßig entscheidend zum liechtensteinischen Bevölkerungswachstum beigetragen. Im Jahr

<sup>2</sup> Vgl. BFS (2007), S. 5.

<sup>3</sup> So lag im Jahr 1980 der Ausländeranteil in Liechtenstein bei 36,9 Prozent und in der Schweiz bei 14,1 Prozent.

2005 entfallen 54,4 Prozent auf den Geburtenüberschuss und 45,6 Prozent auf den Wanderungsgewinn.<sup>4</sup>

**Abbildung 2: Beitrag des Geburtenüberschusses und Wanderungsgewinns zum liechtensteinischen Bevölkerungswachstum im Zeitverlauf**

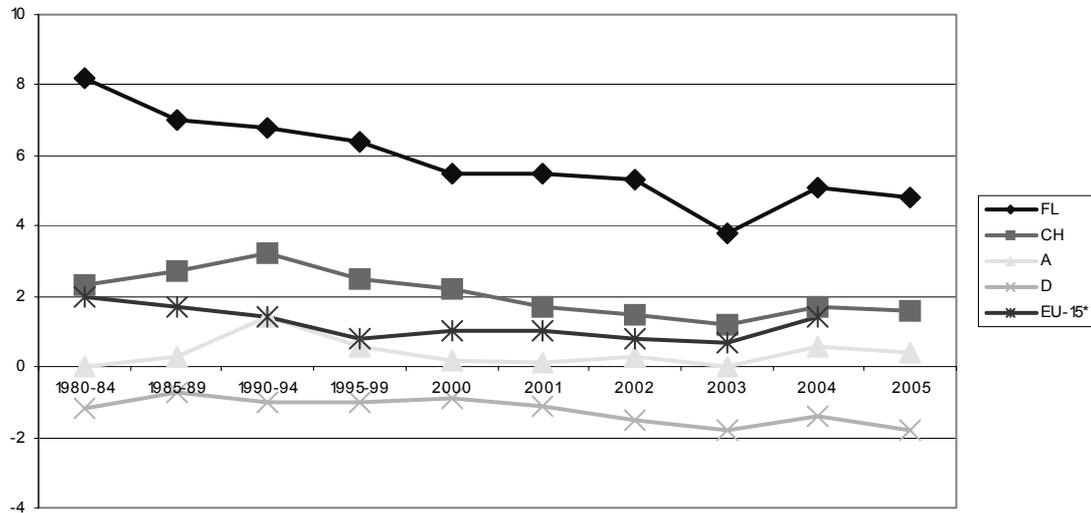


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2004), S. 62.

Wendet man sich zunächst der **natürlichen Bevölkerungsbewegung** zu, so weist Liechtenstein im europäischen Vergleich ein überdurchschnittliches Wachstum auf, das allerdings tendenziell rückläufig ist.

<sup>4</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 11.

**Abbildung 3: Natürliches Bevölkerungswachstum (Wachstumsrate je 1.000 Einwohner) im europäischen Vergleich**



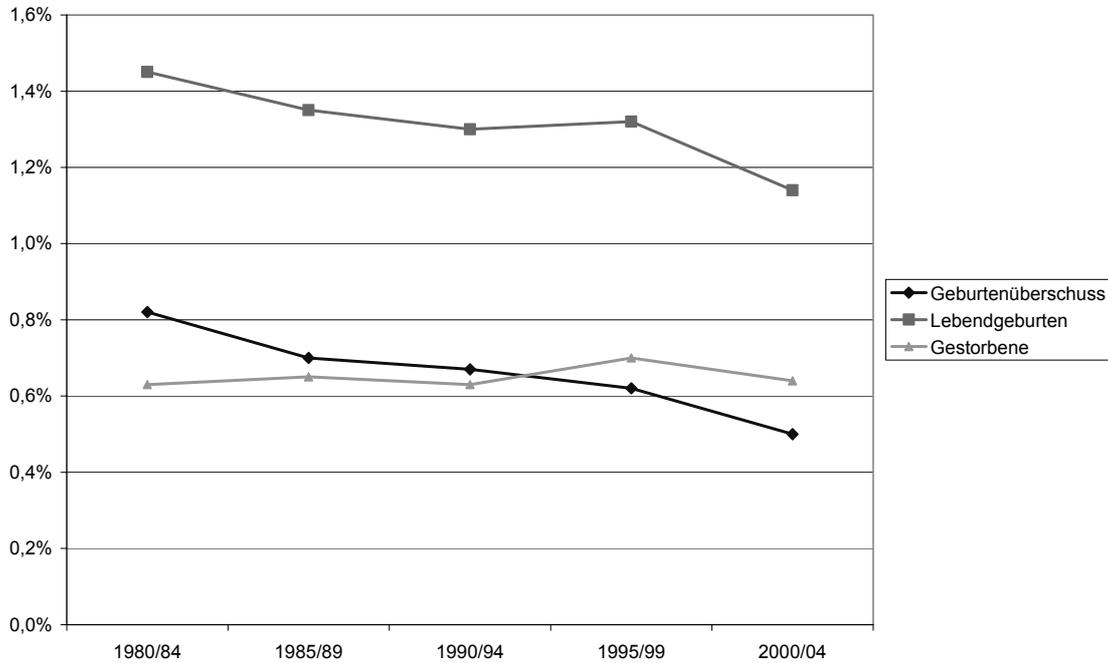
\*noch keine Daten für 2005 verfügbar

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2006e), S. 36.

Der jährliche Geburtenüberschuss ist in Liechtenstein seit den 1980er Jahren um rund 20 Prozent gesunken, obwohl die Wohnbevölkerung seither um fast 30 Prozent angestiegen ist. Entsprechend ist der Geburtenüberschuss im Verhältnis zur Wohnbevölkerung von 0,8 Prozent im Fünfjahresmittel 1980/84 auf 0,5 Prozent in 2000/04 zurückgegangen.<sup>5</sup> Bezieht man die Anzahl der Lebendgeburten sowie der Sterbefälle auf die Wohnbevölkerung, so ergibt sich für das Sterbeverhältnis ein konstanter Wert von 0,6 Prozent, während das Geburtenverhältnis von 1,5 Prozent im Fünfjahresmittel 1980/84 auf 1,1 Prozent in 2000/04 gesunken ist.

<sup>5</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2004), S. 62.

**Abbildung 4: Entwicklung der Verhältnisse von Geburtenüberschuss, Lebendgeburten und Gestorbenen zur Wohnbevölkerung**



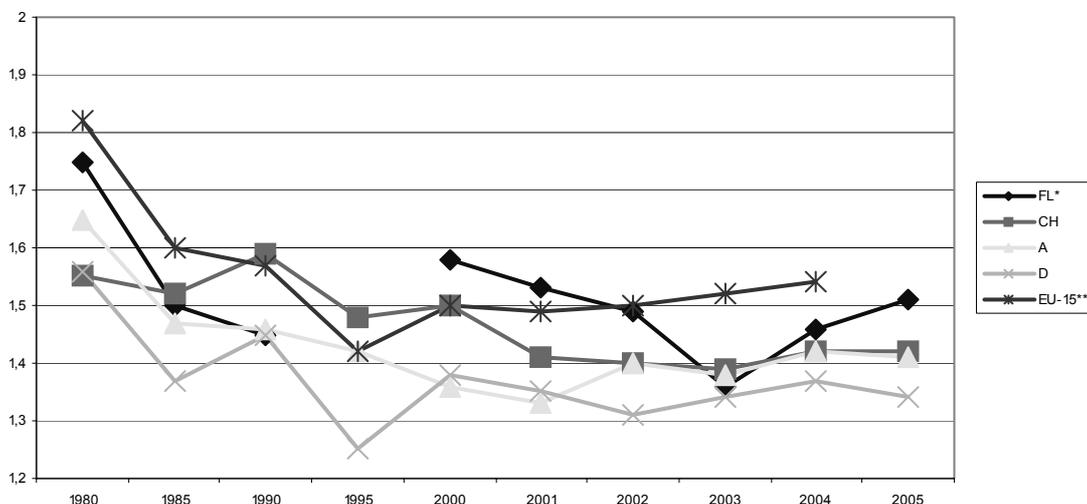
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2004), S. 62.

Damit eine Bevölkerung auch ohne Zuwanderung und Einbürgerung langfristig konstant bleibt, müsste die Gesamtfruchtbarkeitsrate in Industrieländern bei 2,1 liegen.<sup>6</sup> Tatsächlich bringt in Liechtenstein heute eine Frau aber durchschnittlich nur 1,51 Kinder zur Welt und liegt damit im EU-Durchschnitt.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2004), S. 12.

<sup>7</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 36. Ausführliche Informationen zur Fertilitätsentwicklung in den OECD-Ländern siehe Sleebos (2003), S. 11 ff.

Abbildung 5: Entwicklung der Gesamfruchtbarkeitsrate im europäischen Vergleich



\*keine Daten für 1995 verfügbar

\*\*noch keine Daten für 2005 verfügbar

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 36.

Trotz des aktuellen Anstiegs der Gesamfruchtbarkeitsrate ist diese langfristig im Sinken begriffen. Die geringe Fertilitätsneigung spiegelt sich sowohl in der Kinderlosigkeit wie auch in einer geringen Kinderzahl pro Frau wider. So waren im Jahr 2000 fast die Hälfte aller Frauen über 15 Jahren kinderlos. Selbst ein Drittel aller in einer Partnerschaft lebenden Frauen hatten keine Kinder.<sup>8</sup> Für Liechtenstein gibt es leider keine Daten über die konkrete Anzahl endgültig kinderloser Frauen, so dass auf die Zahlen der Schweizer Volkszählung aus dem Jahr 2000 zurückgegriffen wird, wo über ein Fünftel aller Frauen des Geburtsjahrganges 1960 zum Zeitpunkt der Volkszählung kinderlos sind und damit höchstwahrscheinlich auch kinderlos bleiben.<sup>9</sup>

In Liechtenstein hat sich die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer von 47,2 im Jahr 2000 auf 42,2 im Jahr 2005 reduziert.<sup>10</sup> Sie gibt über die Anzahl der Lebendgeburten pro Jahr je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren Auskunft. Deutliche Unterschiede existieren allerdings nach Altersklassen der Frauen. Die mit Abstand höchste Fruchtbarkeitsziffer von 112,8 weisen die 30- bis 34-Jährigen auf. Entsprechend hat sich auch das Durchschnittsalter der Mütter im Zeitverlauf sukzessive erhöht und liegt derzeit bei

<sup>8</sup> Vgl. die Antwort der Regierung auf die Kleine Anfrage der FL-Abgeordneten Andrea Matt am 14.03.07 unter <http://www.llv.li/llv-portal-kleineanfragen-aktuell> (Abruf vom 27.03.2007).

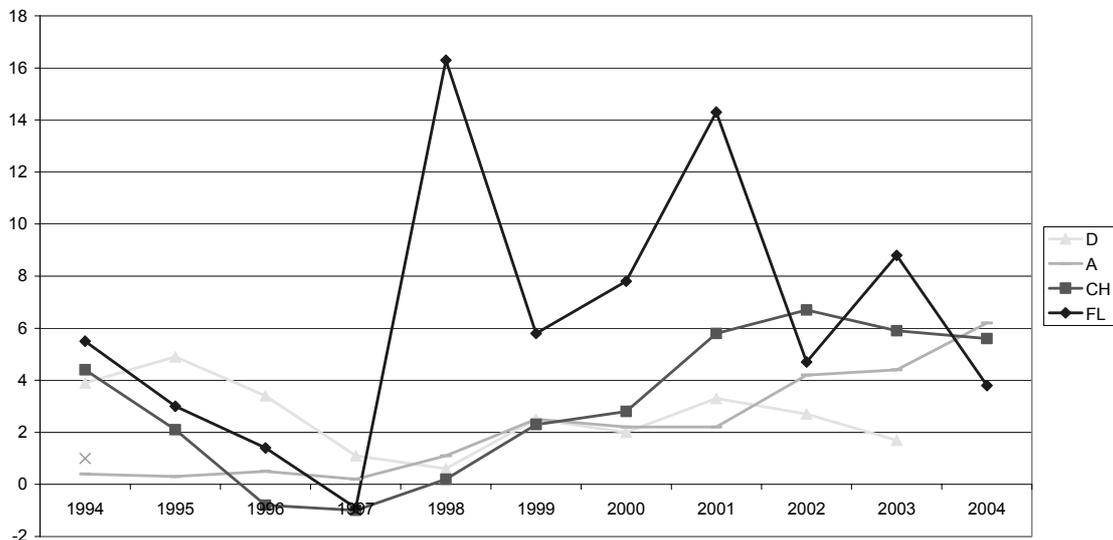
<sup>9</sup> Vgl. EDI (2004), S. 30.

<sup>10</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 12.

31,3 Jahren<sup>11</sup> und damit um fast ein Jahr höher als im Durchschnitt der EU-15-Länder. Das beobachtbare spätere Gebäralter von Frauen lässt sich mit Hilfe der Theorie endogener Fertilität im Wesentlichen auf Opportunitätskostenüberlegungen und damit auf die gestiegene Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückführen.<sup>12</sup> Zusammen genommen entscheiden sich Frauen in Liechtenstein immer weniger häufig und außerdem zu einem späteren Zeitpunkt für Kinder.

Wendet man sich nun dem **Wanderungssaldo** zu, so fällt dieser für Liechtenstein im Vergleich mit seinen Nachbarländern überdurchschnittlich positiv aus.

**Abbildung 6: Entwicklung des Wanderungssaldos je 1.000 Einwohner im internationalen Vergleich**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2006), S. 25; Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 53 f.

Liechtenstein verzeichnet mit wenigen Ausnahmen einen jährlichen Wandergewinn, der sich in den letzten Dekaden auf durchschnittlich 200 Personen pro Jahr eingependelt hat.<sup>13</sup>

Angesichts der Tatsache, dass sich Liechtenstein faktisch zu einem Einwanderungsland entwickelt hat, weist es mit einem Ausländeranteil von derzeit 34,1 Prozent einen im internationalen und europäischen Maßstab sehr hohen Wert auf.<sup>14</sup>

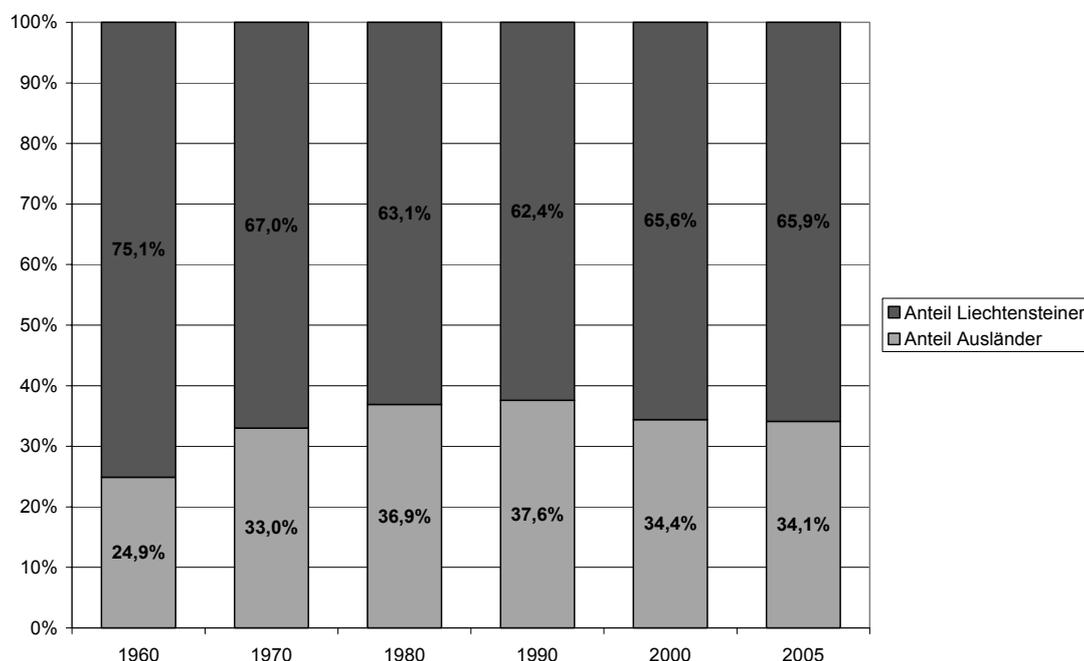
<sup>11</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 12.

<sup>12</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 111.

<sup>13</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005d), S. 62.

<sup>14</sup> Vgl. Eurostat (2006), S. 2.

**Abbildung 7: Entwicklung des Ausländeranteils in der ständigen Wohnbevölkerung**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 93.

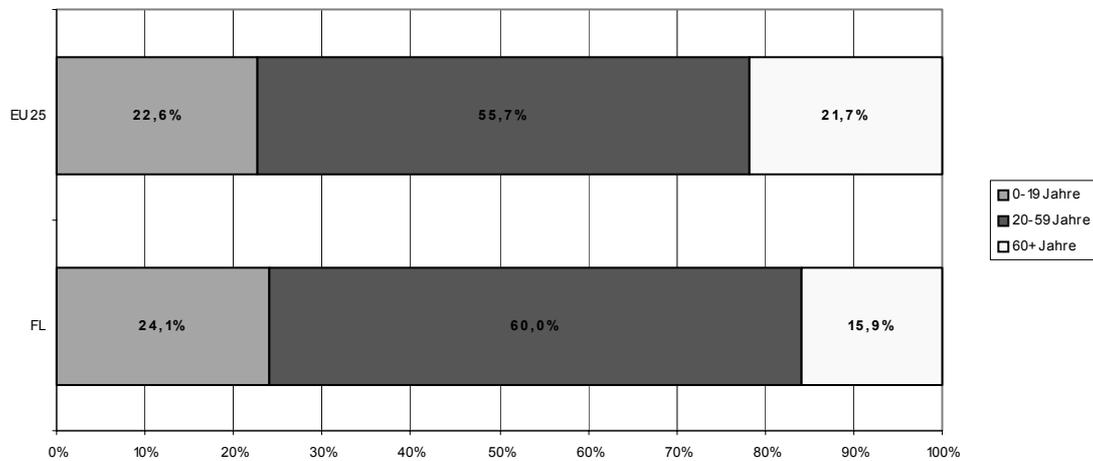
Insgesamt umfasst die ständige Wohnbevölkerung Liechtensteins aktuell 11.917 Ausländer; die meisten davon Niedergelassene und Jahresaufenthalter. Hinzu kommen noch diejenigen Ausländer, die zur nicht-ständigen Bevölkerung zählen. Die Anzahl von Personen mit ausländischen Wurzeln fällt allerdings weit höher aus als die in der Bevölkerungsstatistik ausgewiesenen Ausländergruppen,<sup>15</sup> was zum einen daran liegt, dass die Liechtensteiner mit doppelter Staatsbürgerschaft als Liechtensteiner gezählt werden und zum anderen, dass ein Teil der Liechtensteiner die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erst durch Einbürgerung erhalten hat, wobei beide Gruppen nur teilweise identisch sind. Die meisten Ausländer in Liechtenstein sind Schweizer Staatsbürger, gefolgt von Österreichern, Italienern, Deutschen und Türken.<sup>16</sup>

Wirft man abschließend noch einen Blick auf die **Altersstruktur** der Wohnbevölkerung, so besitzt Liechtenstein im europäischen Vergleich einen für den Arbeitsmarkt relativ günstigen Altersaufbau.

<sup>15</sup> Vgl. Marxer (2007), S. 18 sowie S. 28 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 22 f.

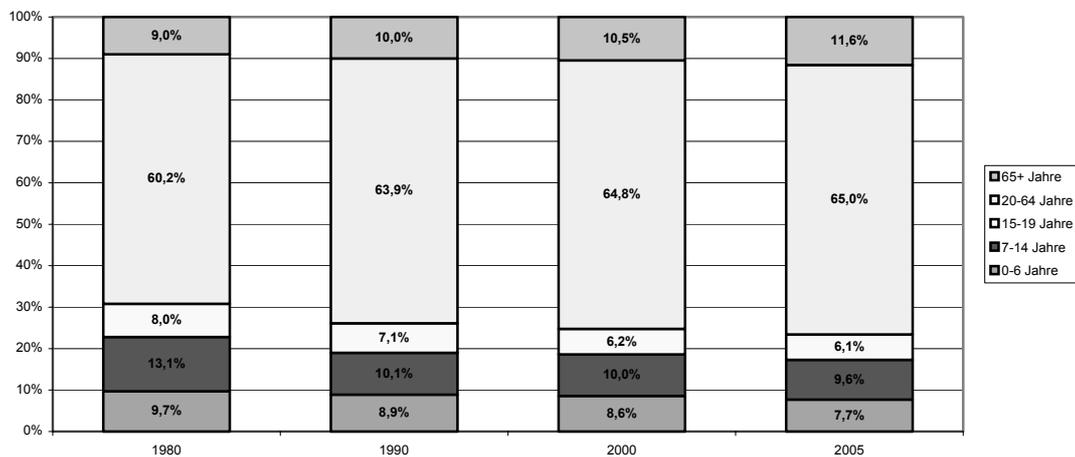
**Abbildung 8: Altersstruktur am 1. Januar 2004 im europäischen Vergleich**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 8.

Dennoch hat sich in den letzten Jahrzehnten auch in Liechtenstein die Altersstruktur stark zu Lasten der jungen und zu Gunsten der älteren Generation verändert. Die geringe und tendenziell abnehmende Fertilitätsneigung begünstigt die Überalterung der liechtensteinischen Gesellschaft.

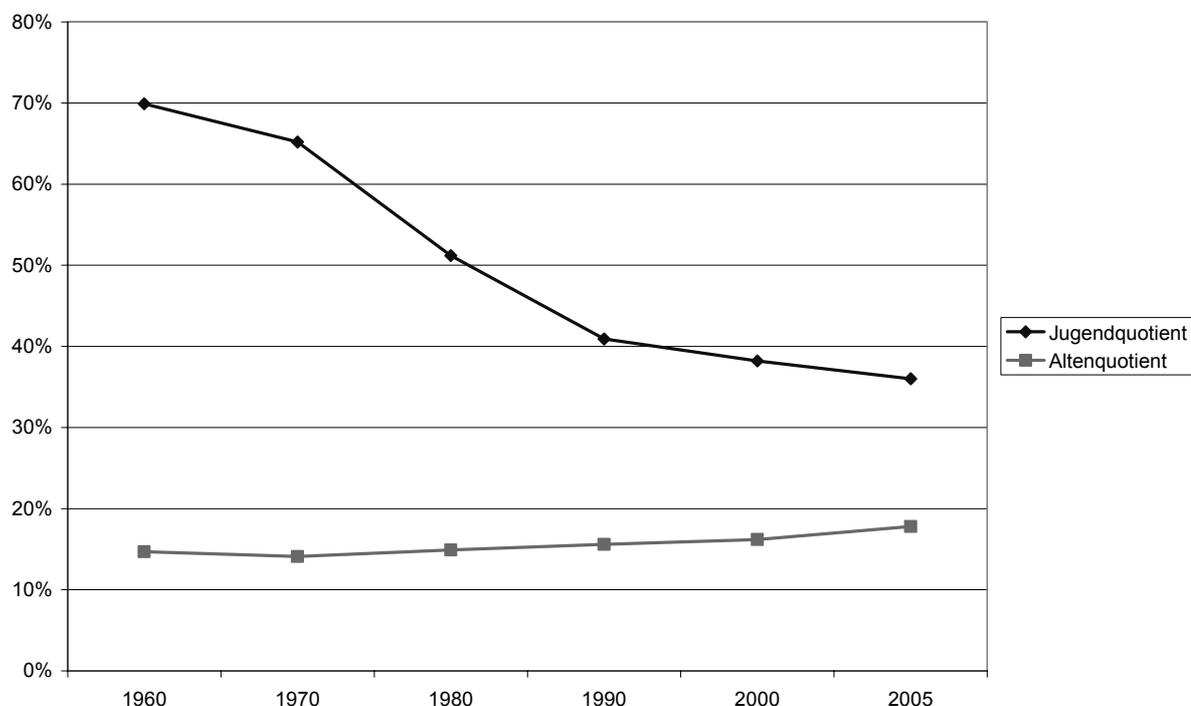
**Abbildung 9: Entwicklung der Altersstruktur der ständigen Wohnbevölkerung**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 8.

Diese Überalterungstendenz lässt sich auch deutlich an den Veränderungen des Jugend- und Altenquotienten<sup>17</sup> ablesen.

**Abbildung 10: Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 8 f.

Im europäischen Vergleich weist Liechtenstein einen durchschnittlichen Jugendquotienten und (noch) einen unterdurchschnittlichen Altenquotienten auf, was vor allem den Migranten zu verdanken ist, die in der Regel im erwerbsfähigen Alter nach Liechtenstein kommen.

## 2.2 Haushaltsstrukturen und Familienformen

In Liechtenstein hat sich im Zeitverlauf ein tief greifender Wandel der Haushaltsstrukturen und Familienformen vollzogen.

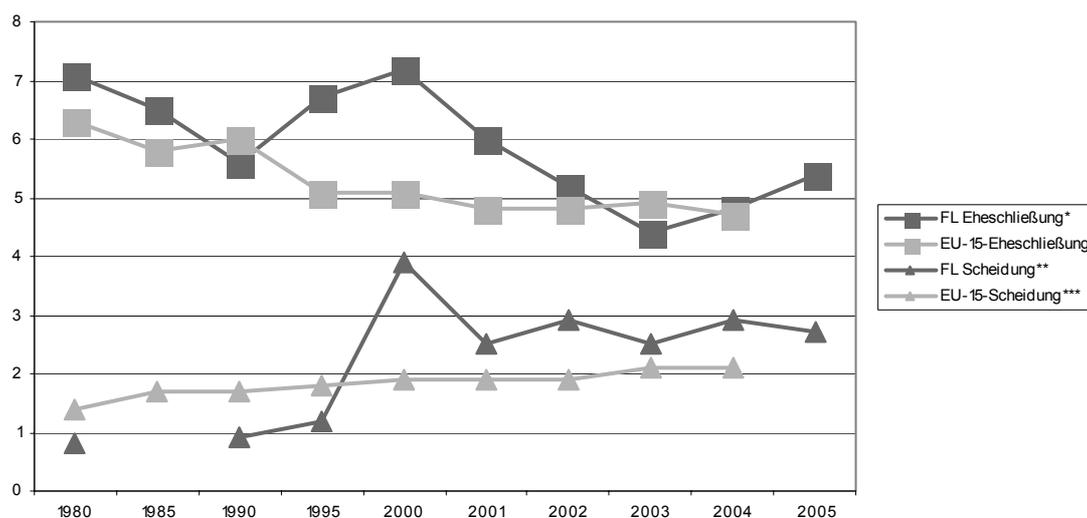
Zunächst kann festgestellt werden, dass das Heiraten in Liechtenstein nicht gänzlich aus der Mode gekommen ist, wenngleich im Zeitverlauf relativ weniger Ehen geschlossen

---

<sup>17</sup> Der Jugendquotient [Altenquotient] drückt sich aus in dem Verhältnis der Unter-20-Jährigen [Über-64-Jährigen] zu den 20- bis 64-Jährigen.

werden. Im Jahr 2005 heirateten 349 Männer und Frauen mit Wohnsitz in Liechtenstein. Dies entspricht einer Eheschließungsziffer von 5,4 je 1.000 Einwohner.<sup>18</sup> Allerdings wird in Liechtenstein auch jede zweite Ehe wieder geschieden und die Scheidungsziffer ist im Zeitverlauf tendenziell angestiegen.<sup>19</sup>

**Abbildung 11: Entwicklung von Eheschließungs- und Scheidungsziffern (je 1.000 Einwohner) im europäischen Vergleich**



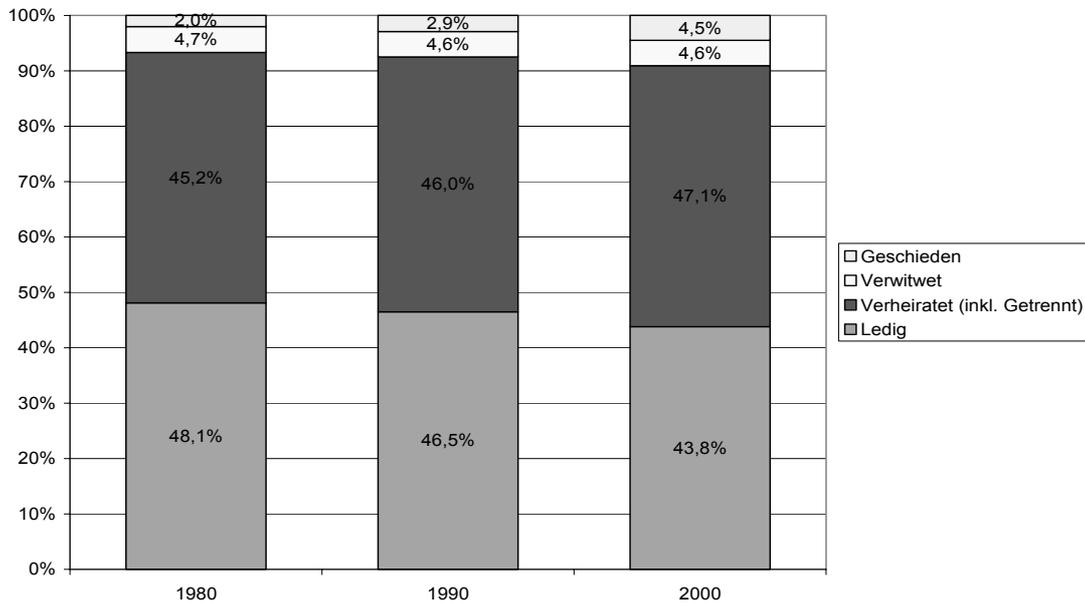
\*)\*\*\*)\*\*\*bezogen auf Männer \*\*kein Wert für 1985 verfügbar. Beschränkte internationale Vergleichbarkeit

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 38 und 41.

Diese Veränderungen bei den Eheschließungen und –scheidungen wirken sich auf die Zivilstandstruktur der Bevölkerung aus. Im Vergleich zum Volkszählungsjahr 1980 hat sich im Jahr 2000 der Anteil der geschiedenen Personen an der Wohnbevölkerung mehr als verdoppelt.

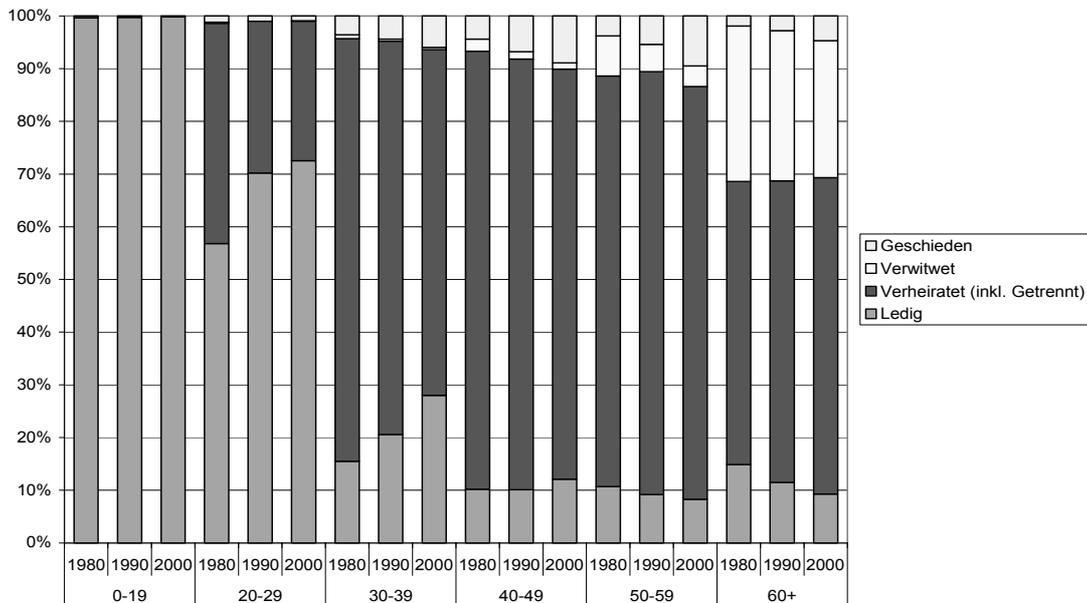
<sup>18</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 38. Berücksichtigt sind allerdings nur die Eheschließungen der Männer mit Wohnsitz in Liechtenstein.

<sup>19</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 41.

**Abbildung 12: Entwicklung der Zivilstandsstruktur der ständigen Wohnbevölkerung**

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>1</sub>), S. 168 f.

Da sich während desselben Zeitraums allerdings auch der Altersaufbau der Bevölkerung geändert hat, ist eine Auswertung nach Altersklassen sinnvoll.

**Abbildung 13: Zivilstandsstruktur im Jahr 2000 nach Altersklassen**

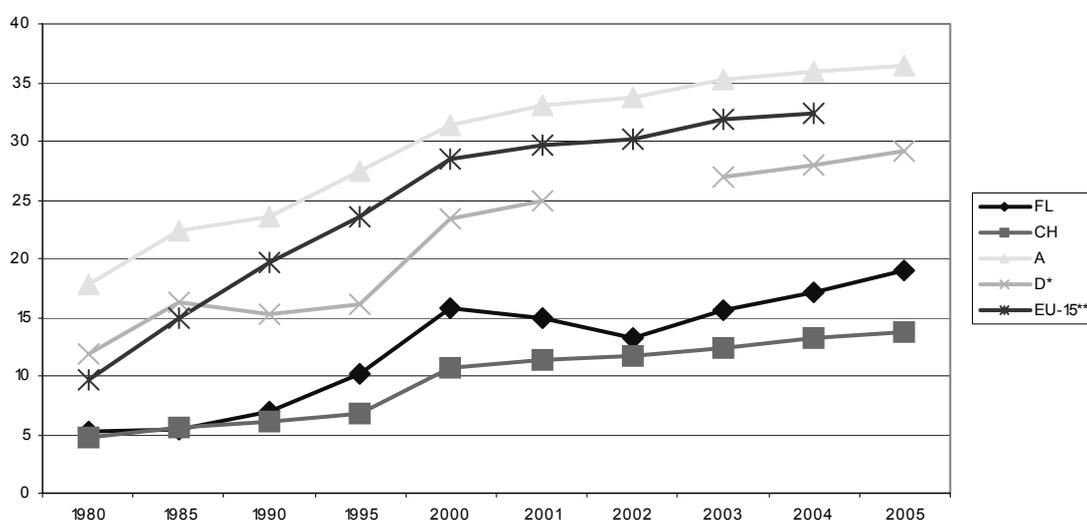
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>1</sub>), S. 168 f.

In der obigen Abbildung spiegelt sich zum einen der Anstieg des Heiratsalters wider, indem in der Gruppe der 20- bis 39-Jährigen ein zunehmender Anteil ledig ist, und zum

anderen der Anstieg der Scheidungsziffern, da in allen Altersklassen der Anteil Geschiedener zugenommen hat.

Zusätzlich kommen in Liechtenstein sowohl absolut als auch relativ immer mehr Kinder außerehelich zur Welt. Im Jahr 2005 war die Mutter bei fast einem Fünftel aller Geburten unverheiratet, während es im Jahr 1980 lediglich rund fünf Prozent waren. Im europäischen Vergleich spielen allerdings außereheliche Geburten in Liechtenstein eine untergeordnete Rolle.

**Abbildung 14: Entwicklung des Anteils außerehelicher Geburten im europäischen Vergleich**



\*kein Wert für 2002 verfügbar \*\*noch kein Wert für 2005 verfügbar

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005e), S. 38.

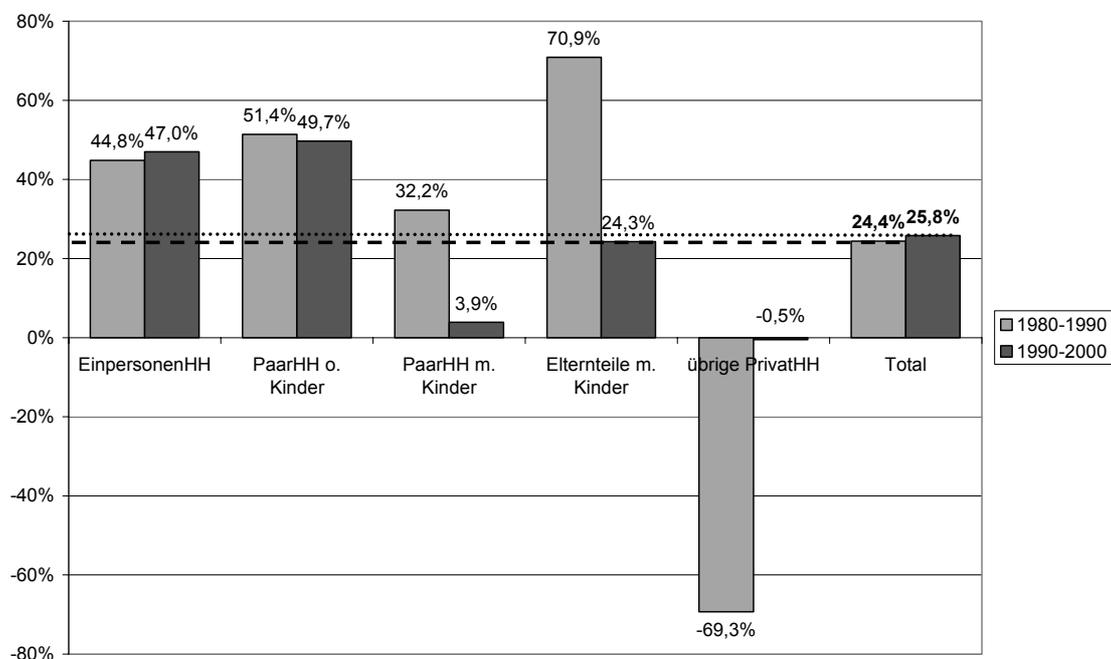
Betrachtet man nun die Haushaltsentwicklung<sup>20</sup> in Liechtenstein, so fällt zunächst auf, dass die Haushaltsgröße sukzessive abgenommen hat. Während 1980 noch durchschnittlich 2,9 Personen in einem Privathaushalt zusammen gelebt haben, waren es im Jahr 2000 nur noch durchschnittlich 2,4 Personen. Eine Betrachtung nach Haushaltstyp zeigt, dass insgesamt sowohl die Einpersonenhaushalte sowie die Paarhaushalte ohne Kinder und die Haushalte mit einem Elternteil und Kind stark überdurchschnittlich zugenommen haben, während sich – neben den übrigen Privathaushalten – die Paarhaushalte mit Kindern unterdurchschnittlich entwickelt haben.<sup>21</sup> Eine bemerkenswerte Trendumkehr

<sup>20</sup> Betrachtet werden nur Privat- und nicht Kollektivhaushalte.

<sup>21</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 28.

hat sich bei den Paarhaushalten mit Kindern ebenso wie bei den Elternteilen mit Kindern in der letzten im Vergleich zur vorletzten Dekade vollzogen.

**Abbildung 15: Veränderungen der Haushaltstypen im Zeitverlauf**

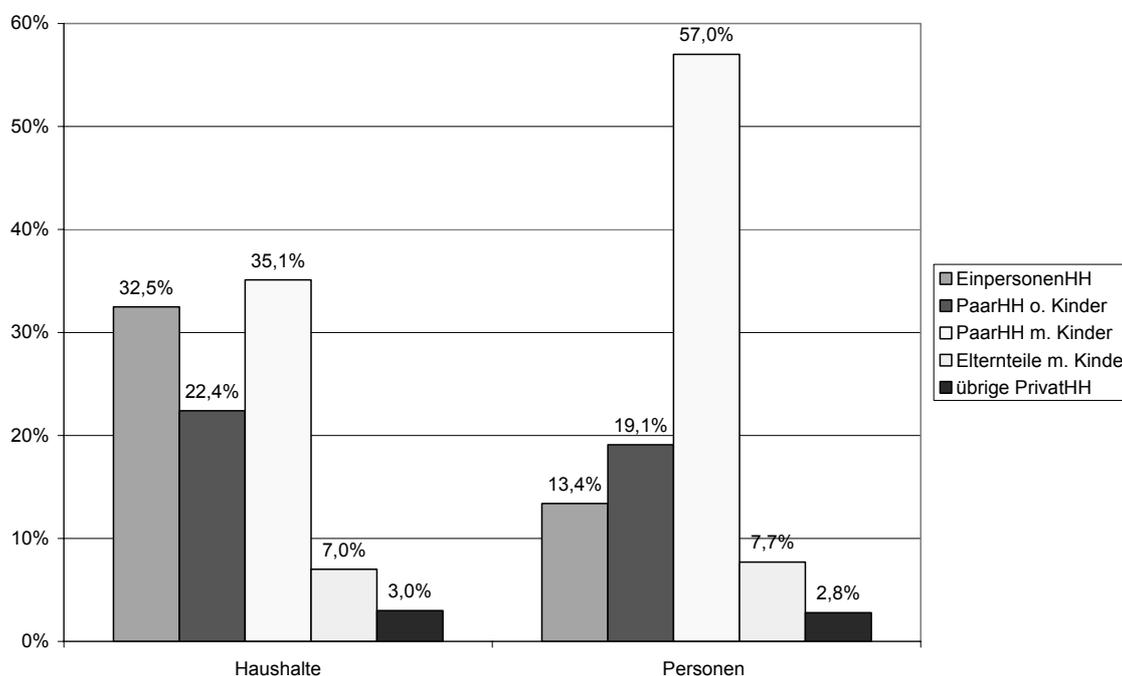


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 28.

Im Volkszählungsjahr 2000 gehören rund ein Drittel aller Haushalte zu den Paarhaushalten mit Kindern. Anders ausgedrückt, leben momentan 57 Prozent aller Personen in einem Paarhaushalt mit Kindern. Obwohl der Paarhaushalt mit Kindern immer noch der häufigste Haushaltstyp in Liechtenstein ist, so hat sich dennoch seit 1990 ein anteilmäßiger Rückgang und zwar sowohl in Bezug auf die Haushalte als auch in Bezug auf die darin lebenden Personen vollzogen.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 29.

**Abbildung 16: Privathaushalte und darin lebende Personen im Jahr 2000 (in Prozent) nach Haushaltstypen**



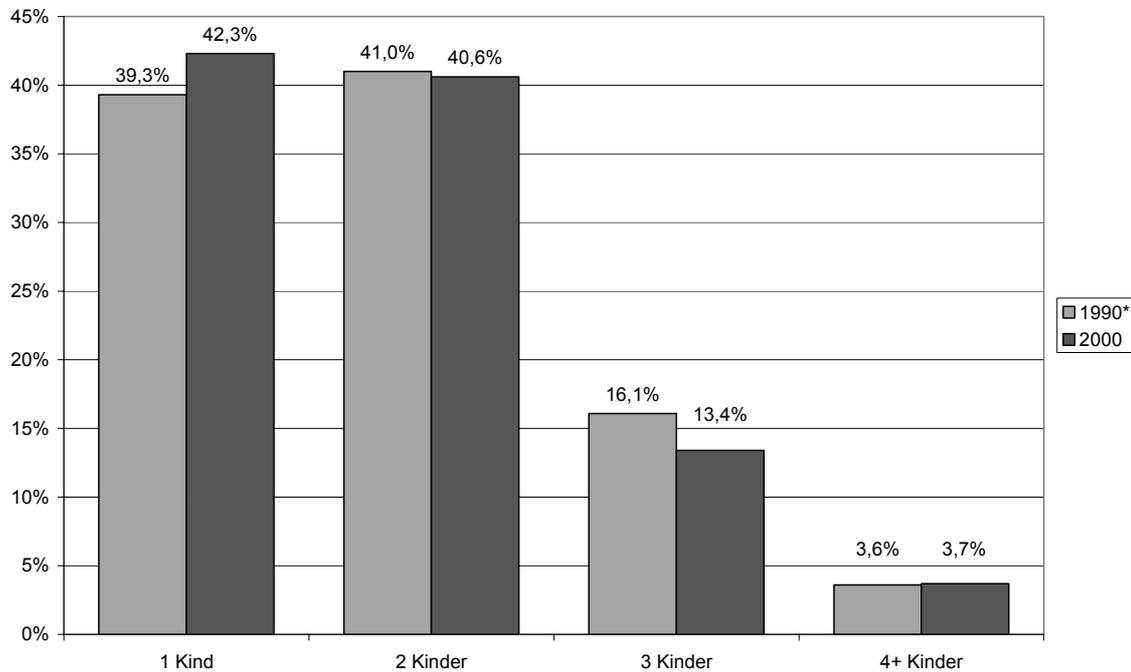
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 29.

Betrachtet man die Familienhaushalte<sup>23</sup> mit ledigen Kindern unter 18 Jahren näher, so leben in den meisten Haushalten zwei minderjährige Kinder, gefolgt von den Haushalten mit einem minderjährigen Kind. Insofern hat sich im letzten Jahrzehnt kein Trendwandel bei der Kinderzahl je Familienhaushalt vollzogen, wengleich die Werte nicht exakt vergleichbar sind.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Hierzu gehören die Einzelpersonen mit Eltern(-teilen), die Paare ohne und mit Kindern sowie die Elternteile mit Kindern.

<sup>24</sup> Im Jahr 1990 wurden ledige Kinder unter 20 Jahren berücksichtigt. Vgl. Amt für Volkswirtschaft (1990a<sub>5</sub>), S. 8.

**Abbildung 17: Familienhaushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Anzahl der Kinder 1990 und 2000 im Vergleich**

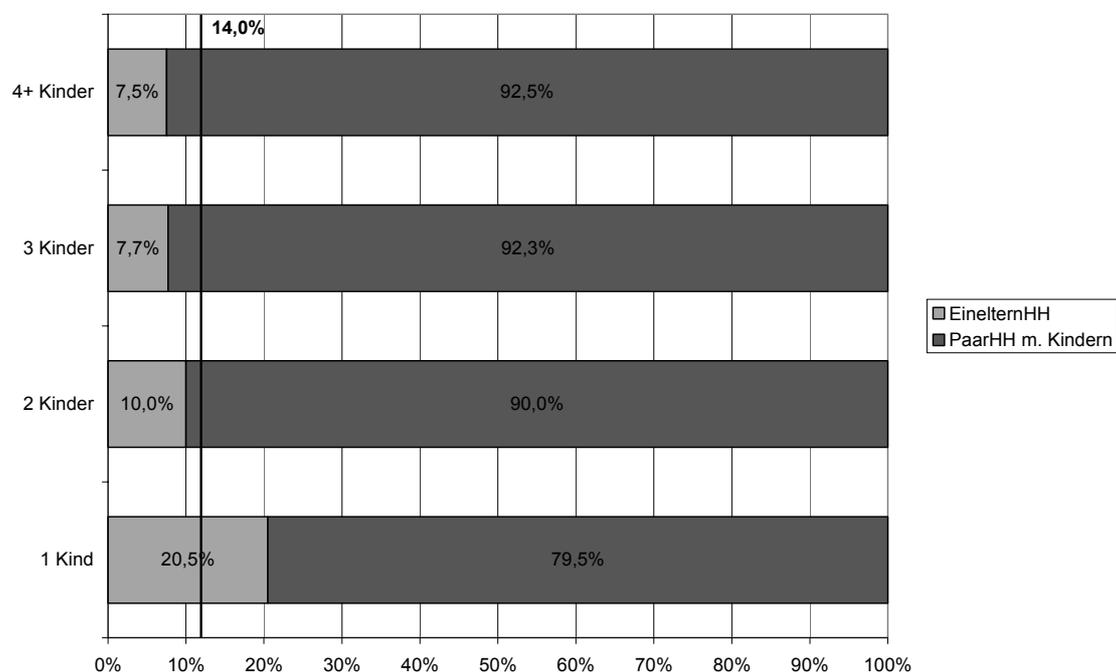


\*ledige Kinder unter 20 Jahren

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (1997), S. 8; Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 180.

Eine Aufschlüsselung der Familienhaushalte mit minderjährigen ledigen Kindern im Jahr 2000 nach Haushaltstyp ergibt, dass insgesamt 14,0 Prozent aller Haushalte Einelternhaushalte sind, wobei ihr Anteil mit zunehmender Kinderzahl abnimmt.

**Abbildung 18: Familienhaushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Haushaltstyp und Kinderzahl im Jahr 2000**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 180.

Betrachtet man schließlich im Jahr 2000 die Wohnbevölkerung nach ihrer Stellung im Privathaushalt und bezieht sich ausschließlich auf den Haushaltsvorstand, dann haben die meisten Personen den Status als Ehepartner (67,4 Prozent), gefolgt von den Alleinlebenden (20,6 Prozent) und den Partnern in eheähnlicher Gemeinschaft (5,7 Prozent). Aber immerhin noch 4,4 Prozent haben die Stellung als Alleinerziehende. Die meisten davon, nämlich rund 84 Prozent, sind Frauen.<sup>25</sup>

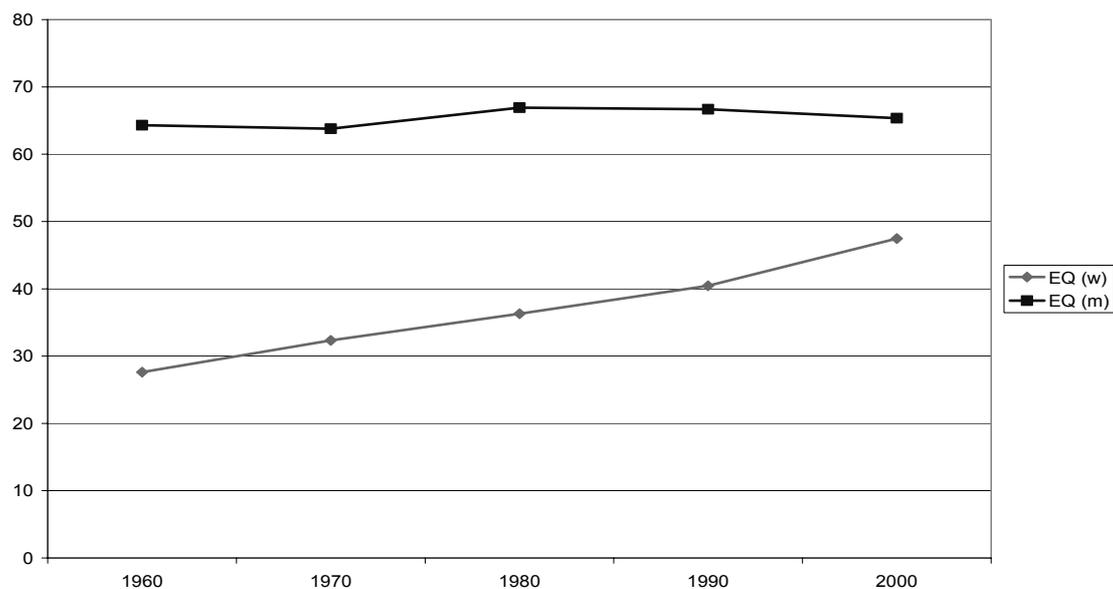
Insgesamt lassen die Ergebnisse die Schlussfolgerung zu, dass für Liechtenstein nicht mehr ausschließlich der traditionell bürgerliche Typus eines Ehepaarhaushaltes mit Kindern repräsentativ ist. Stattdessen haben im Lauf der Zeit andere Haushaltstypen an Bedeutung gewonnen, was zu einer größeren Heterogenisierung der Haushalts- und Familienformen geführt hat.

<sup>25</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 102.

## 2.3 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern

Eine Betrachtung der Erwerbsbeteiligung durch die «Geschlechterbrille» zeigt, dass die Erwerbsquote der Frauen<sup>26</sup> - trotz einer stetigen Annäherung in den letzten Jahrzehnten – immer noch über 15 Prozentpunkte unter derjenigen der Männer liegt.

**Abbildung 19: Entwicklung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern**

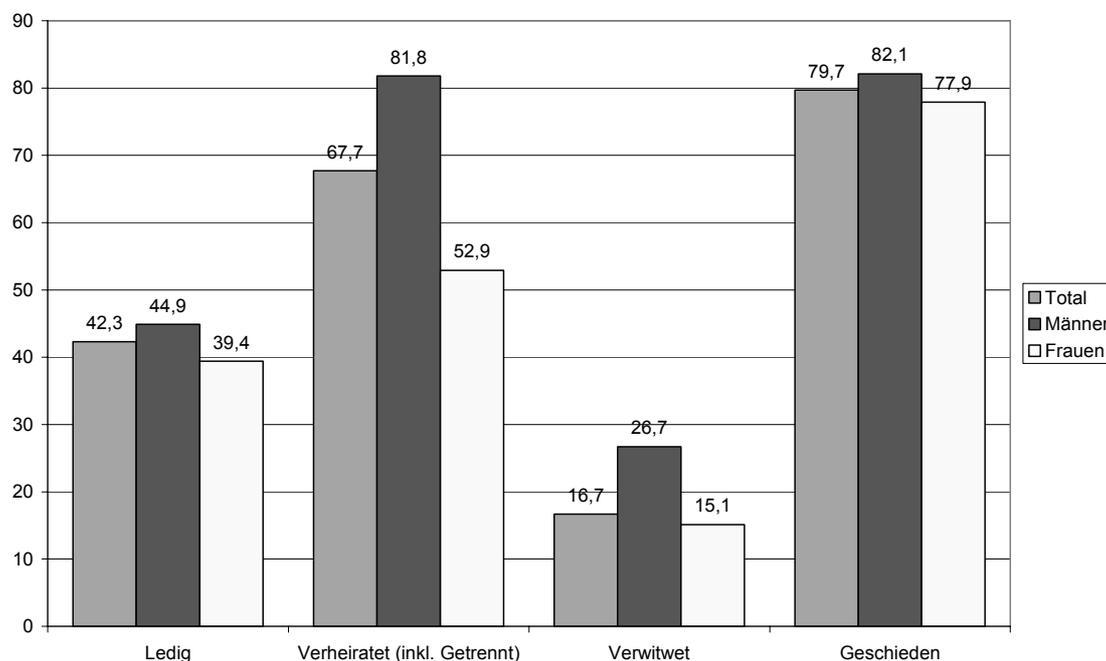


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005d), S. 95 und Amt für Volkswirtschaft (2005c), S. 148.

Ebenso stark weicht auch die Erwerbstätigenquote der Frauen von derjenigen der Männer ab. Sie liegt im Jahr 2000 18,5 Prozentpunkte unterhalb der Erwerbstätigenquote der Männer. Besonders groß fällt der Abstand mit fast 30 Prozentpunkten bei den Verheirateten aus.

<sup>26</sup> Die weibliche Erwerbsquote berechnet sich hier nach [weibliche Erwerbspersonen der Wohnbevölkerung/weibliche Wohnbevölkerung]\*100.

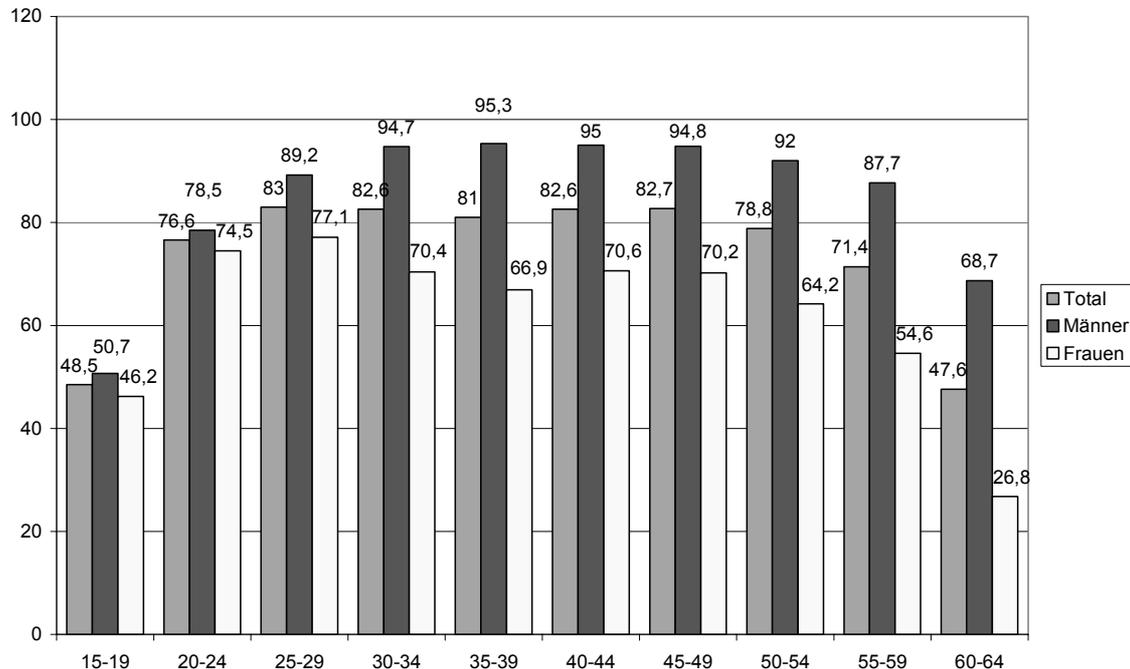
**Abbildung 20: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Jahr 2000 nach Zivilstand**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c), S. 79.

Eklatante Unterschiede zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen zeigen sich auch in Abhängigkeit vom Alter. Während bei den unter 25-Jährigen kaum eine Geschlechterdifferenz auszumachen ist, entfernen sich zunächst die Erwerbstätigenquoten mit zunehmendem Alter immer weiter voneinander. Eine leichte Trendumkehr setzt bei den 40-44-Jährigen ein, die sich später allerdings wieder umkehrt.

**Abbildung 21: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Jahr 2000 nach Altersklassen**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>3</sub>), S. 79.

Zusätzlich repräsentieren Frauen das Gros der Teilzeitbeschäftigten. So sind im Jahr 2000 36,6 Prozent der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt, während der Anteil der Teilzeitarbeitnehmer bei den Männern unter fünf Prozent liegt.<sup>27</sup> Anders ausgedrückt arbeiten nur 34 Prozent [37 Prozent] aller Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren [20 bis 64 Jahren] Vollzeit.<sup>28</sup> Da Grenzgänger mittlerweile die Hälfte der Arbeitnehmer in Liechtenstein stellen, gibt das Arbeitsverhalten der einheimischen Bevölkerung nur bedingt Aufschluss über die Beschäftigungssituation am liechtensteinischen Arbeitsmarkt. Innerhalb der Gruppe der in Liechtenstein beschäftigten Frauen – inklusive Grenzgängerinnen – sind im Jahr 2005 rund 40 Prozent aller Frauen Teilzeit beschäftigt, während nicht einmal sieben Prozent der Männer einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.<sup>29</sup> Die Teilzeitquote der Frauen liegt in Liechtenstein damit über dem Durch-

<sup>27</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>3</sub>), S. 79.

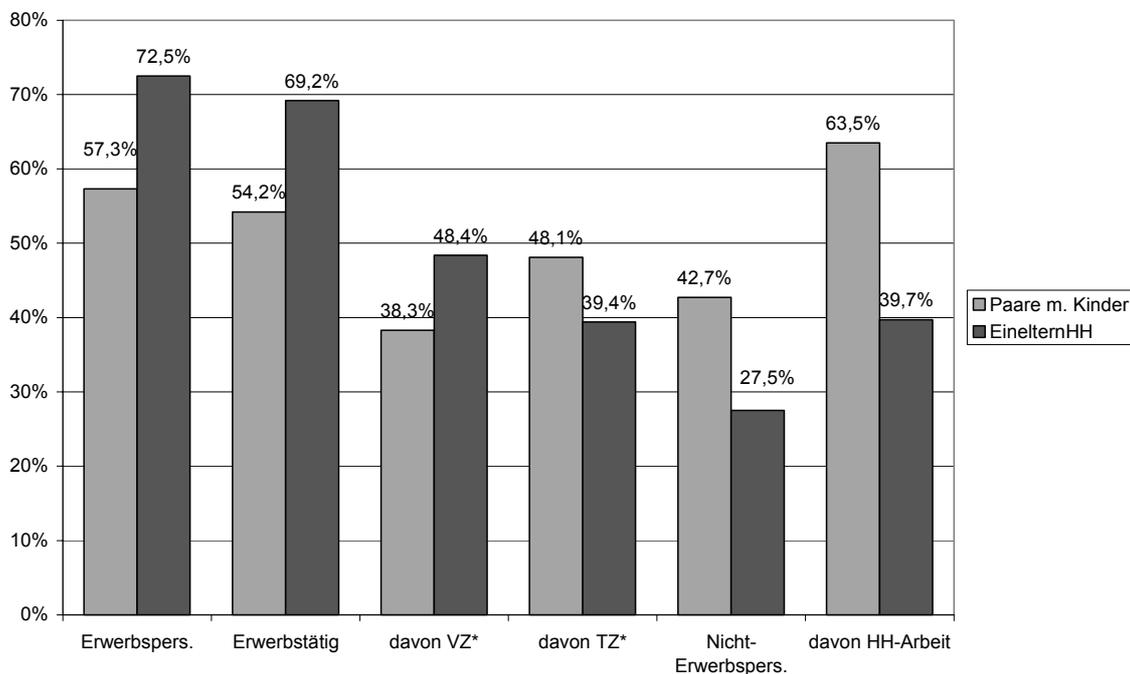
<sup>28</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>3</sub>), S. 67. Nicht berücksichtigt sind die Lehrlinge bei den Vollzeitbeschäftigten.

<sup>29</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 20 f.

schnitt der EU-25-Länder von 32,7 Prozent, wengleich beide Werte nicht exakt vergleichbar sind.<sup>30</sup>

Leider existieren in Liechtenstein keine aussagekräftigen Zahlen über den Beschäftigungsstand und -grad von Müttern. Man kann sich allerdings näherungsweise mit Daten der Volkszählung 2000 behelfen. Betrachtet man die Paare mit Kindern sowie die Einelternhaushalte, so leben 6.349 [1.163] Frauen über 15 Jahren in Paarhaushalten mit Kindern [in Einelternhaushalten], von denen immerhin rund 55 Prozent [70 Prozent] erwerbstätig sind.<sup>31</sup>

**Abbildung 22: Frauen nach Arbeitsmarktstatus und Haushaltstyp im Jahr 2000**



\*ohne Lehrlinge

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 137.

Genauere Ergebnisse lassen sich für Doppelverdienerhaushalte aus den Berechnungen zur Steuererklärung gewinnen.<sup>32</sup> Daraus wird klar ersichtlich, dass der Beitrag der Frau-

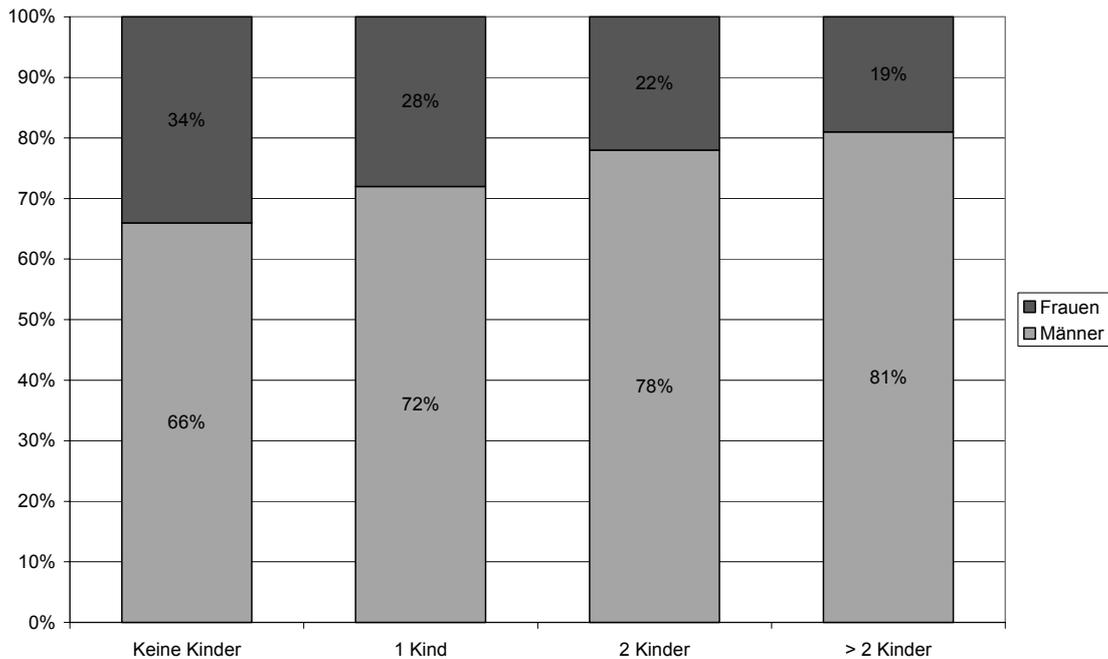
<sup>30</sup> Vgl. Eurostat (2007), S. 4. In der EU liegt eine Teilzeitbeschäftigung erst dann vor, wenn das Arbeitsvolumen weniger als 4/5 bzw. 2/3 der gewöhnlichen Arbeitszeit beträgt.

<sup>31</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 137. In den Erwerbstätigenzahlen sind allerdings auch die Lehrlinge enthalten und es muss sich bei den erwerbstätigen Frauen nicht zwangsläufig um Mütter handeln.

<sup>32</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung der Regierung 113/2006, S. 22 f. Berücksichtigt sind allerdings nur verheiratete Paarhaushalte, die Erwerbseinkommen aus (un-)selbständiger Tätigkeit erzielen. Kinder wurden soweit berücksichtigt, als für sie ein Kinderabzug möglich ist.

en zum gemeinsamen Erwerbseinkommen mit steigender Kinderzahl abnimmt. Allerdings beläuft er sich auch bei kinderlosen Haushalten nur auf rund ein Drittel, was einen deutlichen Hinweis auf die berufliche Ungleichstellung von Männern und Frauen gibt.

**Abbildung 23: Geschlechterbezogene Anteile am gesamten Erwerbseinkommen in Doppelverdienerhaushalten**

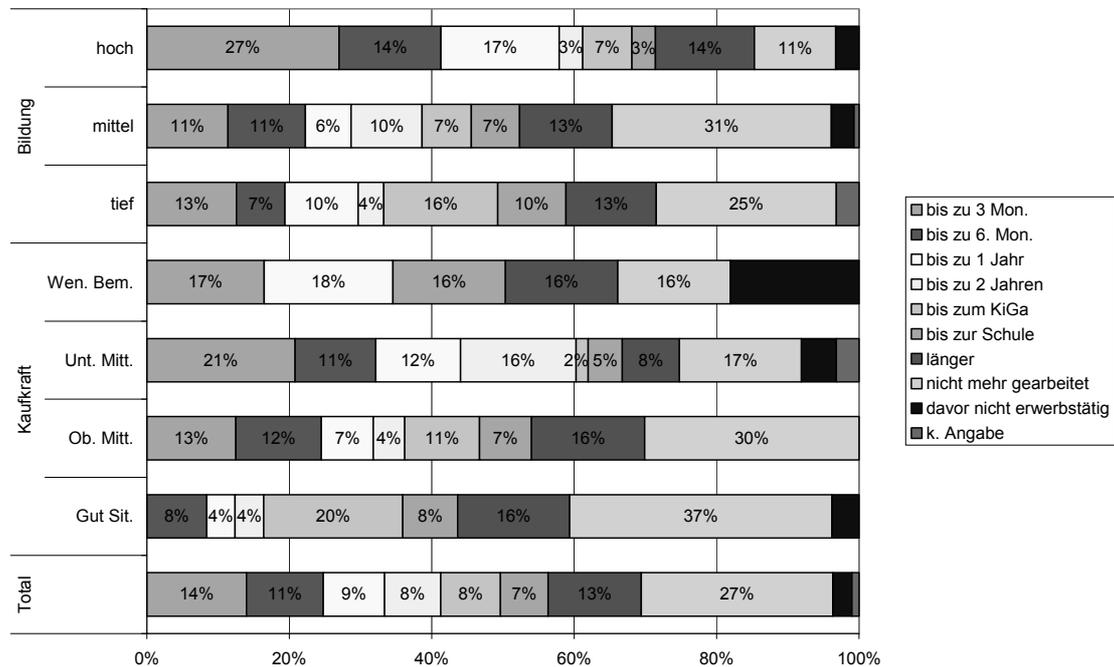


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 23 und dort angegebene Quellen.

Zusätzliche Erkenntnisse zu Berufstätigkeit und Erwerbsunterbrechung von Müttern lassen sich aus den Resultaten der Umfrage «Familien Liechtenstein» ableiten, die allerdings nur auf einer Stichprobe von 178 Frauen mit Kindern basieren. Davon haben lediglich knapp 27 Prozent nach der Geburt nicht mehr zu arbeiten angefangen. Besonders groß ist ihr Anteil mit fast 37 Prozent bei den höheren Einkommensklassen. Ebenso überdurchschnittlich sind Mütter der mittleren Bildungsschicht mit rund 31 Prozent vertreten, während vor allem Frauen mit hohem Ausbildungsniveau stark unterrepräsentiert sind.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 117 und 118. Da allerdings ein höherer Ausbildungsstand tendenziell mit einem höheren Einkommen einhergeht, lassen diese Ergebnisse einige Fragen offen.

Abbildung 24: Länge der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 117 und 118.

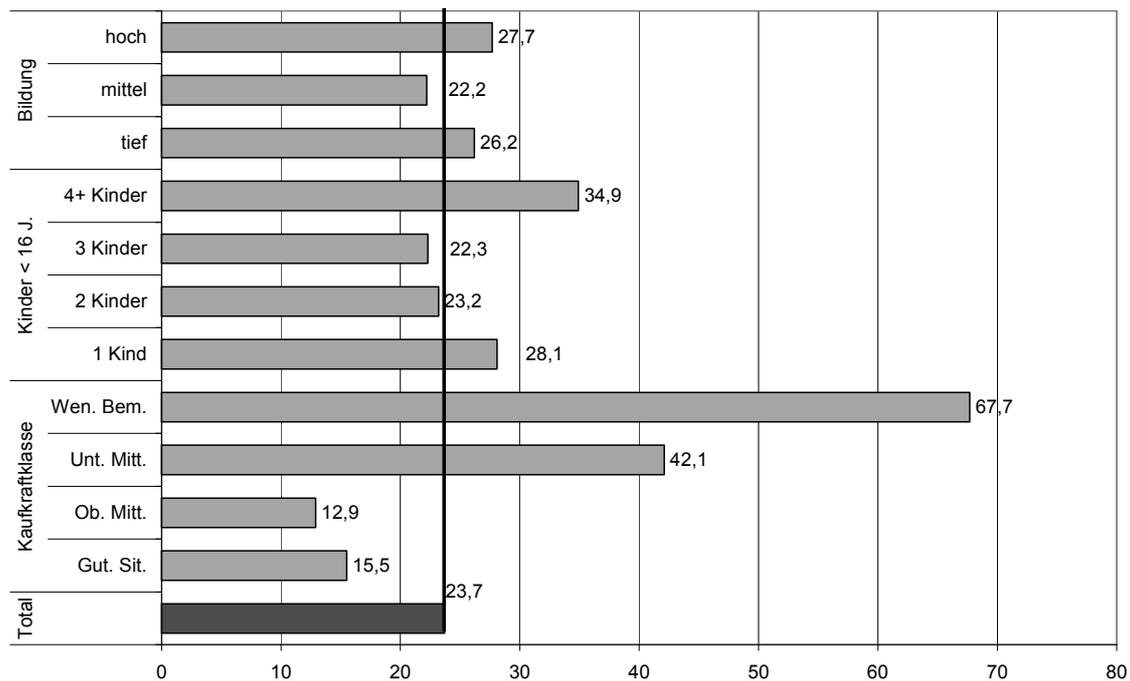
Auf der anderen Seite haben aber auch weit über zwei Drittel der Mütter nach der Geburt des Kindes wieder gearbeitet, von denen 81 Prozent eine Teilzeitstelle und 15 Prozent eine Vollzeitstelle antraten.<sup>34</sup> Auffallend ist auch hier die große Diskrepanz nach Kaufkraftklasse und Bildungsstand. Während über 40 Prozent der Mütter aus den untersten Einkommensschichten Vollzeit arbeiteten, waren es nur sechs beziehungsweise neun Prozent bei den beiden obersten Kaufkraftklassen. Ebenso entschieden sich mehr als ein Fünftel aller Mütter mit hoher Bildung für eine Vollzeitstelle, während es bei den Frauen mit mittlerer Bildung nur knapp zwölf Prozent waren.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Gegenüberstellung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. So gaben nämlich immerhin die Hälfte aller Mütter an, dass sie gern nach der Geburt des Kindes ganz zu Hause geblieben wären, wohingegen jedoch «nur» 27 Prozent aller Mütter tatsächlich ihre Erwerbstätigkeit bis heute unterbrochen haben. Betrachtet man die Abweichungen von diesen Durchschnittswerten, so zeigt sich für Frauen aus den untersten beiden Einkommensschichten ebenso wie für Mütter mit vier oder mehr Kindern die größte Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

<sup>34</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 119 und 120. Der Rest machte keine Angaben.

Allerdings müssen diese Ergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich zum einen auf eine sehr kleine Stichprobe von insgesamt nur 178 Müttern beziehen und zum anderen, da die Befragten ihre «Wunschvorstellungen» vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen und der aktuellen Rahmenbedingungen äußern. Somit kann nicht gefolgert werden, dass bei veränderten infrastrukturellen Rahmenbedingungen die Antworten identisch ausgefallen wären.

**Abbildung 25: Abweichungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht mehr erwerbstätiger Mütter nach Haushaltstyp (in Prozentpunkte)**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 117, 118, 121 und 122.

In jedem Fall sind die liechtensteinischen Umfrageergebnisse grundsätzlich mit der Einteilung von *Steffen* vereinbar, die drei Gruppen von Müttern unterscheidet.<sup>35</sup> Zur ersten Gruppe zählen gut ausgebildete Frauen, die – unabhängig von den familienpolitischen Rahmenbedingungen – arbeiten wollen und auch arbeiten. Die zweite Gruppe bilden diejenigen Frauen aus unteren sozialen Schichten, die aufgrund finanzieller Engpässe arbeiten müssen und die dritte Gruppe besteht aus denjenigen Müttern, die ein mittleres Bildungsniveau vorweisen und generell einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnten, aber

<sup>35</sup> Vgl. Steffen (2007), S. 53.

finanziell nicht darauf angewiesen sind. Sie machen ihre Entscheidung deshalb allein von den familienpolitischen Rahmenbedingungen abhängig.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass der liechtensteinische Arbeitsmarkt nach wie vor durch eine ausgeprägte **horizontale** sowie **vertikale Geschlechtersegregation** gekennzeichnet ist. Die horizontale Segregation resultiert aus der vom Geschlecht determinierten Berufswahl und zeigt sich darin, dass Frauen überwiegend in «frauentypischen» Berufssparten zu finden sind, die oftmals eine geringere Qualifikation voraussetzen und entsprechend niedriger entlohnt sind. An dieser horizontalen Segregation wird sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht viel ändern, da sie durch die Berufswahl der heutigen Generationen weiter zementiert wird. „Aufs Ganze gesehen fällt auf, dass sich die Berufswahl beider Geschlechter noch stark an der traditionellen Aufteilung in weibliche bzw. männliche Arbeitswelten orientiert.“<sup>36</sup>

Die vertikale Segregation am liechtensteinischen Arbeitsmarkt offenbart sich in einer ausgeprägten «Geschlechterhierarchie» in Bezug auf die berufliche Position<sup>37</sup> - und das, obwohl Mädchen ihre männlichen Kollegen mittlerweile bei der Höhe der Schulabschlüsse überholt haben. Diese vertikale Segregation ist zum einen eine direkte Folge der horizontalen Segregation, indem Frauen überwiegend in schlechter bezahlten, helfenden und dienenden Berufen arbeiten, und zum anderen Ausdruck der so genannten «gläsernen» Decke für Frauen. *Kirchmeyer* identifiziert fünf wesentliche Bedingungen,<sup>38</sup> die die berufliche Karriere determinieren und bei denen sich unterschiedliche Ausprägungen in Abhängigkeit vom Geschlecht bemerkbar machen. Eine dieser fünf Karrieredeterminanten ist die Familiensituation. „Die Familiensituation beeinflusst die Karriereentwicklung von Frauen entscheidend, da nach wie vor die Hauptverantwortung für Kindererziehung und Haushalt in der Regel bei ihnen liegt.“<sup>39</sup> Die aktuelle Berufsposition ist stets das Ergebnis des bisherigen Bildungs- und Berufsverlaufs. Frauen weisen allerdings aufgrund von Kindererziehung häufigere und längere Erwerbsunterbrüche auf als Männer, bei denen ein Teil des berufsspezifischen Humankapitals veraltet oder verloren geht. In Liechtenstein gibt es bisher wenige Untersuchungen zu den Berufsbiographien von Frauen und Männern. Eine Ausnahme stellt die Untersuchung von *Sochin* zu den Karriereverläufen von zwei Realschulklassen des Abschlussjahrgangs 1977 dar, die zu dem Ergebnis kommt, dass Männer nach ihrem Schulabschluss fast doppelt so viele Jahre in Bildung investieren wie Frauen. Zusätzlich haben Männer durchschnittlich vier Jahre mehr im Beruf verbracht, während Frauen rund zehn Jahre im Bereich

---

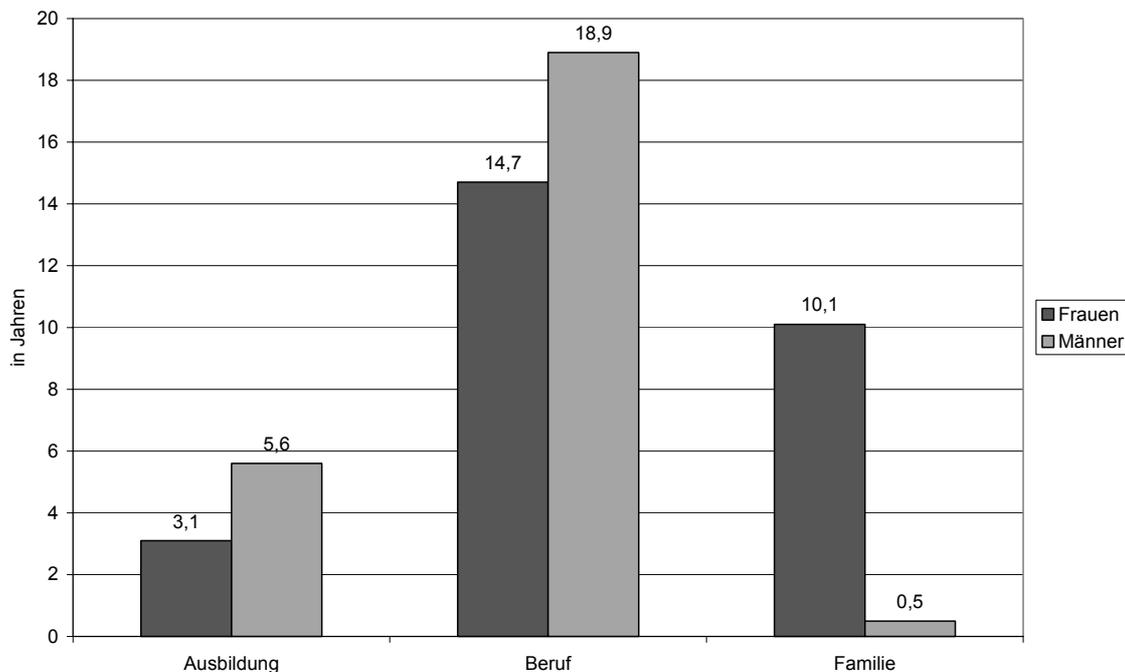
<sup>36</sup> Stabsstelle für Chancengleichheit (2006), S. 15.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu ausführlich Marxer (2004), S. 55 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Kirchmeyer (2002), S. 7 ff.

Familie verlebt haben – im Gegensatz zu durchschnittlich einem halben Jahr bei den Männern.<sup>40</sup>

**Abbildung 26: Durchschnittliche Karriereverläufe von Frauen und Männern zweier Real-schulabschlussklassen von 1977**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Sochin (2006), S. 38.

Das Humankapital umfasst „Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen und sonstige Eigenschaften von Individuen, die für das persönliche, soziale und wirtschaftliche Wohlergehen relevant sind.“<sup>41</sup> Angesichts dieser Definition wird klar, dass in Zeiten der Kindererziehung nicht nur berufsspezifisches Humankapital abgebaut, sondern auch soziale und organisatorische Fähigkeiten und Kompetenzen hinzukommen, die allerdings von Wirtschaft und Gesellschaft bis dato unterbewertet werden.

Fast ebenso hinderlich wie ein Erwerbsunterbruch erweist sich für eine Karriere eine Teilzeitbeschäftigung, da nach wie vor die meisten Führungspositionen als Vollzeitstellen ausgestaltet sind. So zeigt beispielsweise eine Untersuchung aus Österreich, dass dort 95 Prozent aller Führungspositionen Vollzeitverhältnisse sind.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Bundeskanzleramt Österreich (2007), S. 13.

<sup>40</sup> Vgl. Sochin (2006), S. 37 f. Teilzeittätigkeiten wurden auf die Bereiche Familie und Beruf aufgeteilt.

<sup>41</sup> OECD (2004b), S. 20.

<sup>42</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich (2007), S. 24.

Insgesamt lassen die Ergebnisse die Schlussfolgerung zu, dass - selbst in Paarhaushalten mit Kindern - das traditionelle bürgerliche Alleinernährermodell in Liechtenstein immer weniger der Wirklichkeit entspricht. Stattdessen gehen viele Mütter in Liechtenstein einer Voll- oder mehr noch einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach. Allerdings zeigt sich auch, dass gerade Mütter aus unteren Einkommensschichten eine Nichterwerbstätigkeit einer Erwerbstätigkeit vorziehen würden. Zudem ist der liechtensteinische Arbeitsmarkt durch eine ausgeprägte horizontale und vertikale Segregation gekennzeichnet, die – nicht nur aber auch – eine Folge der weiblichen Doppelbelastung durch Familien- und Erwerbsarbeit ist.

## 2.4 Haus- und Familienarbeit sowie Einstellungsmerkmale der Bevölkerung

In Liechtenstein existieren leider keine Daten zu Umfang und **Aufteilung der Haus- und Familienarbeit**. Allerdings ergibt die Bevölkerungsumfrage zum Thema «Familien Liechtenstein», dass sich fast die Hälfte der befragten Frauen mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch den Partner wünscht.<sup>43</sup>

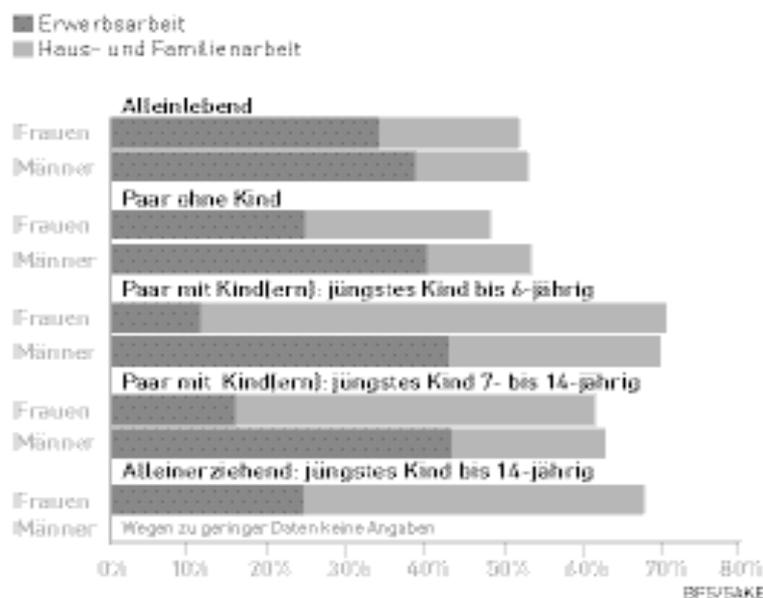
Für die Schweiz zeigt sich in Übereinstimmung mit internationalen Studien, dass Frauen – unabhängig von Erwerbsstatus und Familiensituation – für den Großteil der Hausarbeit und im Falle von Familien mit Kindern auch für das Gros der Kinderbetreuung verantwortlich sind.<sup>44</sup> Was die zeitliche Gesamtbelastung durch Erwerbs-, Familien- und Hausarbeit betrifft, so ist diese für beide Geschlechter am größten, wenn Kinder im Vorschulalter im Haushalt leben. Allerdings kommt gerade in einer solchen Familiensituation die «traditionelle» Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern besonders zum Tragen.

---

<sup>43</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 73.

<sup>44</sup> Vgl. EDI (2004), S. 51.

Abbildung 27: Geschlechterbezogene Arbeitsteilung nach Familienform



Quelle: EDI (2004), S. 51.

Wichtige Erkenntnisse zu den **Einstellungen** der liechtensteinischen Bevölkerung<sup>45</sup> in Bezug auf Familie und Rollenbild lassen sich ebenfalls aus der Befragung «Familien Liechtenstein» gewinnen. Dort messen die Befragten der **Familie** insgesamt einen relativ hohen Stellenwert bei. So schätzen über 95 Prozent den Einfluss der Familiensituation auf die persönliche Lebenszufriedenheit als «sehr groß» beziehungsweise «eher groß» ein.<sup>46</sup> Entsprechend stimmen auch fast zwei Fünftel der Aussage «Leute haben recht, wenn sie heutzutage keine Kinder bekommen» entweder «gar nicht zu» (52 Prozent) oder «weniger zu» (26,7 Prozent).<sup>47</sup>

Anders fallen dagegen die Urteile im Hinblick auf die Familienfreundlichkeit der liechtensteinischen Gesellschaft aus, wo immerhin ein Drittel der Befragten unsere Gesellschaft als kinderfeindlich bezeichnet. Besonders häufig wird diese Meinung von Leuten mit vier oder mehr Kindern vertreten.<sup>48</sup> Zudem sind rund 85 Prozent der Befragten völlig oder weitestgehend der Auffassung, dass die Leistung von Müttern gesellschaftlich zu wenig geschätzt wird.

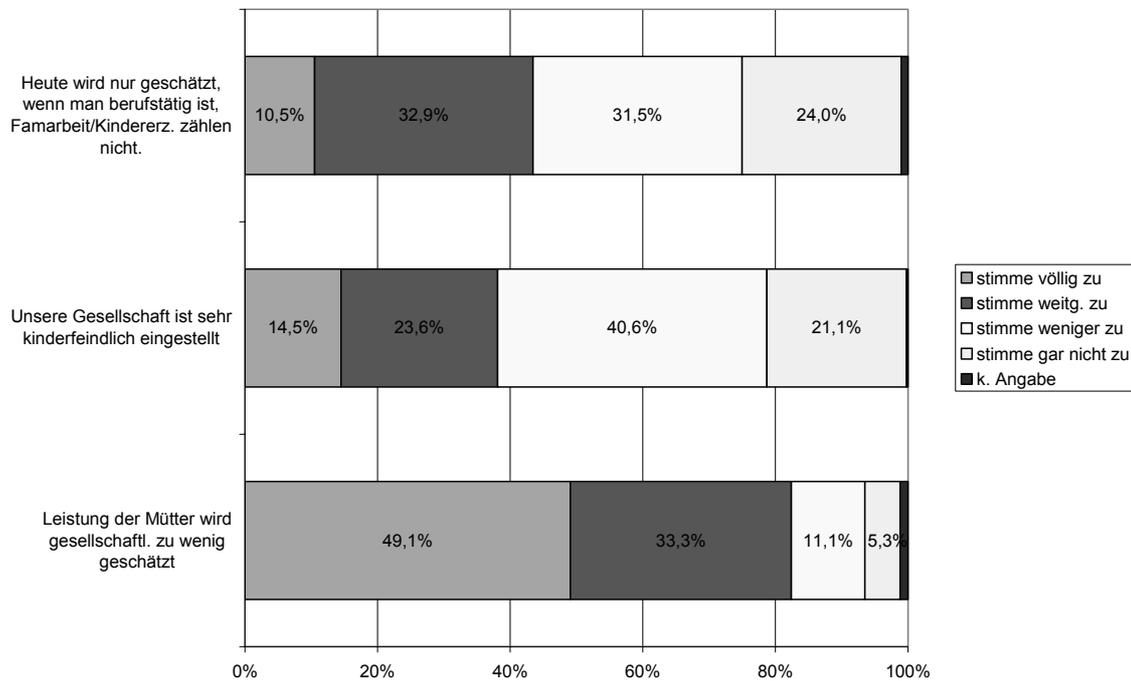
<sup>45</sup> Für eine Gegenüberstellung des Rollenverständnisses von Müttern in den OECD-Ländern siehe D'Addio, D'Ercole (2005), S. 39 ff.

<sup>46</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 11 und 12.

<sup>47</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 59 und 60.

<sup>48</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 51 und 52.

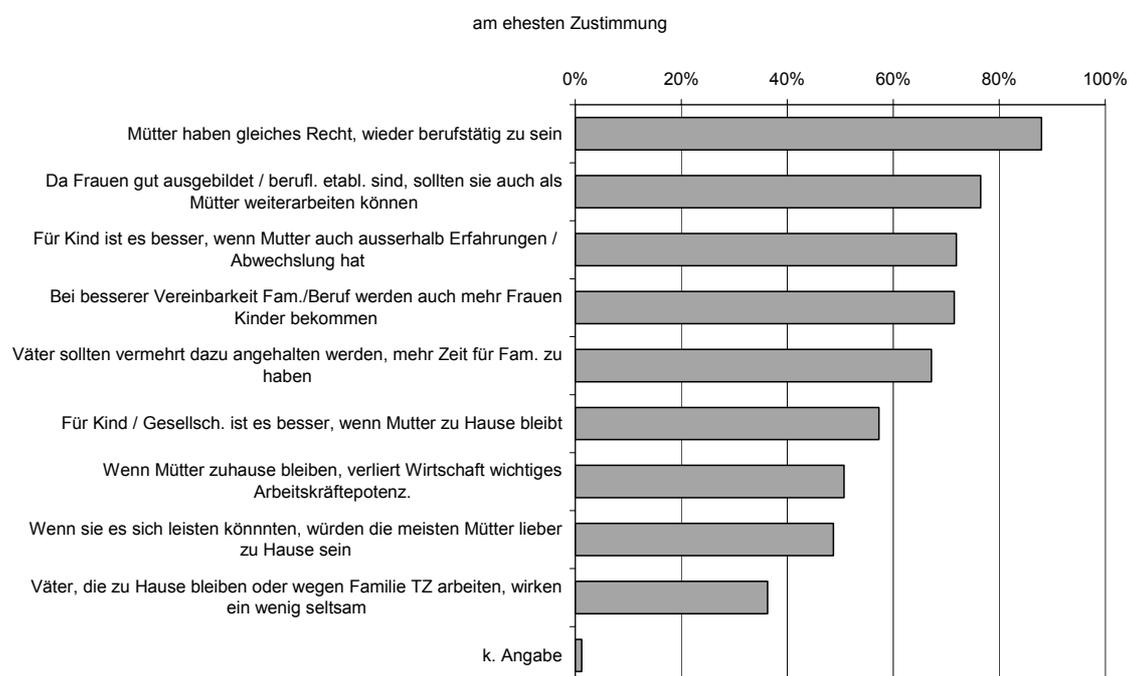
**Abbildung 28: Zustimmung zu ausgewählten Aussagen ( in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 45, 51 und 63.

Im Hinblick auf das **Rollenverständnis** von berufstätigen Müttern und Vätern weicht die Mehrheit der Befragten vom traditionellen Rollenverständnis einer nicht-erwerbstätigen Mutter und Hausfrau und eines vollzeiterwerbstätigen Vaters ab. So stimmen beispielsweise 88 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Mütter genauso das Recht haben, wieder berufstätig zu sein – und zwar annähernd genauso viele Männer wie Frauen. Allerdings sind immerhin auch 57 Prozent aller Befragten der Meinung, dass es besser wäre, wenn die Mutter zu Hause beim Kind bleibt. Dabei zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede, indem nur 48 Prozent der Frauen im Gegensatz zu 67 Prozent der Männer diese Meinung vertreten. Diskrepanzen existieren auch hinsichtlich der Kaufkraftklassen und des Bildungsstandes, indem mit zunehmendem Einkommen ebenso wie mit steigendem Bildungsniveau immer weniger diese These vertreten wird.<sup>49</sup> Angesichts dieser zum Teil widersprüchlichen Angaben bedarf es für Liechtenstein noch weitere Untersuchungen zu dieser Fragestellung.

<sup>49</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tabelle 127 und 128.

**Abbildung 29: Einstellungen zu berufstätigen Müttern und Vätern**

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 127.

Ergänzend ergeben sich auch aus der Liechtensteinischen Jugendstudie interessante Ergebnisse über die Einstellungen der jungen Bevölkerung zur Geschlechterrolle von Vätern und Müttern. In Bezug auf die Vaterrolle sind sich fast alle männlichen und weiblichen Jugendlichen einig, dass der Vater nur soviel arbeiten sollte, dass ihm noch genügend Zeit für die Kinder bleibt. Dass sich Männer gleichberechtigt wie Frauen um Haushalt und Kindererziehung kümmern sollen, erlangt allerdings nur noch von vier Fünftel der Jungen und 88 Prozent der Mädchen Zustimmung. Zudem vertritt über die Hälfte der Jungen die Meinung, dass sich Frauen wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen sollten. Bei den Mädchen liegt der Anteil bei 30 Prozent.<sup>50</sup>

Insgesamt lassen die Ergebnisse die Schlussfolgerung zu, dass Frauen – unabhängig von ihrer Familiensituation und ihrem Erwerbsstatus – das Gros der Haus- und Familienarbeit erledigen. In Familien mit Kindern verschiebt sich der Anteil der bezahlten Berufstätigkeit zu Gunsten der Männer und der Anteil der unbezahlten Hausarbeit zu Lasten der Frauen. Im Hinblick auf die Mutterrolle zeigen liechtensteinische Frauen und Mädchen eine deutlich «modernere» Einstellung als männliche Jugendliche und Erwachse-

<sup>50</sup> Vgl. Österreichisches Institut für Jugendforschung (2007), S. 40.

ne. Bei beiden Geschlechtern wird aber mittlerweile die Ansicht vertreten, dass Mütter nicht vom Erwerbsleben ausgeschlossen werden sollen und dürfen.

## 2.5 Einkommenssituation von Familien

In Liechtenstein liegen – mangels Einkommensstatistik – keine Daten über die Einkommenssituation von Familien vor. Aus diesem Grund wird im Folgenden zunächst auf Zahlen aus der Schweiz zurückgegriffen.

Dort verfügen Familien über vergleichsweise weniger Einkommen als Haushalte ohne Kinder. Da Haushalte unterschiedlich viele Personen umfassen, hat das ungewichtete Haushaltseinkommen aber wenig Aussagekraft und muss in das äquivalente Einkommen eines Einpersonenhaushaltes umgerechnet werden. Weil extrem hohe Einkommen diese Durchschnittswerte stark beeinflussen, ist ein Medianeinkommensvergleich verlässlicher. Bei beiden Betrachtungsweisen ergibt sich, dass Paare mit mehr als zwei Kindern und Einelternhaushalte finanziell am schlechtesten gestellt sind, während kinderlose Paarhaushalte und Einpersonenhaushalte die höchsten Einkommenswerte aufweisen. Dabei gelten jeweils über 40 Prozent der Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern und der Einelternhaushalte als einkommensschwach.<sup>51</sup>

Abbildung 30: Einkommensstruktur in der Schweiz nach Haushaltstyp

	Sämtliche Haushalte	Haushaltstyp						
		Einpersonenhaushalt	Einelternhaushalt	Paar ohne Kind	Paar mit 1 Kind	Paar mit 2 Kindern	Paar mit 3 und mehr Kindern	Anderer Haushalt
Prozentuale Verteilung der Haushalte <sup>1</sup>	100.0	26.2	3.8	32.9	10.5	16.8	7.4	2.5
Personen pro Haushalte	2.5	1.0	2.6	2.0	3.0	4.0	5.2	3.2
Medianes monatliches Einkommen in Fr.	4895	5201	4163	5529	5186	4307	3817	4715
Durchschnittliches monatliches Einkommen in Fr.	5534	5668	4398	6271	5620	4760	4150	5111
<b>Einkommensstruktur</b>								
Erwerbsarbeit in Fr.	3809	3515	2645	3745	4831	4147	3516	3761
Einkommen aus Vermögen und Vermietung in Fr.	340	383	(92)	593	143	91	(96)	(153)
Transfereinkommen in Fr.	1386	1770	1661	1932	647	522	538	1197

<sup>1</sup> Wegen Rundungsdifferenzen weichen aufaddierte Werte leicht vom Total ab.

( ) Wegen heterogener Einträge unterliegt dieser Wert einer starken Streuung.

BFS/EVE

Quelle: EDI (2004), S. 38.

Von **Armut**<sup>52</sup> sind in der Schweiz vor allem Kinder und Familien betroffen. „Bei den Paaren nimmt das Armutsrisiko mit der Zahl der Kinder zu. Bereits ab dem zweiten

<sup>51</sup> Vgl. EDI (2004), S. 38. Als einkommensschwach gilt, wer weniger als 70 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens zur Verfügung hat.

<sup>52</sup> Die Armutsgrenze ist aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet.

Kind ist das Armutsrisiko überdurchschnittlich [...]. Stark armutsgefährdet sind Paare mit drei und mehr Kindern [...]. Die höchste Armutsquote aber erreichen Einelternfamilien, die trotz Alimenten und Sozialhilfe zu fast einem Viertel [...] unter der Armutsgrenze leben.<sup>53</sup> Diese Ergebnisse aus der Schweiz decken sich mehrheitlich mit den Armutsberichten anderer westeuropäischer Länder wie zum Beispiel Deutschland. Dort sind zum Jahresende 2003 rund 1,1 Mio. Sozialhilfebezieher Kinder, von denen über die Hälfte in Einelternfamilien lebt.<sup>54</sup>

In Liechtenstein existiert keine Definition von «Armut». Zudem werden mehrere Kriterien zur Bestimmung des Mindesteinkommens angewandt, indem es neben dem sozialhilferechtlichen auch das sozialversicherungsrechtliche und das gerichtliche Existenzminimum gibt. „Absolute Armut als solche kommt in Liechtenstein nicht vor, auch wenn es Menschen gibt, die im Vergleich mit anderen benachteiligt sind und der staatlichen Unterstützung bedürfen. [...] Personen mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten [...], die sie nicht selbst oder mit Hilfe anderer Personen oder Einrichtungen bewältigen können, sowie Personen, die den Lebensunterhalt für sich und ihre unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht sichern können, haben Anspruch auf Sozialhilfe.“<sup>55</sup> Bereits in ihrem ersten (und einzigen) Armutsbericht kommt das Amt für Soziale Dienste zu dem Ergebnis: „Relative und verdeckte Armut, Einkommensschwäche und Angewiesenheit auf staatliche Unterstützung gibt es [...] auch in einem – im internationalen Vergleich – sehr reichen Land“<sup>56</sup> wie Liechtenstein. Besonders benachteiligt sind unvollständige Familien und hier vor allem allein erziehende Frauen, die in starkem Maße vom Armutsrisiko bedroht sind.<sup>57</sup> In der Vergangenheit sind die Aufwendungen für Sozialhilfe in Liechtenstein tendenziell gestiegen. „Die Zunahme an Sozialhilfekosten ist einerseits durch das Bevölkerungswachstum bedingt, beruht aber andererseits auch auf dem gesellschaftlichen Wandel, der die Situation der Familien verändert und neue Lebensformen hervorgebracht hat. [...] In den letzten Jahren entstanden neue soziale Risiken wie Kinder- und Familienarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, «Working Poor», Alleinlebende und Alleinerziehende sowie Migranten, für die die Sozialhilfe eine tragende Rolle in der Existenzsicherung übernommen hat.“<sup>58</sup> Im Jahr 2003 wurde die wirtschaftliche Sozialhilfe beispielsweise allein in 15 Prozent der Fälle von Einelternfamilien in Anspruch genommen.<sup>59</sup>

---

<sup>53</sup> EDI (2004), S. 38.

<sup>54</sup> Vgl. Bundesregierung (2005), S. 76.

<sup>55</sup> Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2004), S. 44.

<sup>56</sup> Amt für Soziale Dienste (1997), S. 47.

<sup>57</sup> Vgl. Amt für Soziale Dienste (1997), S. 41. Ebenso Fürstlich Liechtensteinische Regierung (1994), S. 51 ff.

<sup>58</sup> Frommelt (2005), S. 104.

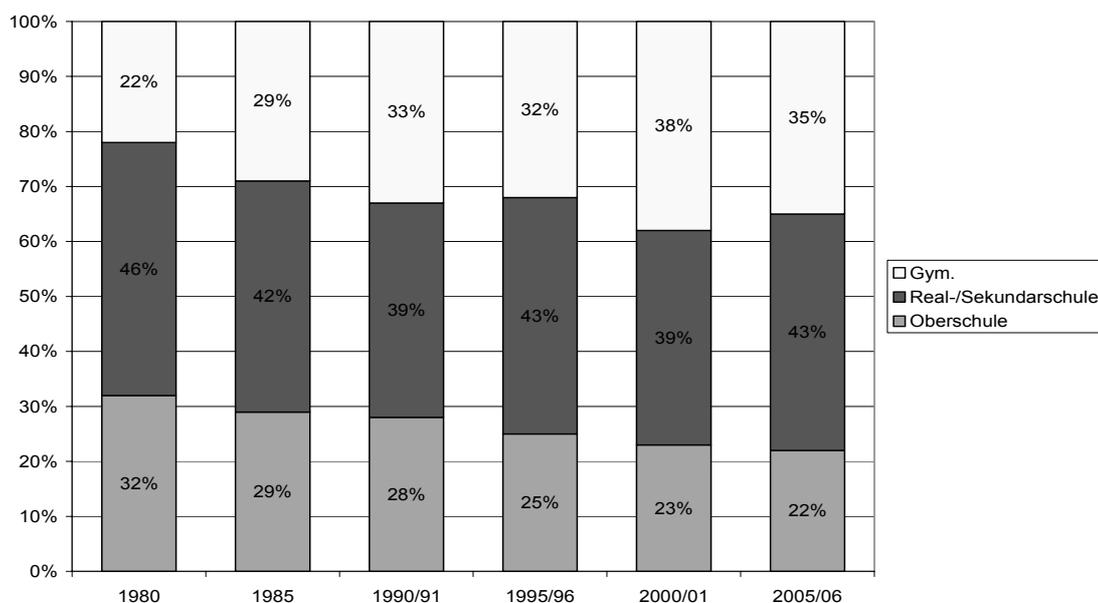
<sup>59</sup> Vgl. Frommelt (2005), S. 97.

Wenngleich die aktuelle Datenlage zur Einkommenssituation von Familien in Liechtenstein dünn ist, so lassen doch die obigen Ausführungen insgesamt die Vermutung zu, dass Familien mit zunehmender Kinderzahl finanziell benachteiligt sind und vor allem Alleinerziehende ein erhöhtes Armutsrisiko tragen.

## 2.6 Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen

Das «Wohl» von Familien beziehungsweise Kindern zeigt sich neben der Einkommenssituation auch in der Bildungsbeteiligung der Jungen und Mädchen. Zunächst vollzieht sich in Bezug auf die jeweilige Schülergeneration<sup>60</sup> in Liechtenstein ein sichtbarer Trend zu höheren Schulen, wodurch die gesamte **Bildungsquantität** in Liechtenstein angestiegen ist. Von diesem Trend konnte vor allem das Gymnasium profitieren.

**Abbildung 31: Entwicklung der Schüleranteile nach Schultyp**



\*ab 1993/94 inkl. St. Elisabeth und ab 2002/03 inkl. Privatschulen

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2006b), S. 289 ff.

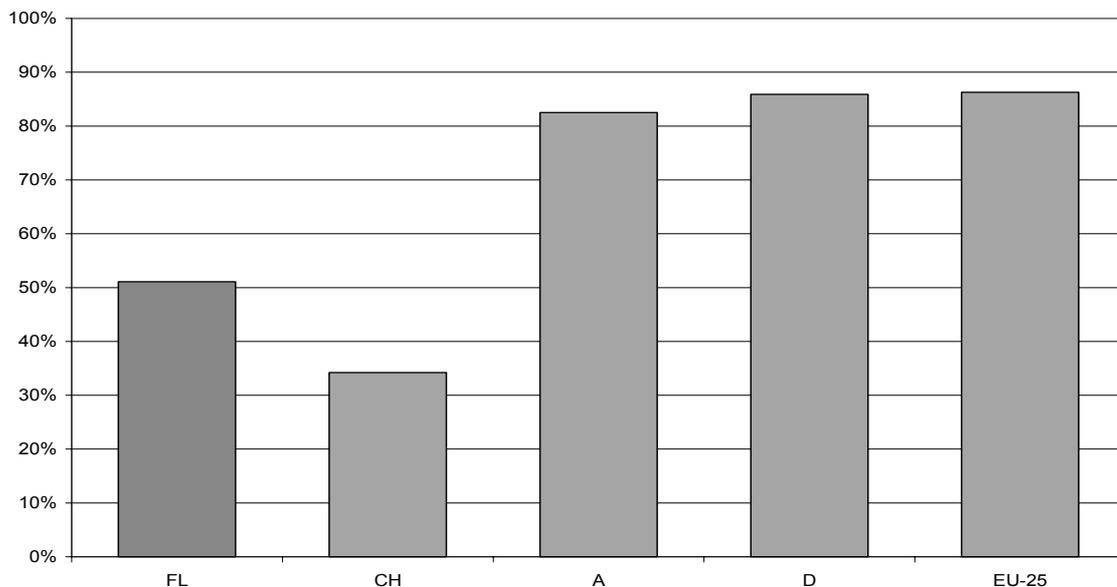
Betrachtet man die derzeitige Verteilung der Schulkinder nach Herkunftsregion auf die einzelnen Schultypen, „[...] zeigt sich ein deutliches Bildungsgefälle von den deutschsprachigen Ländern Liechtenstein und Schweiz über die gemischtsprachigen Länder des

<sup>60</sup> Da sich die Daten der Bildungsstatistik ausschließlich auf die Schulen in Liechtenstein beziehen, sind darin diejenigen Schüler mit Wohnsitz Liechtenstein nicht eingeschlossen, die im Ausland die Schule besuchen. Demgegenüber sind aber die Schüler mit Wohnsitz im Ausland, die in Liechtenstein zur Schule gehen, enthalten.

EU-Raumes bis zu den übrigen Staaten.<sup>61</sup> Während über die Hälfte aller Ausländer aus der Ländergruppe West-/Nordeuropa und Nordamerika ein Gymnasium besuchen, sind es nur knapp 43 Prozent aller Schüler mit liechtensteinischer Staatsangehörigkeit und durchschnittlich nur zehn Prozent der Schüler aus anderen Herkunftsländern.<sup>62</sup>

Zudem fällt auf, dass vor Ort die vorschulische Bildungsbeteiligung für Vierjährige im internationalen Vergleich einen sehr geringen Stellenwert hat.<sup>63</sup> In Liechtenstein existieren ebenso wie in allen anderen Ländern der Europäischen Union Vorschulangebote; in erster Linie in Form von Kindergärten, deren Besuch allerdings erst mit Vollendung des vierten Lebensjahres möglich ist. Ihr Besuch ist grundsätzlich<sup>64</sup> freiwillig. Lediglich in Luxemburg und dem Vereinigten Königreich (Nordirland) ist die Vorschulerziehung für Vierjährige obligatorisch.<sup>65</sup>

**Abbildung 32: Bildungsbeteiligung der 4-Jährigen als Anteil der entsprechenden Altersgruppe im Schuljahr 2002/03 im europäischen Vergleich**



Quelle: Amt für Volkswirtschaft (2006a), S. 142.

In zahlreichen empirischen Studien wurde immer wieder betont, dass es sowohl für die gesamt- als aber auch privatwirtschaftlichen Erträge von Humankapitalinvestitionen

<sup>61</sup> Vgl. Marxer (2007), S. 62.

<sup>62</sup> Vgl. Marxer (2007), S. 64.

<sup>63</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2006a), S. 142.

<sup>64</sup> Eine Kindergartenpflicht existiert in Liechtenstein allerdings auf der zweiten Stufe für fremdsprachige Kinder.

<sup>65</sup> Vgl. Europäische Kommission (2005), S. 132.

unter anderem<sup>66</sup> entscheidend ist, „welches Ausmaß an kognitiven Basiskompetenzen wie Mathematik und Naturwissenschaften und Lesen [...] erlernt wurde.“<sup>67</sup> Damit rücken die **Bildungsqualität** und insbesondere die liechtensteinischen Resultate der PISA-Studie ins Blickfeld.

Liechtenstein rangierte bei der PISA-Studie im Jahr 2003 in allen drei Kompetenzbereichen Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften auf dem fünften Rang und verbesserte sich damit deutlich gegenüber dem Jahr 2000. Das Fürstentum schneidet unter allen deutschsprachigen Ländern mit Abstand am besten ab.<sup>68</sup>

Trotz dieser erfreulichen Gesamtbilanz darf nicht übersehen werden, dass in Liechtenstein eine große Leistungsheterogenität unter den getesteten Schülern existiert. So erzielen beispielsweise bei den Mathematikleistungen die besten fünf Prozent der Schüler Leistungen über 683 Punkte, wohingegen die fünf Prozent schwächsten Schüler weniger als 370 Leistungspunkte erreichen. Damit ist die Leistungsheterogenität in Liechtenstein auch deutlich stärker als im Nachbarland Schweiz ausgeprägt.<sup>69</sup>

Liechtenstein gehört im OECD-Vergleich zu denjenigen Ländern, die sich einerseits durch ein relativ hohes Gesamtleistungsniveau und andererseits durch eine vergleichsweise starke **sozioökonomisch bedingte Bildungsungleichheit** auszeichnen.

---

<sup>66</sup> Neben den kognitiven Basiskompetenzen sind zum Beispiel auch die Sozial- und Handlungskompetenzen von zentraler Bedeutung.

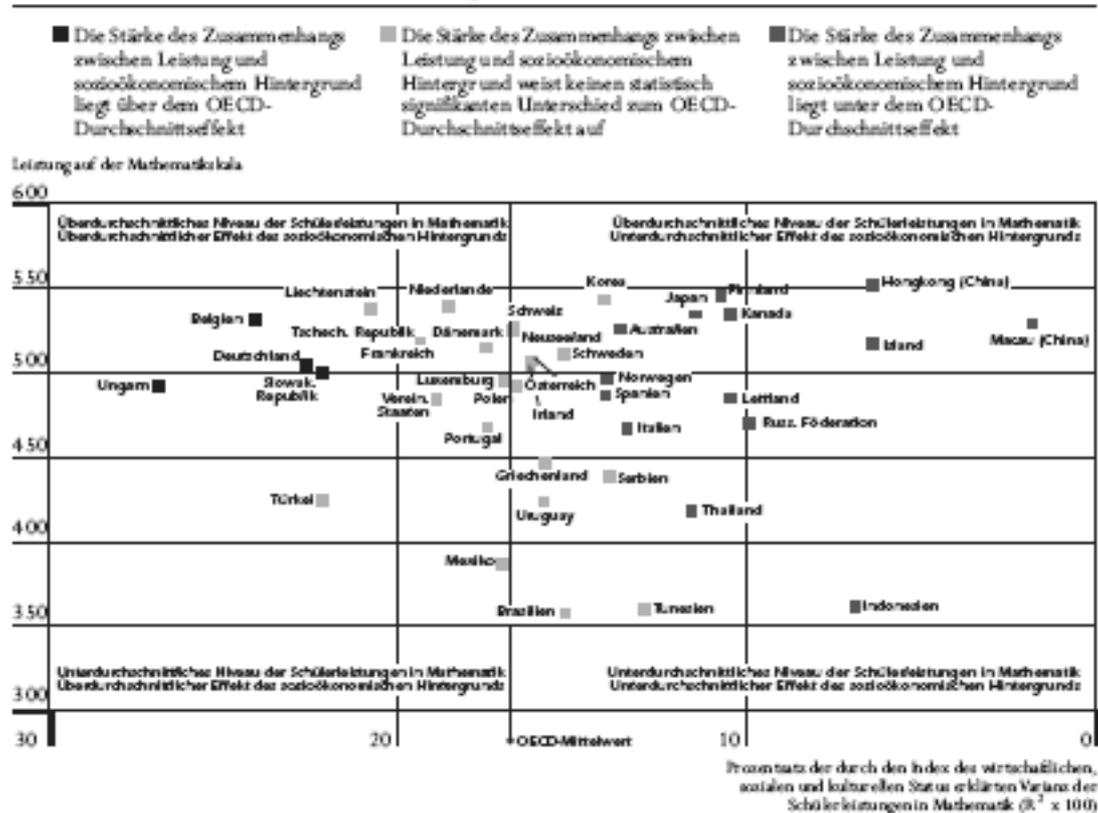
<sup>67</sup> Wößmann (2006), S. 386.

<sup>68</sup> Für detaillierte Ergebnisse siehe OECD (2004a).

<sup>69</sup> Vgl. Biedermann, Brühwiler (2006), S. 13.

Abbildung 33: Schülerleistungen in Mathematik und Effekt des sozioökonomischen Hintergrunds bei PISA 2003

Durchschnittsleistung der Länder auf der PISA-Gesamtskala Mathematik und Zusammenhang zwischen Leistung und dem Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status



Anmerkung: Bei dem in dieser Abbildung verwendeten OECD-Mittelwert handelt es sich um das arithmetische Mittel aller OECD-Länder.

Quelle: OECD PISA-2003-Datenbank, Tabelle 4.3a.

Quelle: OECD (2004a), S. 210.

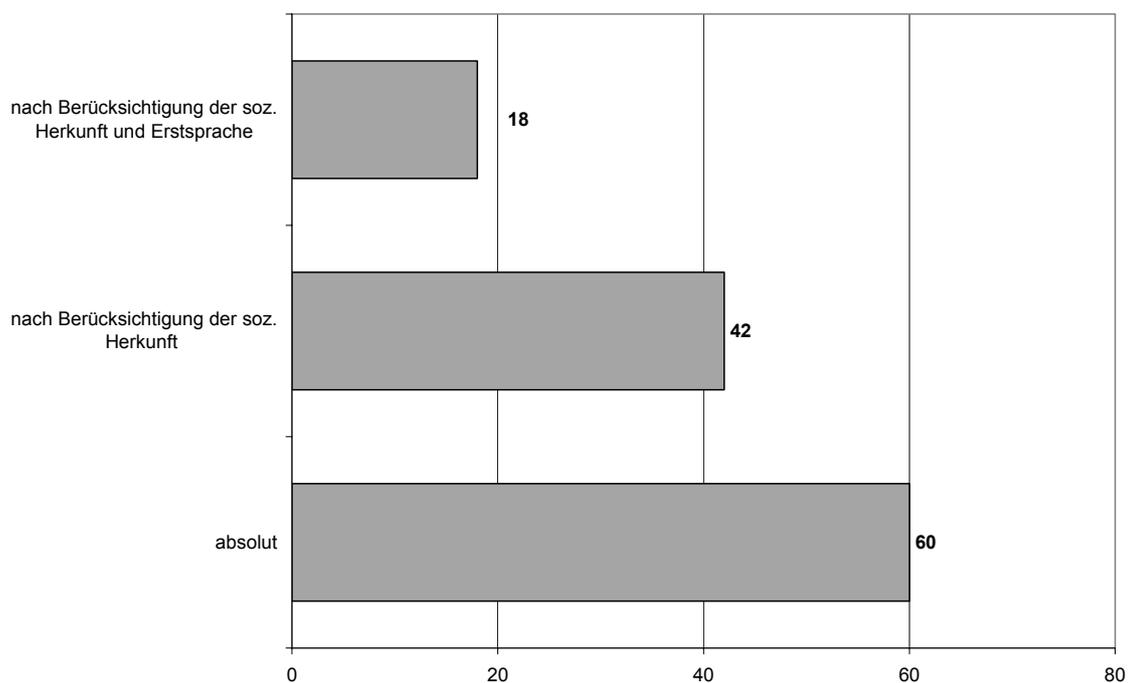
Bei den sozioökonomischen Determinanten kann grob zwischen sozialen und familiären Faktoren einerseits, die die soziale Herkunft der Schüler beschreiben, und den kulturellen Faktoren andererseits unterschieden werden. Im Fürstentum Liechtenstein besteht „sowohl im internationalen Vergleich wie auch verglichen mit der Schweiz ein überdurchschnittlicher Effekt der sozialen Herkunft auf die Schülerleistungen. Offenbar gelingt es vergleichsweise schlecht, Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Verhältnissen angemessen zu fördern.“<sup>70</sup>

Nicht besser sieht die Situation in Liechtenstein in Bezug auf die kulturelle Herkunft aus. Im internationalen Vergleich ist der Leistungsabstand in Liechtenstein zwischen

<sup>70</sup> Biedermann, Brühwiler (2006), S. 19.

einheimischen Schülern und Kindern mit Migrationshintergrund relativ groß. So haben im Ausland geborene Schüler eine 2,2 Mal so hohe Wahrscheinlichkeit im untersten nationalen Quartil der Gesamtskala Mathematik zu liegen als einheimische Schüler.<sup>71</sup> Da der Migrationshintergrund oftmals mit einem niedrigeren sozialen Status und einer mangelnden Kompetenz der Unterrichtssprache einhergeht, verringert sich der Leistungsunterschied, wenn diese Variablen kontrolliert werden, wobei erneut der große Einfluss der sozialen Herkunft auf das Leistungsniveau auffällt.

**Abbildung 34: Differenz der Mathematikleistungen zwischen SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund bei PISA 2003**



Quelle: Moser (2005), S. 109.

Einen besseren Einblick in die sozioökonomischen Ursachenfaktoren bekommt man durch eine differenzierte Betrachtung nach Einzeleinflüssen bei den Mathematikleistungen der Schüler.

<sup>71</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 443.

Abbildung 35: Sozioökonomische Einzeleffekte auf die Mathematikleistungen im internationalen Vergleich bei PISA 2003

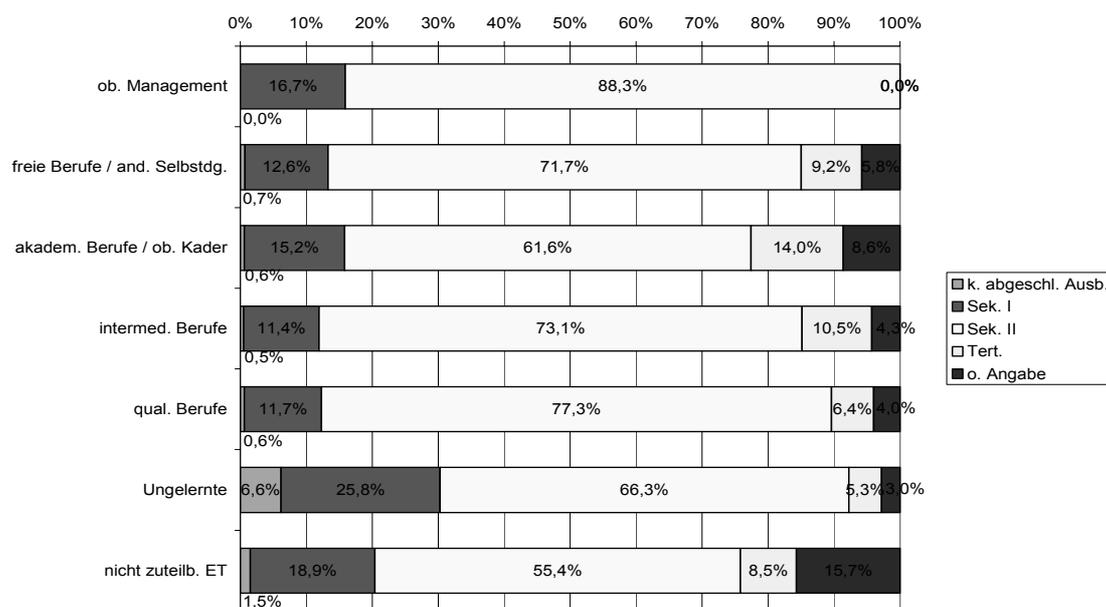


Quelle: OECD (2004a), S. 199.

Für Liechtenstein fällt der große Einfluss der beruflichen Stellung der Eltern auf die Mathematikleistungen der Kinder auf. Liechtensteinische Schüler, deren Eltern im untersten Quartil des Verteilungsspektrums der beruflichen Stellung liegen, haben eine 2,8 Mal so hohe Wahrscheinlichkeit bei ihren Mathematikleistungen im untersten nationa-

len Quartil der Gesamtskala Mathematik zu liegen. Der durchschnittliche OECD-Wahrscheinlichkeitswert liegt demgegenüber bei 2,2.<sup>72</sup> Betrachtet man die Volkszählungsergebnisse für Liechtenstein, so bestätigt sich dieses Ergebnis. Im Jahr 2000 leben insgesamt 1.607 ledige Kinder zwischen 20 und 29 Jahren in Familienhaushalten mit erwerbstätiger Referenzperson. Bei den Ungelernten ist der Anteil derjenigen Kinder, die höchstens die Sekundarstufe I abgeschlossen haben, mit Abstand am größten. Demgegenüber ist der Anteil mit abgeschlossener Tertiärausbildung bei den Familienhaushalten am größten, wo die erwerbstätige Referenzperson einen akademischen Beruf ausübt beziehungsweise im oberen Kader anzutreffen ist. Interessante Abweichungen ergeben sich allerdings für die erwerbstätigen Referenzpersonen im obersten Management, deren Kinder vergleichsweise niedrige Bildungsabschlüsse aufweisen. Allerdings müssen diese Zahlen aufgrund der kleinen Grundgesamtheit von nur zwölf Personen mit äußerster Vorsicht interpretiert werden.

**Abbildung 36: Sozioprofessionelle Kategorie der erwerbstätigen Referenzperson mit ledigen Kindern zwischen 20 und 29 Jahren nach höchster abgeschlossener Ausbildung im Jahr 2000**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 132.

Ebenso ist bei der Leistungsheterogenität der Schüler im Rahmen der PISA-Studie auch der Einfluss des Bildungsstandes der Eltern, der vielfach mit der beruflichen Stellung

<sup>72</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 436.

korreliert, nicht zu vernachlässigen. In ähnliche Richtung weisen erneut die Ergebnisse der Volkszählung 2000. Stellt man nämlich die gegenwärtige Ausbildung der ledigen Kinder zwischen 15 und 29 Jahren in Familienhaushalten der höchsten abgeschlossenen Ausbildung ihrer Referenzperson gegenüber, so zeigt sich tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsniveau der Kinder und dem Bildungsstand der Referenzperson.<sup>73</sup>

Zusammenfassend zeigt sich, dass das liechtensteinische Erziehungs- und Bildungssystem nicht in der Lage ist, unterschiedliche Startchancen, die sich aus der sozialen und kulturellen Herkunft ergeben, auszugleichen. Stattdessen sind die Jugendlichen in Liechtenstein durch eine sehr große Bildungsheterogenität gekennzeichnet, bei der Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen sowie sozial schwachen Schichten am untersten Ende rangieren.

### **3 Definitive Grundlagen und Begriffsbestimmungen**

Jegliche Untersuchung zum Themenkomplex der Familienpolitik steht vor dem Problem, dass es keine einheitliche Begriffsbestimmung von Familienpolitik gibt und – aufgrund der verschiedenen familienpolitischen Traditionen – wohl auch nicht geben kann. Unbestritten ist allerdings, dass ihr Gegenstand die Familie ist, die allerdings auch sehr verschieden definiert wird.<sup>74</sup>

Aus diesem Grund muss geklärt werden, was im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung unter Familienpolitik zu verstehen ist. Der Antwort kann man sich allerdings nur nähern, wenn man sich in einem ersten Schritt mit dem Objekt der Familienpolitik – der Familie - begrifflich und inhaltlich auseinandersetzt.

---

<sup>73</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005c<sub>4</sub>), S. 135 f.

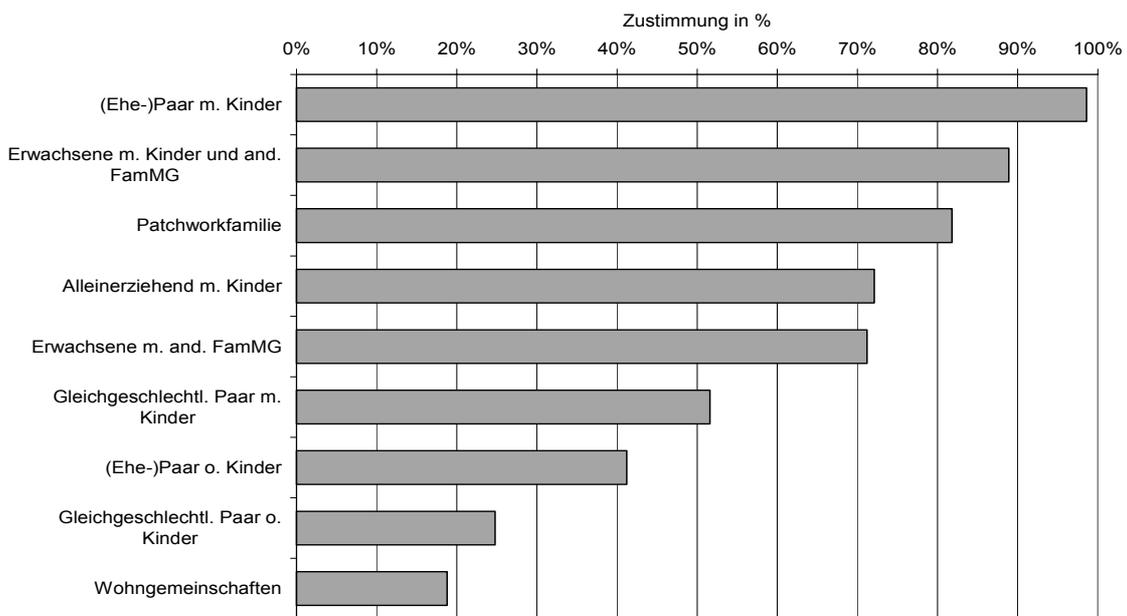
<sup>74</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 6.

### 3.1 Familie – Begriff, Funktion und Bedeutungswandel

#### 3.1.1 Definition und Wandel der Familie

Eine definatorische Ab- beziehungsweise Eingrenzung der Familie „ist insofern problematisch, da [...] kein allgemein akzeptierter Familienbegriff (mehr) existiert, sondern allenfalls eine mehr oder minder umfassende Kasuistik empirisch vorfindbarer familialer Lebensformen.“<sup>75</sup> Aber nicht nur in der Wissenschaft herrscht kein Konsens über die «richtige» Definition von Familie, sondern auch in der Bevölkerung gehen die Meinungen darüber weit auseinander, welche Lebensformen als Familie gelten. In Liechtenstein sind sich lediglich bei (Ehe-)Paaren mit Kindern fast alle einig, dass es sich bei dieser Form des Zusammenlebens um eine Familie handelt.<sup>76</sup>

**Abbildung 37: Was ist eine Familie?**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 1 und 2.

Eine im deutschsprachigen Raum gängige<sup>77</sup> Definition von Familie stammt von *Lampert / Althammer*. „In einem engeren Sinne ist mit Familie eine soziale Gruppe gemeint, die aus einem Elternpaar oder einem Elternteil und einem oder mehreren (auch adoptier-

<sup>75</sup> Althammer (2000), S. 7.

<sup>76</sup> Vgl. für Liechtenstein Isopublic (2007), Tab. 1 und 2.

<sup>77</sup> Vgl. beispielsweise MGFFI (2006), S. 14.

ten) Kindern besteht.“<sup>78</sup> Demnach ist eine Familie immer durch eine generationenübergreifende Gruppe gekennzeichnet, die die Eltern(teile) und ihre Kinder umfasst. Im Folgenden wird dieses Verständnis von Familie zugrunde gelegt.

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass sich in den letzten Jahren ein tief greifender **Wandel der Familienformen** vollzogen hat.<sup>79</sup> So werden national und international im Durchschnitt immer später Familien gegründet und immer weniger Kinder geboren, wobei allerdings im europäischen Vergleich deutliche Unterschiede bei der Geburtenrate existieren. So reichen in Westeuropa die Kinderzahlen je Frau im Jahr 2003 von knapp 1,3 in Griechenland, Spanien und in Italien bis fast zwei in Island und Irland.<sup>80</sup> Zudem werden in den meisten europäischen Ländern immer mehr Ehen geschieden und das Alleinsein sowie neue Formen des Zusammenlebens gewinnen an Bedeutung, während sich der traditionelle Paarhaushalt mit Kindern tendenziell rückläufig entwickelt.<sup>81</sup> „In gesamteuropäischer Betrachtung hat die klassische Kernfamilie überall als Familienmodell zunehmend an Bedeutung verloren.“<sup>82</sup> Tiefere Geburtenrate, längere Lebenserwartung und neue Formen des Zusammenlebens in Verbindung mit einer zunehmenden Rolle von Single-Haushalten hat in den meisten Ländern zudem dazu geführt, dass analog zu Liechtenstein die durchschnittliche Haushaltsgröße sukzessive gesunken ist.<sup>83</sup>

Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass in Europa keineswegs einheitliche familiäre Lebensformen vorherrschen. Stattdessen weisen geographische Ländergruppen immer noch große Unterschiede zueinander auf, weshalb die Familienverhältnisse in Europa auch oftmals verschiedenen (geographischen) Ländertypen zugeordnet werden.<sup>84</sup>

### 3.1.2 Funktionen der Familie

Die Familie erfüllt für die Gesellschaft zahlreiche wichtige Funktionen.<sup>85</sup> Hierzu zählen vor allem die **Reproduktionsfunktion** und die **pädagogische Funktion**. Mit der Reproduktionsfunktion trägt die Familie zum zahlenmäßigen Erhalt der Bevölkerung bei,<sup>86</sup> während sie im Rahmen der pädagogischen Funktion ihrer Sozialisations- und sozialen Platzierungsaufgabe nachkommt,<sup>87</sup> indem sie einerseits Kinder zu handlungsfähigen und kompetenten Mitgliedern der Gemeinschaft macht und ihnen andererseits eine Posi-

---

<sup>78</sup> Lampert, Althammer (2004), S. 350.

<sup>79</sup> Vgl. beispielsweise den europäischen Vergleich bei Gerlach, von Hehl, Richter, Stinsmeier, Wetzorke (2004), S. 3 ff.

<sup>80</sup> Vgl. Kröhnert, Klingholz (2005), S. 6.

<sup>81</sup> Vgl. Fux (2005), S. 79 ff.

<sup>82</sup> MGFFI (2006), S. 32.

<sup>83</sup> Vgl. EDI (2004), S. 73.

<sup>84</sup> Vgl. Gerlach, von Hehl, Richter, Stinsmeier, Wetzorke (2004), S. 6.

<sup>85</sup> Vgl. beispielsweise Lampert, Althammer (2004), S. 351.

<sup>86</sup> Vgl. BMFSFJ (2006b), S. 8.

tion innerhalb der Gesellschaftsstruktur beimitet. Darüber hinaus erfüllt die Familie auch in hohem Maße eine **Vorsorge- und Haushaltsfunktion**, da sie die (Grund-)Bedürfnisse ihrer Familienmitglieder befriedigt und sie bei ihrer Lebensgestaltung unterstützt.<sup>88</sup> Schließlich kann der Familie auch eine **Freizeitfunktion** zugeschrieben werden, da die meiste freie Zeit im Durchschnitt mit beziehungsweise innerhalb der Familie verbracht wird.

Mit dem Wandel der Familienformen und den Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Umfeld haben sich allerdings auch **Bedeutungsverschiebungen** bei den Familienfunktionen vollzogen. „Zusammenfassend kann man feststellen dass die Familie heute in erster Linie für die Nachwuchssicherung [...] und die psychische und physische Regeneration und Stabilisierung ihrer Mitglieder verantwortlich ist.“<sup>89</sup>

### 3.2 Familienpolitik – Maßnahmen und Modelle

„In der fachwissenschaftlichen Literatur ist eine Vielzahl von Versuchen zu finden den Begriff der «Familienpolitik» zu definieren und festzulegen.“<sup>90</sup> Eine einheitliche **Definition** scheitert allerdings schon daran, dass die Praxis der Familienpolitik in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich ist. Den jeweiligen länderspezifischen Gegebenheiten und Traditionen entsprechend haben die Staaten unterschiedliche Ausrichtungen und Schwerpunkte in der Familienpolitik entwickelt, die eng mit den Ausprägungen sozialstaatlicher Prinzipien verknüpft sind. In der Regel werden fünf verschiedene **familienpolitische Konzeptionen** unterschieden,<sup>91</sup> die denselben geographischen Ländergruppierungen wie die Familienformtypisierungen entsprechen. Zentrale Unterscheidungsmerkmale dieser familienpolitischen Modelle sind neben der staatlichen Eingriffsintensität die Bedeutung von monetären Transferleistungen versus Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten sowie der Stellenwert der Geschlechtergleichheit.<sup>92</sup>

Eine eindeutige Zuordnung Liechtensteins fällt schwer; vielleicht auch deshalb weil im Fürstentum kein konsistentes Familienmodell existiert, was bedeutet, dass hierüber zunächst ein gesellschaftlicher und politischer Diskurs angestoßen werden muss. Allerdings bestehen doch viele Gemeinsamkeiten mit dem so genannten «konservativen» Modell, wie es auch in Österreich und Deutschland anzutreffen ist; in Liechtenstein

---

<sup>87</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 8.

<sup>88</sup> Vgl. BMFSFJ (2006b), S. 8.

<sup>89</sup> Vgl. MGFFI (2006), S. 17.

<sup>90</sup> Spieß (2006), S. 2.

<sup>91</sup> Vgl. EDI (2004), S. 17.

<sup>92</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 8.

allerdings mit deutlich liberaleren Zügen. Dieses «konservative» Modell<sup>93</sup> zeichnet sich dadurch aus, dass Geldtransfers im Vergleich zu Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten relativ stärker gewichtet, bevölkerungspolitische Ziele nicht explizit verfolgt werden und keine besondere Orientierung auf die Gleichheit der Geschlechter erfolgt.

So wird auch in Liechtenstein – anders als etwa im skandinavischen Modell – die Unterstützung von Familien mit Kindern und nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt gestellt. Im skandinavischen Familienmodell dagegen „werden beide Elternteile darin unterstützt, Familie und Beruf zu vereinbaren; kennzeichnend sind ein guter Ausbau der Kinderbetreuung und relativ großzügige Transferleistungen für den begrenzten Zeitraum, den ein Elternteil aufgrund der Erziehung der Kinder zu Hause verbringt.“<sup>94</sup> In Liechtenstein fließen stattdessen nicht einmal fünf Prozent des Aufwandes für Familien in den Posten Dienstleistungen, der unter anderem auch die außerhäusliche Kinderbetreuung umfasst.<sup>95</sup> Den größten Ausgabenposten stellen mit Abstand die Kinderzulagen, die sich im Jahr 2005 auf rund 44 Mio. CHF belaufen.<sup>96</sup> Demgegenüber existiert in Liechtenstein zwar ein Elternurlaub, der allerdings mit einer Gesamtzeit von drei Monaten im europäischen Vergleich relativ kurz ausfällt und zudem unbezahlt ist. Ebenso wenig bietet das Gesamtpaket familienpolitischer Leistungen in Liechtenstein einen Anreiz dafür, dass sich Männer gleichberechtigt der Familienarbeit und Kindererziehung widmen, wiewohl mittlerweile die Erziehungsleistung von Vätern kein Tabuthema mehr ist.

Vor diesem modelltheoretischen Hintergrund kann als **Definition** für die Familienpolitik zunächst dem gängigen Begriffsverständnis von *Lampert / Althammer* gefolgt werden,<sup>97</sup> wonach Familienpolitik die Gesamtheit der Maßnahmen und Einrichtungen umfasst, „[...] mit denen die Träger der Politik das Ziel verfolgen, die Familie zu schützen und zu fördern“.<sup>98</sup>

In einem nächsten Schritt muss nun geklärt werden, welche Maßnahmen und Leistungen den Bereich der Familienpolitik charakterisieren. Hierfür bietet sich die Unterscheidung in implizite und explizite Familienpolitik an.<sup>99</sup> Die implizite Familienpolitik versteht sich als Querschnittpolitik, indem sie die Perspektive von Familien und Kindern in allen Politikfeldern zur Geltung bringt. Demgegenüber verfügt die explizite Familienpo-

---

<sup>93</sup> Vgl. auch EDI (2004), S. 17.

<sup>94</sup> BMFSFJ (2003), S. 7.

<sup>95</sup> Vgl. Köpfler (2007b), S. 5. Für eine detaillierte Auflistung der Ausgaben für Familien, unterteilt in Geld- und Dienstleistungen, siehe Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 18 f. betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein.

<sup>96</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 18.

<sup>97</sup> Für eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Definitionsansatz siehe die Ausführungen in Kapitel 8.

<sup>98</sup> Lampert, Althammer (2004), S. 350.

<sup>99</sup> Vgl. Spieß (2006), S. 2.

litik über ein gewisses Maß an institutioneller Autonomie und gilt als eigenständiges Politikfeld, das mit ihrem Maßnahmenbündel gezielt auf die Förderung von Familien ausgerichtet ist. Die Querschnittfunktion der Familienpolitik darf gerade in einem Kleinstaat wie Liechtenstein nicht unterschätzt werden, wo das wirtschaftliche und gesellschaftliche Subsystem so eng miteinander verknüpft sind. In diesem Sinne ist jegliche Form der Familienpolitik zugleich auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, während ein Großteil der wirtschaftspolitischen Aktivitäten, wie zum Beispiel die Steuerpolitik, familienrelevante Implikationen mit sich bringt.

Zur Realisierung ihrer Zielsetzungen kann die (explizite) Familienpolitik einen großen Strauß von Leistungen einsetzen, die sich grob in vier Kategorien unterteilen lassen: direkte und indirekte Geldleistungen sowie nicht-monetäre Infrastruktur- beziehungsweise Dienstleistungsangebote und Maßnahmen der Zeitpolitik.<sup>100</sup>

In Liechtenstein kommen alle vier Kategorien **familienpolitischer Leistungen** zum Einsatz. In Tabelle 1 sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die wichtigsten Leistungen<sup>101</sup> zusammengestellt.

---

<sup>100</sup> Vgl. Spieß (2006), S. 2.

<sup>101</sup> Vgl. ausführlich die Broschüre aus dem Ressort Familie und Gleichberechtigung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2002), die allerdings nicht mehr auf dem aktuellsten Stand ist.

**Tabelle 1: Überblick über familienpolitische Leistungen in Liechtenstein**

Leistungskategorien			
Direkte Geldleistungen	Indirekte Geldleistungen	Infrastrukturleistungen	Maßnahmen der Zeitpolitik
Familienzulagen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderzulage</li> <li>• Geburtszulage</li> <li>• Alleinerziehendenzulage</li> </ul> Mutterschaftszulage Unterhaltsvorschüsse i.R.d. Sozialhilfe Sonstige direkte Geldleistungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mietbeiträge für Familien</li> </ul>	Steuererleichterungen und -vorteile für Familien <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderabzug</li> <li>• Alleinerziehendenabzug</li> </ul> Versicherungsvergünstigungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Prämienbefreiung für Kinder unter 16 Jahren i.R.d. Grundversicherung</li> <li>• Erziehungsgutschrift i.R.d. Rentenversicherung</li> </ul> Sonstige indirekte Geldleistungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbilligte Familienabonnements für öfftl. Verkehr</li> </ul>	Familienhilfe i.R.d. Sozialhilfe Angebote zur außerhäuslichen Kinderbetreuung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kindergärten</li> <li>• Kindertagesstätten</li> <li>• Tagesmütter</li> </ul>	Elternurlaub (drei Monate) Mutterschutz vor und nach der Geburt (vier Wochen vor und 16 Wochen nach der Geburt)

Quelle: Eigene Darstellung.

## 4 Allokative Begründung einer staatlichen Familienpolitik

In der zugrunde gelegten Arbeitsdefinition werden die Träger der Politik – und damit der Staat - als maßgebliche Akteure der Familienpolitik genannt. Die Notwendigkeit einer staatlichen Familienpolitik kann selbst ohne Rückgriff auf normative Gerechtigkeitsvorstellungen allein aus der Theorie des allokativen Marktversagens<sup>102</sup> abgeleitet werden.

### 4.1 Beitrag der Familie zu wirtschaftlichem Wachstum

Es wurde bereits in Zusammenhang mit den Familienfunktionen darauf hingewiesen, dass die Familie wichtige **Aufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft** erfüllt,<sup>103</sup> indem sie beispielsweise ganz wesentlich zu Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsstärke, sozialer Sicherheit und Kohärenz beiträgt.

<sup>102</sup> Vgl. umfassend zur Theorie des allokativen Marktversagens Baßeler, Heinrich, Utecht (2006), S. 44 ff.

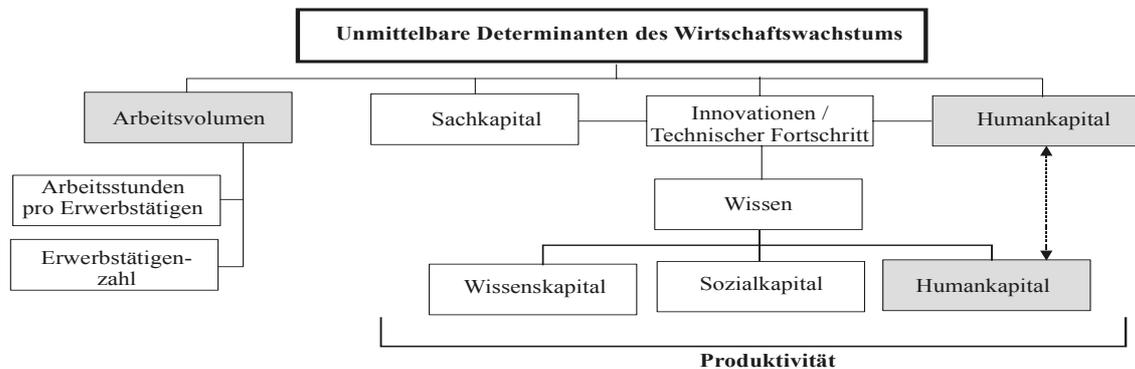
<sup>103</sup> Vgl. auch die differenzierte ökonomische Betrachtung bei Althammer (2000), S. 43 ff.

„Ziel eines jeden Staates ist die Absicherung seiner Zukunftsfähigkeit.“<sup>104</sup> Bezogen auf die Volkswirtschaft eines Landes verlangt dies nach einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung, für die dem wirtschaftlichen Wachstum eine herausragende Rolle zugeschrieben wird.<sup>105</sup> Aus diesem Grund wird im Folgenden der Beitrag der beiden familiären Elementarfunktionen, der Reproduktions- und Erziehungsfunktion (pädagogische Funktion), zum **Wirtschaftswachstum** näher analysiert.

Bei der Erziehungsleistung handelt es sich gesellschaftlich betrachtet um nichts anderes als um eine private Humankapitalinvestition, bei der in der frühkindlichen Entwicklungsphase insbesondere Primär- und Schlüsselqualifikationen vermittelt und gesellschaftliche Normen und Werte tradiert werden.<sup>106</sup> Somit leistet die Familie mit der Reproduktions- und Erziehungsfunktion einen wesentlichen Beitrag zur quantitativen und qualitativen Stabilisierung des Arbeitskräftepotenzials und trägt damit direkt zu Wirtschaftswachstum bei.

Im Grunde gibt es genau zwei unmittelbare Möglichkeiten, wie eine Wirtschaft wachsen kann. Entweder werden mehr Produktionsfaktoren eingesetzt oder aber es wird die Produktivität des Produktionsprozesses gesteigert,<sup>107</sup> wobei das an die Person des Arbeitnehmers gebundene Humankapital einen zentralen Faktor zur Produktivitätssteigerung darstellt. Die Familie beeinflusst mit ihrer Regenerations- und Erziehungsfunktion sowohl das Arbeitsvolumen als auch den Humankapitalbestand.

**Abbildung 38: Unmittelbare Determinanten des Wirtschaftswachstums**



Quelle: Eigene Darstellung.

Für das Wirtschaftswachstum wird dem faktorgebundenen Humankapital – sowohl in Theorie wie auch Empirie – weitaus größere Bedeutung als dem rein quantitativen Ar-

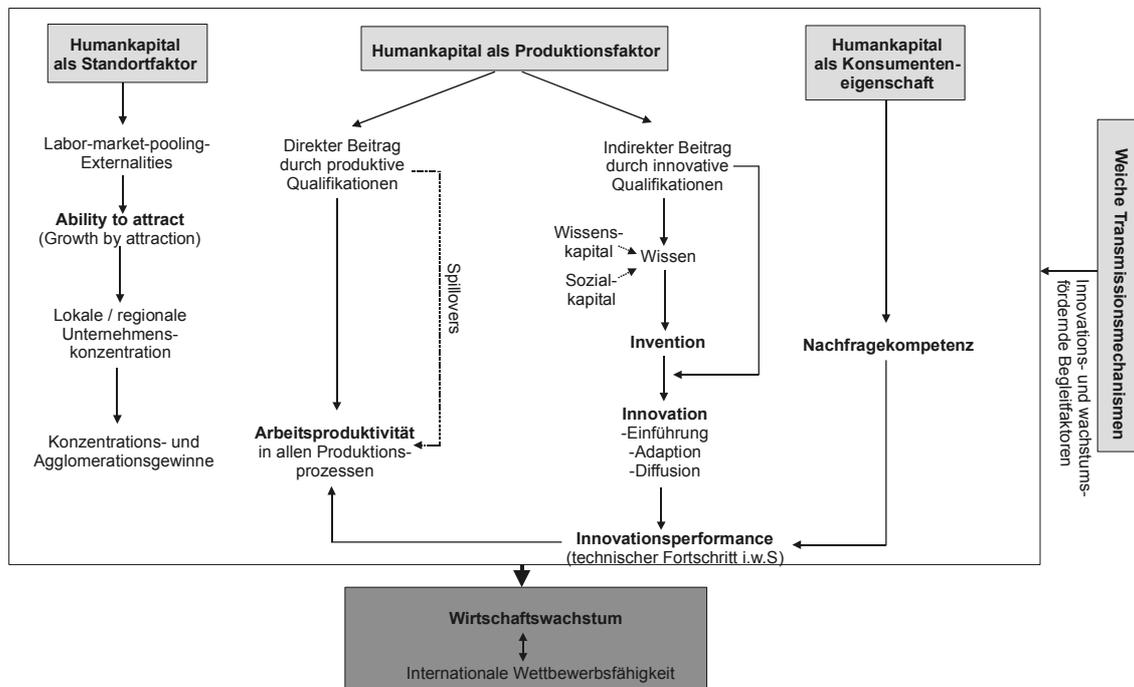
<sup>104</sup> Kirt, Waschkuhn (2001), S. 40.

<sup>105</sup> Vgl. Aiginger (2004), S. 38.

<sup>106</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 9.

beitsvolumen beigemessen. Um den positiven Effekt des Humankapitals auf das wirtschaftliche Wachstum<sup>108</sup> differenziert darzustellen, bietet sich eine Unterscheidung des Humankapitals nach seinen verschiedenen Funktionen an.<sup>109</sup>

**Abbildung 39: Funktionen des Humankapitals im Hinblick auf Wirtschaftswachstum**



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Hofmann (2001), S. 41.

Die Humankapitalausstattung der Bevölkerung ist von unschätzbarem Wert für die Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Volkswirtschaft, denn „der Mensch [...] transformiert [...] intellektuelle Kapazitäten in wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“<sup>110</sup> und ist damit – gerade in der hoch technologisierten und entwickelten liechtensteinischen Volkswirtschaft – die Schlüsselgröße für deren Erfolg. Ein gravierender Mangel an Humankapital kann demgegenüber zu einer Wachstumsfalle führen, da sich die Wachstumskräfte erst dann entfalten können, wenn qualifizierte Arbeitnehmer verfügbar sind.<sup>111</sup>

Eine sinkende Fertilitätsneigung hat – unter sonst gleichen Bedingungen – einen Bevölkerungsrückgang in Verbindung mit einer Veränderung der Altersstruktur zu Lasten

<sup>107</sup> Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002), S. 16 sowie Mankiw (2004), S. 583.

<sup>108</sup> Vgl. exemplarisch Grundlach (2001) sowie de la Fuente, Cicone (2002), S. 28 ff.

<sup>109</sup> Vgl. ähnlich auch Hofmann (2001), S. 41.

<sup>110</sup> Hofmann (2001), S. 25.

<sup>111</sup> Vgl. Bergheim (2005), S. 5.

junger Generationen zur Folge. Auf Basis der neoklassischen und neuen Wachstumstheorie lässt sich zeigen, dass ein solcher demographischer Wandel mit negativen Auswirkungen für das Wirtschaftswachstum verbunden ist.<sup>112</sup> Im Umkehrschluss kann ein Anstieg der Geburtenrate das wirtschaftliche Wachstum positiv beeinflussen. So kommt beispielsweise das *Institut der deutschen Wirtschaft* für Deutschland zu dem Schluss, dass ein Anstieg der Geburtenrate auf 1,7 Kinder je Frau zu einem um 15 Prozentpunkte höheren BIP-Wachstum bis zum Jahr 2050 als im Ist-Szenario führt. Das BIP je Einwohner würde sich im gleichen Zeitraum gegenüber dem Ist-Szenario nicht verändern.<sup>113</sup> Hierbei wurde allerdings ausschließlich auf die Regenerationsfunktion der Familie abgestellt. Zusätzliche Wachstumseffekte – absolut und pro Kopf – resultieren aus der Erziehungsfunktion, die das Humankapitalniveau einer Kindergeneration determiniert.

## 4.2 Positive Externalitäten und allokatives Marktversagen

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass Familien mit ihren unterschiedlichen Funktionen, die sie als Familie erfüllen, einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft und Gesellschaft leisten und damit in hohem Maße so genannte **positive Externalitäten** generieren. Positive externe Effekte sind dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht dem Einzelnen, sondern der gesamten Gesellschaft zugute kommen, ohne dass das Individuum dafür eine entsprechende Gegenleistung erhält.<sup>114</sup> Damit gehen diese externen Effekte auch nicht in die Kalkulation der Individuen ein, was zur Folge hat, dass Eltern(-teile) ihre Familienentscheidung nicht in Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Effekte treffen, sondern ausschließlich auf Grundlage ihrer persönlichen Lebensführung und -planung. „Niemand bekommt heute und in Zukunft Kinder, damit die Renten sicher bleiben oder weil Politiker sich das wünschen.“<sup>115</sup> In den Fällen, wo die sozialen Erträge die privaten Erträge übersteigen, ist die Entscheidung für Kinder negativ verzerrt und die «**Freerider-Problematik**» wird virulent. In der Folge kann es zu einem teilweisen **allokativen Marktversagen** kommen,<sup>116</sup> das dadurch gekennzeichnet ist, dass zu wenige Kinder geboren werden oder die familiäre Erziehungsfunktion nur unzureichend erfüllt wird.

---

<sup>112</sup> Vgl. beispielsweise für Deutschland Wirsching (2005), S. 13 ff.

<sup>113</sup> Berücksichtigt wurde an dieser Stelle nur der primäre Effekt einer steigenden Fertilitätsneigung. Vgl. ausführlich BMFSFJ (2006b), S. 13 ff.

<sup>114</sup> Vgl. Samuelson, Nordhaus (2005), S. 65.

<sup>115</sup> MGFFI (2006), S. 56.

<sup>116</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 49 f.

Entsprechend lässt sich allein aufgrund des allokativen Marktversagens die Notwendigkeit einer staatlichen Familienpolitik ableiten, „[...] die diese externen Effekte von Kindern auf die Gesellschaft internalisiert beziehungsweise kompensiert, das heißt sich an den wie auch immer gearteten Kosten beteiligt.“<sup>117</sup> Diese Internalisierung vollzieht sich in der Regel durch einen **horizontalen Einkommensausgleich**<sup>118</sup> zu Gunsten von Familien mit Kindern und zu Lasten von kinderlosen Erwachsenen. Dass Familien tatsächlich beachtliche ökonomische Aufwendungen für die Versorgung und Betreuung ihrer Kinder leisten, zeigen Modellrechnungen für Deutschland. Demnach beläuft sich dort der bis zur Volljährigkeit erbrachte Betreuungs- und Versorgungsaufwand für ein Kind bei Ehepaarhaushalten mit einem gruppenäquivalenten Durchschnittseinkommen auf fast 190.000 EUR.<sup>119</sup>

Das Erfordernis einer staatlichen Internalisierung der positiven Externalitäten lässt sich allerdings nur dann zweifelsfrei allokativ begründen, wenn aus den Externalitäten auch tatsächlich ein Marktversagen resultiert. Solange für Paare der private Nutzen größer ist als die privaten Kosten, werden sie – unabhängig von den sozialen Erträgen – ihre Reproduktions- und Erziehungsfunktion wahrnehmen und ein allokatives Marktversagen tritt nicht ein.

Neben dieser rein allokativen Begründung der staatlichen Familienpolitik, lassen sich allerdings auch weitere – vornehmlich distributive – Argumente ins Feld führen, die in Zusammenhang mit den Zielsetzungen der Familienpolitik noch näher erläutert werden.<sup>120</sup>

Es soll allerdings an dieser Stelle nicht der Eindruck vermittelt werden, dass ausschließlich der Staat für die Familienfreundlichkeit einer Gesellschaft verantwortlich ist. Einen ganz wesentlichen Beitrag können und sollen vor allem auch Unternehmen und jeder einzelne Bürger leisten. Entsprechend stark wird auch das Engagement von Wirtschaft und Gesellschaft in Liechtenstein eingefordert, wie die Befragung «Familien Liechtenstein» zeigt.<sup>121</sup>

---

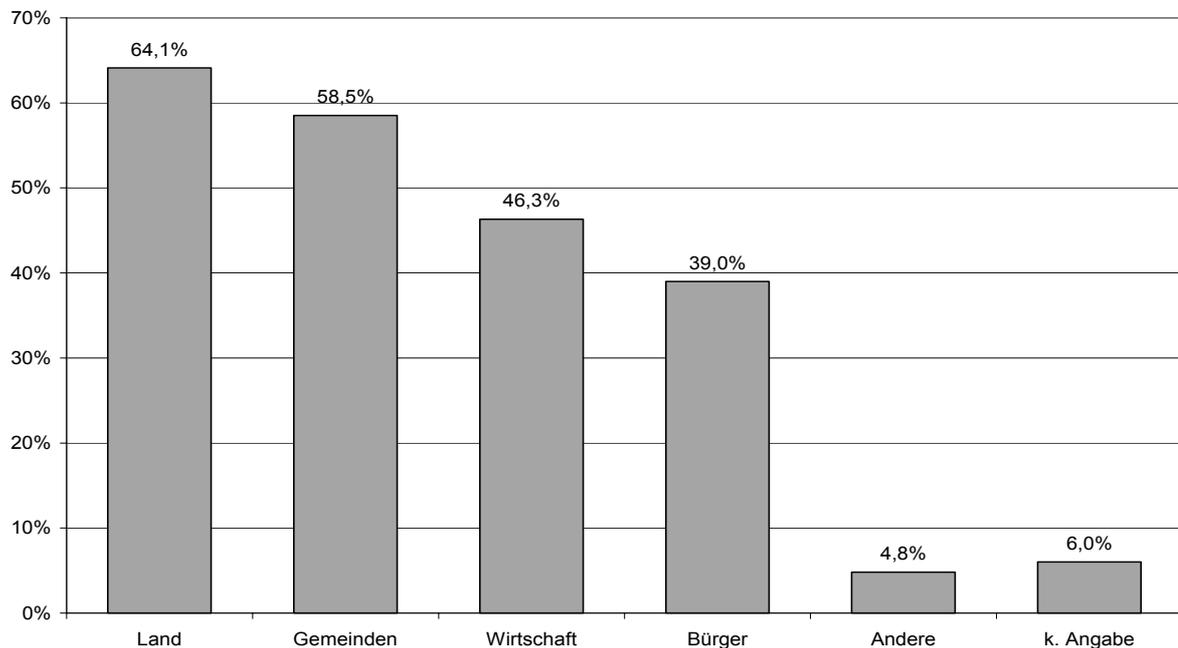
<sup>117</sup> BMFSFJ (2003), S. 50.

<sup>118</sup> Vgl. EDI (2004), S. 93.

<sup>119</sup> Vgl. Lampert, Althammer (2004), S. 353 f. und die dort angegebenen Quellen.

<sup>120</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 6.

<sup>121</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 91 und 92.

**Abbildung 40: Wer sollte sich mehr für Familienangebote engagieren?**

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 91.

## 5 Determinanten der Fertilitätsentscheidung auf der Mikroebene

### 5.1 Einflussfaktoren im Überblick

Personen beziehungsweise Eltern(-teile) treffen ihre Entscheidung für oder gegen Kinder nicht auf der Basis gesamtgesellschaftlicher oder –wirtschaftlicher Effekte, sondern vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Lebenssituation und –planung. Die Fertilitätsentscheidung fällt damit ausschließlich auf der Mikroebene und es stellt sich die Frage, welche Determinanten diese Entscheidung beeinflussen. Vereinfacht können diese Bestimmungsfaktoren in vier Gruppen unterteilt werden:<sup>122</sup> persönliche, soziodemographische und ökonomische Faktoren sowie infrastrukturelle Faktoren, mit denen die staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abgebildet werden.

<sup>122</sup> Ähnlich siehe BMFSFJ (2006b), S. 9. Vgl. auch Sleebos (2003), S. 34.

**Abbildung 41: Determinanten der individuellen Fertilitätsentscheidung**



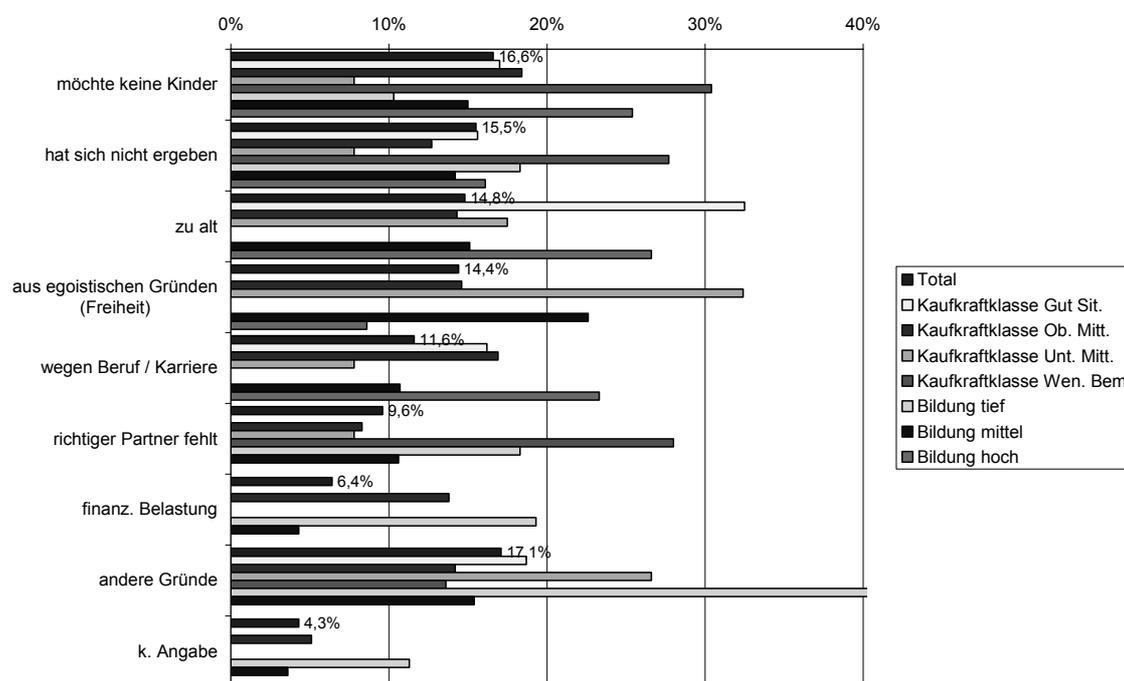
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an BMFSFJ (2006b), S. 9.

Aus der Umfrage «Familien Liechtenstein» lassen sich wichtige Erkenntnisse über den Bedeutungsgehalt dieser Determinanten für die Fertilitätsentscheidung der liechtensteinischen Männer und Frauen gewinnen, wenngleich die Ergebnisse mit großer Vorsicht zu interpretieren sind, da ihnen nur eine sehr kleine Stichprobe von weniger als 60 Personen zugrunde liegt.

Auf die Frage, warum eine Entscheidung gegen (weitere) Kinder getroffen wurde, gaben fast die Hälfte der Befragten unterschiedliche persönliche Gründe an, während 17 Prozent ökonomische Faktoren und 15 Prozent soziodemographische Aspekte dafür verantwortlich machen.<sup>123</sup> Verwunderlich erscheint die Tatsache, dass in den unteren beiden Kaufkraftklassen niemals die finanzielle Belastung als Argument genannt wurde, was allerdings anhand der kleinen Stichprobe nicht überinterpretiert werden darf.

<sup>123</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 29 und 30. Infrastrukturelle Faktoren wurden nicht explizit aufgeführt.

Abbildung 42: Gründe für die Entscheidung gegen Kinder



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 29 und 30.

Demgegenüber wurden, wenig überraschend, bei der Frage, warum eine Entscheidung zu Gunsten von (weiteren) Kindern gefallen ist, fast ausschließlich persönliche Gründe aufgezählt.<sup>124</sup> Mit Abstand am häufigsten wurde argumentiert, dass Kinder eine Bereicherung und einen wichtigen Lebenssinn darstellen. Allerdings gaben auch über zehn Prozent gesamtgesellschaftliche Gründe an, indem sie ihre Entscheidung für Kinder damit begründeten, dass Kinder wichtig sind für die Zukunft und die Weiterführung der Menschheit.

## 5.2 Ökonomische Entscheidungsgrundlage des Geburtenverhaltens

Die staatliche Familienpolitik ist am ehesten geeignet, die ökonomischen und infrastrukturellen Entscheidungsdeterminanten zu beeinflussen, wenngleich an dieser Stelle nicht der Eindruck erweckt werden soll, dass es der Familienpolitik im Sinne eines einfachen kausalen Wirkungsmodells tatsächlich immer gelingt durch ihren Politikinput den damit intendierten Effekt auszulösen. Dies würde nämlich voraussetzen, „dass Menschen oder Familien solche Wirkungen der Politik auch zulassen, das heißt, sich

<sup>124</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 31 und 32.

dafür entscheiden, in der von ihnen erwarteten Weise zu handeln“,<sup>125</sup> was in der Realität nicht gesichert ist.

Trotz dieser Einschränkung wird im Folgenden das individuelle Fertilitätsverhalten stark vereinfacht im Rahmen eines mikroökonomischen Entscheidungsmodells abgebildet.<sup>126</sup> In diesem Sinne kann die Abwägung zwischen Kinderlosigkeit und Kinderkriegen als Nutzen-Kosten-Ansatz interpretiert werden, bei dem die Barwerte der erwarteten «Kinderkosten» und der erwarteten «Kindernutzen» einander gegenüber gestellt werden. Im Gegensatz zu den Kosten, lassen sich die Nutzengrößen, die zum Beispiel in der gesteigerten Lebensfreude liegen und, wie die obigen Befragungsergebnisse gezeigt haben, vorwiegend emotionaler Natur sind, nur schwer monetarisieren. In jedem Fall gilt aber unabhängig vom konkreten individuellen Nutzenniveau, dass die Entscheidung für ein Kind umso wahrscheinlicher wird, je niedriger die Kostenseite ausfällt. Bei den «Kinderkosten» ist eine Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Kosten sinnvoll.<sup>127</sup> Die **direkten Kosten** stellen unmittelbar kinderbezogene Kosten dar, wie beispielsweise die Aufwendungen für Kinderkleidung oder Babynahrung, die in ihrer Größenordnung nur geringfügig einkommensabhängig sind und in Bezug auf die Höhe des Familieneinkommens eine regressive Wirkung entfalten, indem untere Einkommensgruppen relativ stärker belastet werden. Diese kinderbezogenen Kosten können am effektivsten durch familienbezogene Vergünstigungen, etwa im öffentlichen Nahverkehr ausgeglichen werden. Angesichts der regressiven Wirkungsweise kann auch ein vertikaler Ausgleich mittels einkommensabhängiger Finanztransfers erzielt werden.

Demgegenüber entsprechen die **indirekten Kosten** den so genannten Opportunitätskosten,<sup>128</sup> die aus der mit Geburt und Kindererziehung verbundenen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und dem damit einhergehenden Verlust von jetzigem und zukünftigem Einkommen resultieren. Mit zunehmendem Lohnniveau, das in der Regel positiv mit dem Bildungsstand korreliert, nehmen die Opportunitätskosten zu. „Opportunitätskosten spielen dabei relativ gesehen eher eine Rolle bei der Entscheidung, überhaupt Kinder zu bekommen, da in den meisten Fällen beim ersten Kind die Opportunitätskosten größer sind als die direkten Kosten von Kindern. Die direkten Kosten beeinflussen eher die Entscheidung über die Anzahl der Kinder.“<sup>129</sup> Diese indirekten Kosten können zum einen durch Einkommensersatzleistungen ausgeglichen werden. Als Beispiel sei das vom früheren Lohn abhängige Elterngeld genannt. Aber auch die Berücksichtigung von Kin-

---

<sup>125</sup> MGFFI (2006), S. 55.

<sup>126</sup> Vgl. auch BMFSFJ (2003), S. 19. Formaltheoretisch siehe Althammer (2000), S. 56 ff.

<sup>127</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 19 f.

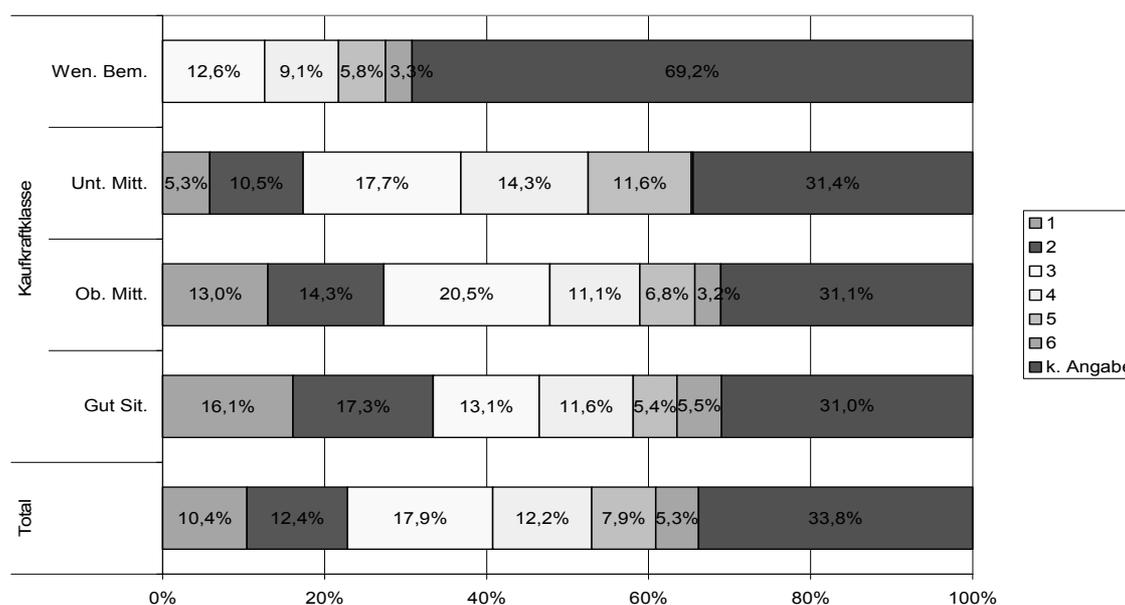
<sup>128</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 88.

<sup>129</sup> BMFSFJ (2003), S. 20.

dererziehung(szeiten) bei der Steuer- oder Rentenbemessung führen zu einem Teilausgleich der Opportunitätskosten. Während all diese Leistungen ex post ansetzen, tragen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel der Ausbau außerhäuslicher Betreuungsangebote, ex ante dazu bei, dass indirekte Kostengrößen überhaupt nicht anfallen.

Wendet man sich nun der Situation in **Liechtenstein** zu, so lässt die Befragung «Familien Liechtenstein» den Schluss zu, dass die finanziellen Einschränkungen durch Kinder insgesamt als nicht besonders schwerwiegend empfunden werden. Jeder zehnte Befragte gab auf einer Skala von 1 [überhaupt keine finanzielle Einschränkung] bis 6 [sehr starke Einschränkung] sogar an, dass er sich überhaupt nicht einschränken musste.<sup>130</sup> Große Unterschiede zeigen sich erwartungsgemäß in Bezug auf die Kaufkraftklasse. Zusätzlich sei allerdings erwähnt, dass von den Befragten der untersten Einkommensklasse rund drei Viertel überhaupt keine Kinder haben, während der Anteil Kinderloser in allen anderen Einkommensklassen viel geringer ausfällt.

**Abbildung 43: Höhe der finanziellen Einschränkungen durch Kinder nach Kaufkraftklassen**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 67.

Hinsichtlich derjenigen Kostenfaktoren, die besonders negativ zu Buche schlagen, nannten die meisten Befragten fast ausschließlich direkte kinderbezogene Kosten, während Lohnneinbußen nur von gut neun Prozent thematisiert wurden. Am häufigsten mit

jeweils rund 40 Prozent wurden die Ausgaben für Bekleidung und Sportausrüstung sowie die laufenden Ausgaben, wie etwa die Kosten für Babynahrung oder Windeln, genannt.<sup>131</sup>

## 6 Nachhaltige Familienpolitik zur Zukunftssicherung

### 6.1 Begriffsbestimmung

„Ziel eines jeden Staates ist die Absicherung seiner Zukunftsfähigkeit.“<sup>132</sup> Dabei wird die Zukunftsfähigkeit eines Landes maßgeblich von seiner eigenen Gestaltungskraft bestimmt. Der Staat hat die Rahmenbedingungen dafür bereitzustellen, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft bestmöglich entfalten können. Dies ist nur dann der Fall, wenn die eingeschlagenen Wege und Strategien auch langfristig tragbar, also per se zukunftsfähig beziehungsweise nachhaltig sind. Damit stellt sich die Forderung nach einer am Kriterium der Nachhaltigkeit ausgerichteten Familienpolitik.

**Nachhaltigkeit** ist immer dann gegeben, wenn die Bedürfnisse aller heutigen Bevölkerungsgruppen befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.<sup>133</sup> Um nicht zu einer Leerformel zu verkommen, muss das Nachhaltigkeitskonzept weiter konkretisiert werden. Diese Konkretisierung erfolgt in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird es im Kontext der Generationengerechtigkeit als Forderung nach intragenerativer und intergenerativer Gerechtigkeit interpretiert.<sup>134</sup> In einem zweiten Schritt wird das Nachhaltigkeitskonzept mit Hilfe der drei Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie näher bestimmt.<sup>135</sup> Dies soll zum Ausdruck bringen, dass eine nachhaltige Entwicklung sowohl wirtschafts- wie auch sozial- und umweltverträglich sein muss.

---

<sup>130</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 16 und 17. Es wurden allerdings auch Kinderlose befragt.

<sup>131</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 18 und 19.

<sup>132</sup> Kirt, Waschkuhn (2001), S. 40.

<sup>133</sup> Ähnlich Hauff (1987), S. 46.

<sup>134</sup> Vgl. z.B. BUND, Misereor (1996), S. 24 f.

<sup>135</sup> Vgl. Rogall (2000), S. 100 ff. Ebenso DEZA, ARE (2004), S. 3.

## 6.2 Komponenten einer nachhaltigen Familienpolitik

Übertragen auf die Familienpolitik verlangt die Ausrichtung am Kriterium der Nachhaltigkeit nach einer **bedürfnisgerechten** Familienpolitik, die zugleich **wirtschafts-** und **sozialverträglich** ist. Damit stellt sich die Frage, wodurch sich eine solche nachhaltige Familienpolitik konkret auszeichnet.

Für Liechtenstein werden als wesentliche Komponenten beziehungsweise Zielsetzungen einer nachhaltigen Familienpolitik<sup>136</sup> betrachtet:

- Förderung des **Wohls der Kinder**
- Erhöhung der Geburtenrate durch eine **Bevölkerungsorientierung**
- **Bedürfnisorientierung** in Verbindung mit **Wahlfreiheit**

Diese Bestandteile sind nicht unabhängig voneinander zu sehen und werden im Folgenden ausführlicher erläutert.

### 6.2.1 Beseitigung von Familienarmut und Förderung des Wohls der Kinder

Die bisherigen Ausführungen haben zum einen ergeben, dass es selbst in einem relativ wohlhabenden Land wie Liechtenstein Menschen gibt, die im Vergleich zu anderen finanziell benachteiligt sind und der staatlichen Unterstützung bedürfen. Besonders von Armut bedroht sind vor allem Alleinerziehende mit Kindern. In diesem Sinne hat eine nachhaltige Familienpolitik dafür Sorge zu tragen, dass Menschen nicht aufgrund ihrer familiären Verhältnisse und Verpflichtungen in finanzielle Nöte geraten und deshalb Kinder in «Armut» aufwachsen müssen,<sup>137</sup> was in Liechtenstein beispielsweise durch die Alleinerziehendenzulage unterstützt wird.

Gerade die PISA-Ergebnisse haben eindrucksvoll vor Augen geführt, dass in Liechtenstein die Bildungsungleichheit von Kindern stark ausgeprägt ist und das Leistungsniveau der Schüler vor allem von deren sozialer Herkunft determiniert wird. Dem liechtensteinischen Bildungssystem gelingt es nicht, das Kompetenzpotenzial von Schülern aus benachteiligten Milieus auszuschöpfen und unterschiedliche, herkunftsbedingte Startchancen auszugleichen. Unabhängig von den damit verbundenen individuellen Effekten für die Betroffenen, gehen damit (negative) makroökonomische Effekte einher, da potenzielle Humankapitalressourcen nicht genutzt werden. Längsschnittuntersuchungen weisen nach, dass die Entwicklungspfade von Kindern mit unterschiedlichem sozioökonomischem und kulturellem Hintergrund schon in einem sehr frühen Stadium –

---

<sup>136</sup> Vgl. auch die Auslegung in der Schweiz bei EDI (2004), S. 13 und in Deutschland bei BMFSFJ (2003), S. 9.

<sup>137</sup> Vgl. EDI (2004), S. 96.

in der Regel noch lange vor der Einschulung – voneinander abweichen.<sup>138</sup> Dies bedeutet nun allerdings, dass der Ausgleich unterschiedlicher Startchancen ebenfalls bereits sehr frühzeitig erfolgen muss und dabei kommt der Familienpolitik eine tragende Rolle zu. „Die Kinder stehen im Zentrum dieser Motivation, Familienpolitik zu betreiben. Ziel ist es, die Chancengleichheit zwischen den Kindern zu fördern. So sollen familienpolitische Maßnahmen direkt den Kindern zugute kommen.“<sup>139</sup> Diese Stoßrichtung steht auch in Übereinstimmung mit der Wohlfahrtsökonomie. „Im Rahmen einer Wohlfahrtsanalyse ist es [...] unzulässig, das Nutzenniveau des Kindes nur indirekt über die Transmission durch die elterliche Nutzenfunktion zu ermitteln.“<sup>140</sup>

Ein Ausgleich unterschiedlicher Anfangsausstattungen kann einerseits in Form von **Geldleistungen** für Kinder erfolgen. Andererseits können sie auch durch **Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote** ausgeglichen werden. Dabei kommt der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantenkindern und Kindern aus benachteiligten sozialen Milieus an der (professionellen) Kleinkinder- und Vorschulerziehung ein großer Stellenwert zu. Als infrastrukturelle Einrichtungen existieren vorrangig Kindertagesstätten und Kindergärten beziehungsweise Vorschulen, die eine auf einen expliziten Lehrplan gestützte Sprachförderung anbieten sollten.

## 6.2.2 Bevölkerungsorientierung der Familienpolitik

Eine weitere Komponente einer nachhaltigen Familienpolitik stellt ihre Bevölkerungsorientierung dar. Bereits obige Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Reproduktion mit zahlreichen positiven gesamtwirtschaftlichen und –gesellschaftlichen Effekten verknüpft ist. „Kinder bedeuten [...] weniger demographiebedingte Probleme, standfestere Sozialwerke, vor allem aber mehr Innovationsfähigkeit, kurzum: Zukunftsfähigkeit.“<sup>141</sup> Wie groß die Wachstumseffekte einer höheren Geburtenneigung tatsächlich ausfallen, lässt sich allerdings nur schwer beziffern.<sup>142</sup>

Gerade ein Mikrostaat wie Liechtenstein ist durch kleinstaatenspezifische Ressourcenbeschränkungen gekennzeichnet.<sup>143</sup> „Dieses geringe Ressourcenniveau kann man als «immanente» oder «substantielle» Kleinheit bezeichnen.“<sup>144</sup> Ressourcen werden hier in einem weiten Sinne als all diejenigen Faktoren und Institutionen verstanden, die für die

---

<sup>138</sup> Vgl. grundlegend die Untersuchung von Hart, Risley (1995).

<sup>139</sup> EDI (2004), S. 94.

<sup>140</sup> Althammer (2000), S. 4.

<sup>141</sup> Couchepin (2004), S. 5.

<sup>142</sup> Vgl. die Ergebnisse für Deutschland bei BMFSFJ (2006b), S. 21.

<sup>143</sup> Vgl. Simon (2006), S. 36 ff.

<sup>144</sup> Geser (2001), S. 90.

Erbringung verschiedenster Güter und Dienstleistungen vonnöten sind. In der hoch entwickelten liechtensteinischen Volkswirtschaft, in der sich Arbeitsplätze und Einwohnerzahl fast die Waage halten, stellt die Deckung der personellen Ressourcenknappheit in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine zentrale Herausforderung für ihre eigene Zukunftsfähigkeit dar. Kinder sind in diesem Zusammenhang das Erwerbspersonenpotenzial von Morgen.

Tatsächlich schwächt sich in Liechtenstein aber das natürliche Bevölkerungswachstum ab und die Gesamtfruchtbarkeitsrate liegt bereits seit langem unter dem «bestandserhaltenden» Wert von 2,1 Kindern je Frau.

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass sich eine nachhaltige Familienpolitik für Liechtenstein dadurch auszeichnet, dass sie deren **bevölkerungspolitische Komponente** nicht nur enttabuisiert, sondern sie zu einer wichtigen Grundlage ihrer politischen Ausrichtung macht.

Dies bedeutet nun aber nicht, dass die Politik im Sinne eines autoritären Staatsverständnisses den Bürgern ein bestimmtes Familienmodell vorschreibt oder einseitig begünstigt, was den Vorstellungen einer bedürfnisgerechten Familienpolitik zuwiderlaufen würde. Die folgenden Ausführungen zeigen stattdessen, dass eine Bevölkerungsorientierung gerade mit den Grundsätzen einer bedürfnisgerechten Familienpolitik vereinbar ist. „Government measures aimed at influencing decisions about family size potentially raise difficult ethical questions about the legitimacy of interventions in a critical domain of private life. However, whether deliberately or not, various policies contribute to make childbearing more or less attractive, by either relaxing or strengthening the constraints that parents face in combining work and family responsibilities.“<sup>145</sup>

### **6.2.3 Bedürfnisorientierung der Familienpolitik in Verbindung mit Wahlfreiheit**

Eine nachhaltige und damit bedürfnisgerechte Familienpolitik muss sich viel stärker der Frage stellen, ob sie tatsächlich den unterschiedlichen Wünschen von Frauen und Männern in Bezug auf ihre individuelle Lebens- und Familiensituation gerecht wird. Aufgabe des Staates ist es nicht, in die Wünsche der Individuen einzugreifen. Stattdessen muss er dafür sorgen, dass alle ihr favorisiertes Familienmodell realisieren können.

Aus diesem Grund verlangt eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, dass in einem ersten Schritt die Bedürfnislagen der Betroffenen analysiert werden. Da die Bedürfnisse der Menschen äußerst heterogen sind, basiert eine bedürfnisorientierte Familienpolitik letzt-

---

<sup>145</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 45.

lich immer auf dem Grundsatz der **Wahlfreiheit**,<sup>146</sup> indem jeder Mann und jede Frau unabhängig von ihrem sozioökonomischen und kulturellen Hintergrund, das Recht und vor allem die faktische Möglichkeit hat, sich für oder gegen ein bestimmtes Familienmodell zu entscheiden. Wahlfreiheit beinhaltet also auch, dass es jeder und jedem möglich sein muss, freiwillig kinderlos zu bleiben oder aber sich ganz der Familienarbeit und Kindererziehung zu widmen. Ebenso entspricht es aber dem Grundsatz der Wahlfreiheit, dass jeder Mann und jede Frau die Möglichkeit haben muss, einen Kinderwunsch zu realisieren und dass er beziehungsweise sie dabei nicht hinsichtlich der Berufstätigkeit vor eine «Entweder-oder-Entscheidung» gestellt wird. „To solve the conflict between family and work responsibilities, women need to be able to choose what is best for them. For example, women that want to pursue both a career and family life should not incur losses in earnings, human capital or career prospects because of childbirth; at the same time, women that prefer to remain outside the paid labour market need resources to ensure the healthy development of their children.“<sup>147</sup>

Betrachtet man nun allerdings die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen im europäischen Vergleich,<sup>148</sup> dann zeigt sich vielfach, dass sich gerade ein Leben mit Kindern oftmals nicht in gewünschtem Umfang realisieren lässt. Staatliches Nicht-Handeln beeinflusst nämlich in vielen Ländern die individuelle Entscheidungssituation zu Lasten von Kindern genauso wie jegliche gut gemeinte, aber in ihren Wirkungen kaum evaluierte Familienpolitik.<sup>149</sup>

So besteht in fast allen OECD-Ländern eine große Lücke zwischen der Kinderzahl, die sich Frauen wünschen und der tatsächlichen Fertilität.<sup>150</sup> Besonders groß ist die Diskrepanz in denjenigen Ländern mit einer unterdurchschnittlichen Geburtenrate, wie zum Beispiel Spanien oder Italien. Auch in der Schweiz existiert ein beträchtlicher Unterschied zwischen der gewünschten und der tatsächlichen Kinderzahl.<sup>151</sup> „Über alle Bildungsstände hinweg ist der Kinderwunsch größer als die Zahl wirklich geborener Kinder. Besonders groß ist die Diskrepanz bei den Akademikerinnen.“<sup>152</sup>

---

<sup>146</sup> Vgl. EDI (2004), S. 99.

<sup>147</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 50.

<sup>148</sup> Vgl. exemplarisch Fenge, Ochel (2001), S. 18 ff.

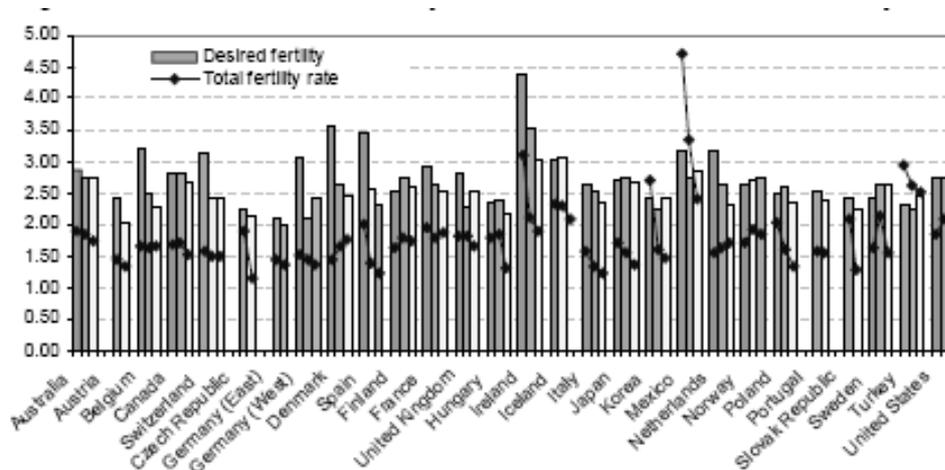
<sup>149</sup> Vgl. Kröhnert, Klingholz (2005), S. 3.

<sup>150</sup> Vgl. Sleebos (2003), S. 29 f. sowie D'Addio, D'Ercole (2005), S. 39 ff.

<sup>151</sup> Vgl. EDI (2004), S. 31.

<sup>152</sup> Couchepin (2004), S. 4.

Abbildung 44: Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und –wirklichkeit in den OECD-Ländern



Note: Observed fertility rate is measured by the total fertility rate of each country in that year. The three bars shown for each country refer to data for 1981, 1990 and 2000, with the exceptions of Austria, the Czech Republic and the eastern länder of Germany, (where data refer to 1990 and 2000), and of Switzerland, Poland and Turkey (where the data refer to 1990, 1995 and 2000).

Source: Data from the World Values Survey (1981, 1990, 2000) and Eurobarometer (2002) as in European Foundation (2004).

Quelle: D'Addio, D'Ercole (2005), S. 42.

Für Liechtenstein liegen keine detaillierten Daten zu den Kinderwünschen der Bevölkerung vor; allerdings lässt die Befragung «Familien Liechtenstein» die Vermutung zu, dass auch im Fürstentum eine Lücke zwischen Kinderwunsch und –wirklichkeit existiert. So wünschen sich nämlich immerhin rund ein Drittel der Befragten noch (weitere) Kinder. Selbst unter den 35- bis 54-Jährigen sind es noch gut 20 Prozent. Auffallend ist, dass sich insgesamt vergleichsweise weniger Frauen als Männer (weitere) Kinder wünschen.<sup>153</sup>

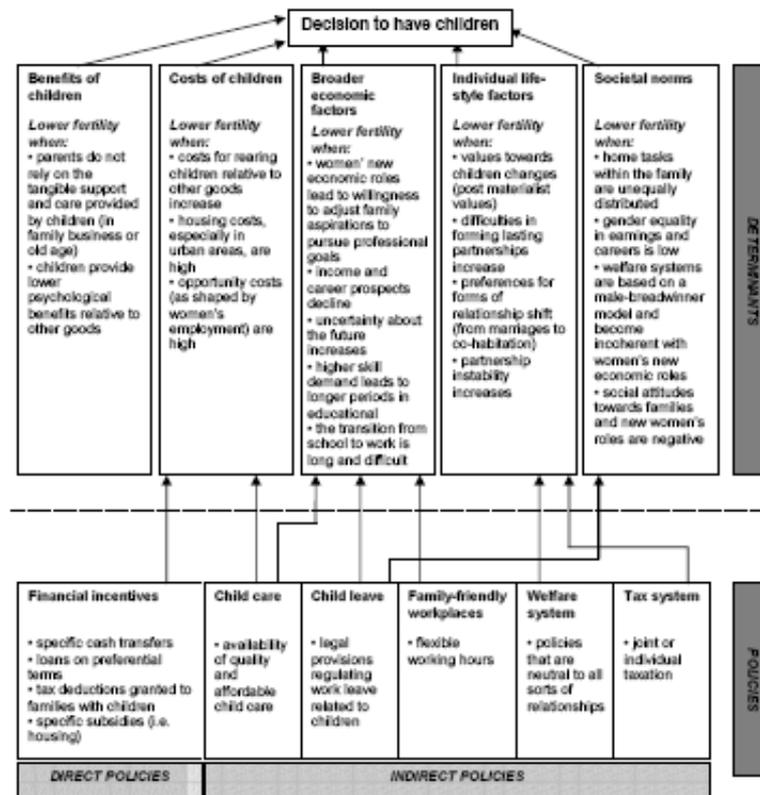
Der internationale Vergleich zeigt, dass in fast allen Ländern – inklusive Liechtenstein – die geringe Geburtenhäufigkeit nicht auf einen mangelnden Kinderwunsch zurückzuführen ist. „The divergence between desired and observed fertility rates suggests the presence of constraints that prevent women to achieve their expectations about children.“<sup>154</sup> Dabei gelingt es offensichtlich den meisten Ländern nicht, diese ver hindernden Faktoren zu beseitigen, was der Forderung nach einer bedürfnisgerechten Familienpolitik zuwiderläuft. Durch familienpolitische Maßnahmen lassen sich vorwiegend die ökonomischen sowie die infrastrukturellen und gesellschaftlichen Faktoren der Fertilität-

<sup>153</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 27 und 28.

<sup>154</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 44.

sentscheidung beeinflussen, während die emotionalen Faktoren zum Teil mittelbar tangiert werden.

**Abbildung 45: Möglichkeiten zur politischen Beeinflussung der individuellen Fertilitätsentscheidung**



Quelle: Sleebos (2003), S. 34.

Es stellt sich deshalb die Frage, worin diese «Constraints» bestehen und welchen Beitrag die Familienpolitik leisten kann, diese zu überwinden. Dabei wird oftmals zwischen **direkten** und **indirekten** Politikmaßnahmen unterschieden. Während direkte familienpolitische Leistungen die Fertilitätsentscheidung durch finanzielle Anreizmechanismen direkt beeinflussen, sind indirekte Leistungen dadurch gekennzeichnet, dass sie „change the environment in which decisions by couples about the number of children they intend to have are made.“<sup>155</sup>

<sup>155</sup> Sleebos (2003), S. 36.

## 7 Theoretische und empirische Grundlagen versus Status Quo in Liechtenstein

Eine Zusammenschau der empirischen Studien<sup>156</sup> zur (inter-)nationalen Praxis der Familienpolitik lässt die Schlussfolgerung zu: „[...] These results broadly confirm that different policies might make childbearing more attractive: fertility rates increase with higher cash transfers to families, higher replacement wages during parental leave, higher female employment rates and higher shares of women working part-time, and decline with higher unemployment rates and opportunity costs for mothers, and longer parental leave“<sup>157</sup>, wobei gilt “[...] that strategies will not succeed if they relate only to individuals or couples, rather than being supported by society at large.”<sup>158</sup> Aus diesem Grund muss in den folgenden Ausführungen auch dem gesellschaftlichen Umfeld im Allgemeinen und dem Rollenverständnis im Speziellen Rechnung getragen werden.

Ob die derzeitige Ausgestaltung der **Familienpolitik in Liechtenstein** den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, misst sich am ehesten daran, wie zufrieden die Einwohner mit der liechtensteinischen Familienförderung sind. Erste Hinweise lassen sich aus der Befragung «Familien Liechtenstein» gewinnen. Dort beurteilen fast 60 Prozent die staatliche Familienförderung als eher gut bis sehr gut, während ihr rund ein Viertel aller Befragten gegenüber neutral eingestellt ist. Eher schlecht oder gar sehr schlecht wird sie demgegenüber nur von jedem Zehnten beurteilt.<sup>159</sup>

---

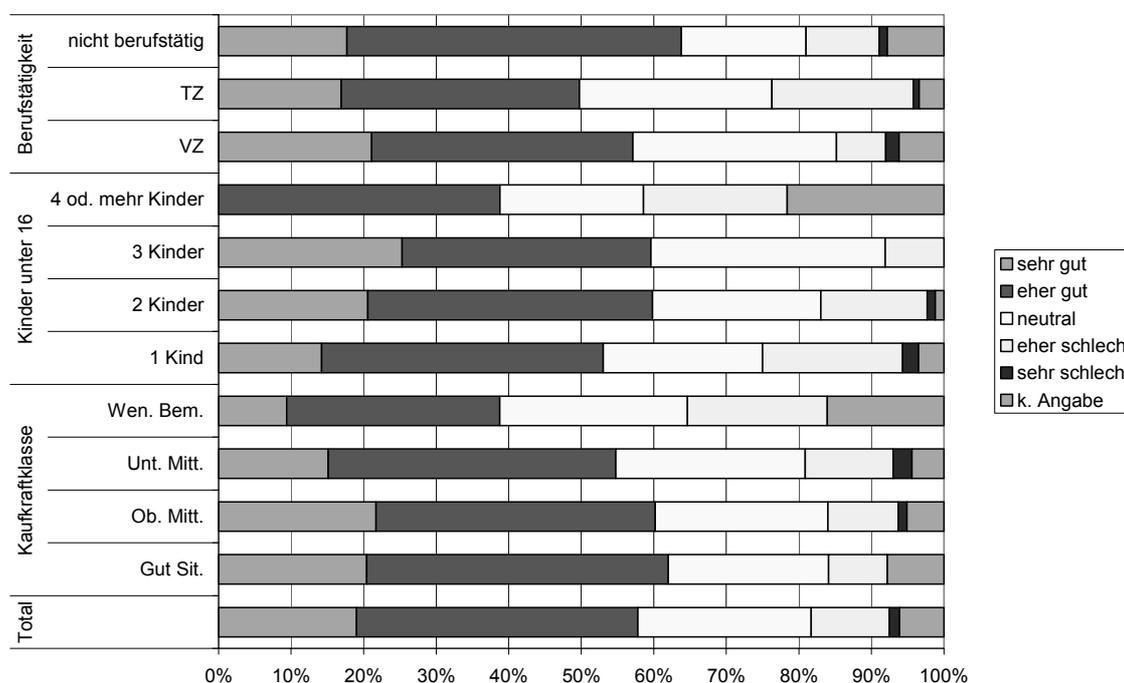
<sup>156</sup> Siehe zum Beispiel den Überblick bei Sleebos (2003), S. 49 ff.

<sup>157</sup> D’Addio, D’Ercole (2005), S. 63.

<sup>158</sup> Sleebos (2003), S. 48.

<sup>159</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 129.

**Abbildung 46: Beurteilung der staatlichen Familienförderung nach Haushaltstyp und individuellen Merkmalen**



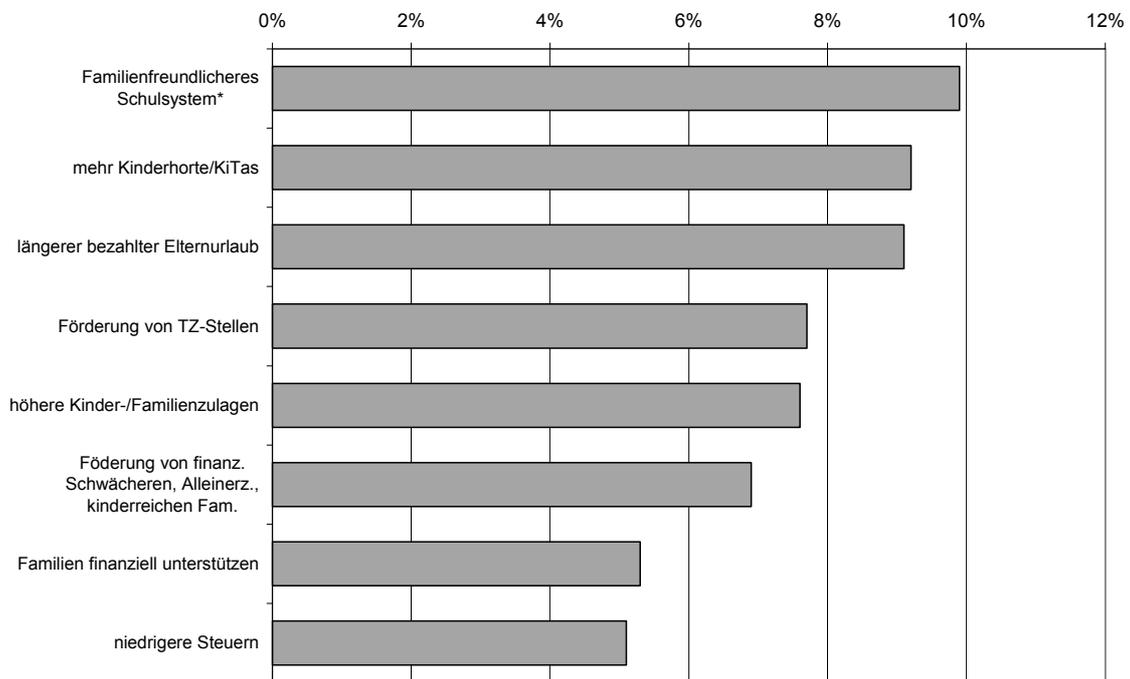
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 129 und 130.

Deutliche Unterschiede ergeben sich allerdings in Abhängigkeit von der Kaufkraftklasse der Befragten und ihrem Beschäftigungsgrad. So steigt grundsätzlich mit höherem Einkommen auch die Zufriedenheit mit der liechtensteinischen Familienförderung. Auf der anderen Seite sind Teilzeitarbeitskräfte weniger positiv eingestellt wie Vollzeitarbeitskräfte sowie Nicht-Berufstätige. Zudem beurteilen auch Personen mit mehr als drei Kindern die staatliche Familienförderung vergleichsweise schlecht.

Die offene Frage danach, was der Staat in der Familienförderung ändern sollte, gelangt zu dem Ergebnis, dass vor allem das Schulsystem familienfreundlicher ausgestaltet werden sollte. Allerdings vertrat auch jeder Fünfte die Meinung, dass keinerlei Reformbedarf bestünde.<sup>160</sup> Die meist genannten Änderungswünsche<sup>161</sup> mit einem Häufigkeitsanteil von über fünf Prozent werden im Folgenden aufgelistet.

<sup>160</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 133.

<sup>161</sup> Mehrfachnennungen waren möglich.

**Abbildung 47: Änderungswünsche in Bezug auf die staatliche Familienförderung**

\*inkl. Mittagstisch, Blockzeiten, Tagesschulen, Nachmittagsbetreuung

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 133.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die ersten vier Plätze von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf belegt werden, so dass hier ein relativ hoher Reformbedarf vermutet werden darf.

## 7.1 Opportunitätskosten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Internationale Studien<sup>162</sup> kommen ebenso wie die Theorie endogener Fertilität<sup>163</sup> - fast einhellig zu dem Schluss, dass eine wesentliche Ursache für die Kinderlosigkeit in den Opportunitätskosten begründet liegt. „Es sind also nicht die direkten Kinderkosten die Hürden, sondern die indirekten Kosten, die Opportunitätskosten, zwischen einem Leben mit Kind(ern) oder einem Leben ohne Kinder.“<sup>164</sup> Dabei ist der Opportunitätskostenansatz vor allem geeignet, die Kinderlosigkeit von Frauen mit höherem Bildungs- und Berufs- und damit Einkommensstatus zu erklären. Die Opportunitätskosten führen nämlich dazu, dass der mit zunehmendem Einkommen im Hinblick auf die Kinderentschei-

<sup>162</sup> Vgl. exemplarisch Engelhardt, Kögel, Prskawetz (2004), S. 109 ff.

<sup>163</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 106 ff.

<sup>164</sup> Couchepin (2004), S. 6.

dung negativ wirkende Substitutionseffekt den positiv wirkenden Einkommenseffekt (über-)kompensiert.<sup>165</sup> Der Einkommenseffekt erleichtert Frauen mit einem hohen Lohn insofern die Entscheidung für Kinder, als er ihnen die finanziellen Möglichkeiten für die Familiengründung gibt. Allerdings stellt das Arbeitsangebot vielfach ein Substitut zur Kindererziehung dar. Je höher der durch die Kindererziehung erlittene Einkommensausfall – jetzt und in Zukunft – ist, desto stärker wirkt sich dieser Substitutionseffekt negativ auf die Kinderentscheidung aus.

Aber nicht nur die materiellen Opportunitätskosten fallen bei der Kinderentscheidung ins Gewicht, sondern auch die immateriellen. Diese immateriellen Opportunitätskosten sind umso höher, je mehr sich Frauen mit ihrem Beruf identifizieren und dem «traditionellen» Rollenverständnis abgeneigt sind. „Changes of society have provided more economic opportunities for women, which in turn may have lead many of them to adjust family aspirations in the pursuit of career goals.“<sup>166</sup>

Auch in Liechtenstein nimmt die Erwerbstätigkeit für Frauen einen immer größeren Stellenwert ein. So hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Erwerbsquote der Frauen sukzessive erhöht,<sup>167</sup> sondern gerade junge Frauen messen der Berufstätigkeit auch einen großen Wert für ihre eigene Lebenszufriedenheit bei. So stimmen in der Liechtensteiner Jugendstudie beispielsweise 77 Prozent der Mädchen der Aussage zu, dass sich Frauen in ihrem Beruf besser verwirklichen können als wenn sie nur die Rolle der Hausfrau und Mutter ausüben.<sup>168</sup> „Dies lässt sich wohl auch darauf zurückführen, dass damit unter den Frauen ein bestimmtes Grundverständnis von Emanzipation verankert ist. Allerdings wird von Frauen heute auch verlangt, dass sie nicht «nur» Familienarbeit leisten, sondern diese auch mit einer entsprechenden Berufstätigkeit erfolgreich verbinden.“<sup>169</sup> Die eigenständige Umfrage der *Freien Liste* «Fragt die jungen Menschen» kommt nach Medienberichten sogar zu dem Ergebnis, dass nur sieben Prozent der befragten Mädchen gerne – auch nach der Babyzeit ihrer Kinder – Vollzeit Hausfrau sein möchten. Alle anderen wollen wieder arbeiten; zumindest in Teilzeit.<sup>170</sup>

In vielen Ländern werden aber gerade gut ausgebildete Frauen faktisch noch immer vor die Wahl «Beruf oder Karriere» gestellt und diese entscheiden sich dann zunehmend gegen Kinder, was im Umkehrschluss bedeutet, dass ein «Sowohl als auch» den Substitutionseffekt entschärfen und die **Geburtenrate erhöhen** könnte. „Der europäische

---

<sup>165</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 21.

<sup>166</sup> Sleebos (2003), S. 33.

<sup>167</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005d), S. 95.

<sup>168</sup> Vgl. Österreichisches Institut für Jugendforschung (2007), S. 90.

<sup>169</sup> Österreichisches Institut für Jugendforschung (2007), S. 89.

<sup>170</sup> Vgl. Maier (2007), S. 7.

Vergleich zeigt eine deutliche Korrelation zwischen dem Grad der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Gesamtfertilitätsrate – was darauf hindeutet, dass die Möglichkeit, Kinder und Beruf zu vereinbaren, die Kinderfreundlichkeit der Gesellschaft erhöht. Während Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland, wo nur knapp über 50 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen erwerbstätig sind, auch die geringsten Geburtenraten verzeichnen, hat Island, wo fast 90 Prozent der 25- bis 29-jährigen Frauen im Beruf stehen, die höchste Fertilitätsrate Europas.<sup>171</sup>

Damit kommt im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik den Maßnahmen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** große Bedeutung zu. „Kinderreiche Länder investieren [...] einen sehr viel größeren Teil ihrer Sozialausgaben in Dienstleistungen, die beiden Elternteilen eine weitere Erwerbstätigkeit ermöglichen. [...] Und genau diese Leistungen scheinen sich positiv auf die Kinderzahlen auszuwirken“.<sup>172</sup>

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber nicht nur aus bevölkerungspolitischer Sicht sinnvoll, sondern entspricht auch der Forderung nach einer **Bedürfnisorientierung**, indem sie all denjenigen Frauen eine Entscheidung für Kinder erleichtert, die ein «Sowohl-als-auch»-Modell präferieren. „Denn erstens haben gerade qualifizierte Frauen kein Interesse daran, nach der Geburt eines Kindes [...] zu Hause zu bleiben, da dies eine Entwertung ihrer Qualifikation bedeuten würde.“<sup>173</sup> Damit leisten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch einen Beitrag zur **Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit** und zur **Gleichstellung der Geschlechter** und verhindern, dass das Potenzial gut ausgebildeter Frauen für den liechtensteinischen Arbeitsmarkt verloren geht.

In Liechtenstein haben die Mädchen mittlerweile ihre männlichen Kollegen bei der Höhe der Schulabschlüsse überholt, so dass junge Frauen zu wichtigen Humankapitalträgern für die liechtensteinische Wirtschaft geworden sind. Im liechtensteinischen Gymnasium liegt der Mädchenanteil aktuell bei 57 Prozent und damit um fast 20 Prozentpunkte höher als noch 1980. Im Abschlussjahr 2006 sind fast 60 Prozent der Maturanden junge Frauen. Unter den Abiturienten mit liechtensteinischer Staatsangehörigkeit liegt der Frauenanteil bei 55 Prozent.<sup>174</sup> In diesem Zusammenhang darf nicht verkannt werden, dass jegliches Humankapital ein «Verfallsdatum» hat. Entsprechend wird auch zwischen dem Bruttovermögen an Humankapital und seinem Nettovermögen als das um

---

<sup>171</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 10. Vgl. allerdings auch die abweichenden Ergebnisse von Engelhardt, Prskawetz (2005), S. 1 f.

<sup>172</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 17.

<sup>173</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 17.

<sup>174</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2006a), S. 53.

die Nutzungsdauer bereinigte Bruttovermögen unterschieden.<sup>175</sup> Entscheidend ist das vorhandene Nettovermögen an Humankapital, das sich umso mehr dem Bruttovermögen annähert, je größer die Erwerbsbeteiligung und Weiterbildungsintensität der Humankapitalträger ist.

Für die Schweiz kommt eine aktuelle Untersuchung<sup>176</sup> zu dem Ergebnis, dass dort nur wegen mangelnder Kinderbetreuung 21.000 Frauen auf eine gewünschte Erwerbstätigkeit ganz verzichten müssen und weitere 54.000 Mütter nicht in dem gewollten Beschäftigungsumfang arbeiten können. „Dies erlaubt die Schätzung einer Größenordnung des potenziellen Erwerbsvolumens, das dem Arbeitsmarkt allein wegen fehlender Kinderbetreuung nicht zur Verfügung steht. Die Größenordnung beträgt rund 44,7 Mio. Stunden jährlich. Dies entspricht einem Arbeitsvolumen von gut 20.000 Vollzeitstellen.“<sup>177</sup>

Somit sollten Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch einen wesentlichen Bestandteil der liechtensteinischen Familienpolitik darstellen. Sie wirken sich sowohl positiv auf das natürliche Bevölkerungswachstum als auch die Frauenerwerbstätigkeit aus und tragen damit zur Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft und Gesellschaft bei. Zudem fördern sie die Gleichstellung von Männern und Frauen und können auch ihren Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Startchancen von Kindern aus benachteiligten sozialen Milieus leisten.

Allerdings darf nicht der Eindruck entstehen, dass Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein «Allheilmittel» zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit wären, da die Entscheidung von Müttern für oder gegen eine Berufstätigkeit auch von zahlreichen anderen Faktoren bestimmt wird.<sup>178</sup> Dies sind zum einen individuelle Faktoren wie etwa das persönliche Bildungsniveau oder der ökonomische Status des Ehepartners. In der Folge kommt *Steffen* zu dem Ergebnis, dass familienpolitische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem geeignet sind, die Erwerbstätigkeit von Müttern mit mittlerem Bildungsniveau und relativ hohem sozioökonomischem Status des Partners zu erhöhen, die weder eindeutig als «work-centred» noch als «home-centred» gelten.<sup>179</sup> Zum anderen wird die Entscheidung aber auch maßgeblich von den gesellschaftlichen Wertvorstellungen geprägt. „Nur wo ein gutes Betreuungsangebot

---

<sup>175</sup> Vgl. Dohmen, Fuchs, Himpele (2006), S. 24.

<sup>176</sup> Vgl. die Studie von Mecop-Infras (2007).

<sup>177</sup> Banfi, Iten, Medici (2007), S. 57.

<sup>178</sup> Vgl. für die Schweiz die Untersuchung von Baumgartner (2003), S. 13 ff. sowie ausführlich Buchmann, Kriesi, Pfeifer, Sacchi (2002), S. 53 ff.

<sup>179</sup> Vgl. Steffen (2007), S. 53 f.

auch auf eine gesellschaftliche Akzeptanz der außerfamiliären Betreuung von Kindern trifft, wird es Frauen tatsächlich möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren.<sup>180</sup>

Wichtige Maßnahmen im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Angebote zur außerhäuslichen Kinderbetreuung sowie Maßnahmen der Zeitpolitik,<sup>181</sup> die im Folgenden näher erläutert werden. Diese (Dienst-)Leistungen sind darauf ausgerichtet, diejenigen Opportunitätskosten zu reduzieren, die sich infolge eines kinderbedingten Erwerbsausfalls unmittelbar nach der Geburt ergeben. Das Lebenseinkommen kann sich allerdings zweifach reduzieren, wenn Kindererziehungszeiten nicht in der Rentenversicherung anerkannt werden. In Liechtenstein wird im Rahmen der AHV solchen familienpolitischen Problembereichen, zum Beispiel durch die Anrechnung von Erziehungsgutschriften, Rechnung getragen.<sup>182</sup> Im Folgenden wird allerdings auf diese Fragestellung nicht weiter eingegangen.

### **7.1.1 Außerhäusliche Kinderbetreuung**

Die außerfamiliäre Kinderbetreuung stellt eine wesentliche Dienstleistung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar und trägt dazu bei, dass Opportunitätskosten der Mutter- beziehungsweise Vaterschaft erst gar nicht auftreten. „Affordable and quality child-care is important not only for raising fertility rates but also to make this goal compatible with that of encouraging higher female employment and of investing in children.“<sup>183</sup> In den EU-Ländern herrscht – vor allem in der Kleinkinderbetreuung – ein großer Unterschied beim Angebotsumfang. Während zum Beispiel in Österreich weniger als zehn Prozent aller Unter-Drei-Jährigen außerfamiliär betreut werden, sind es in Dänemark rund 60 Prozent.

---

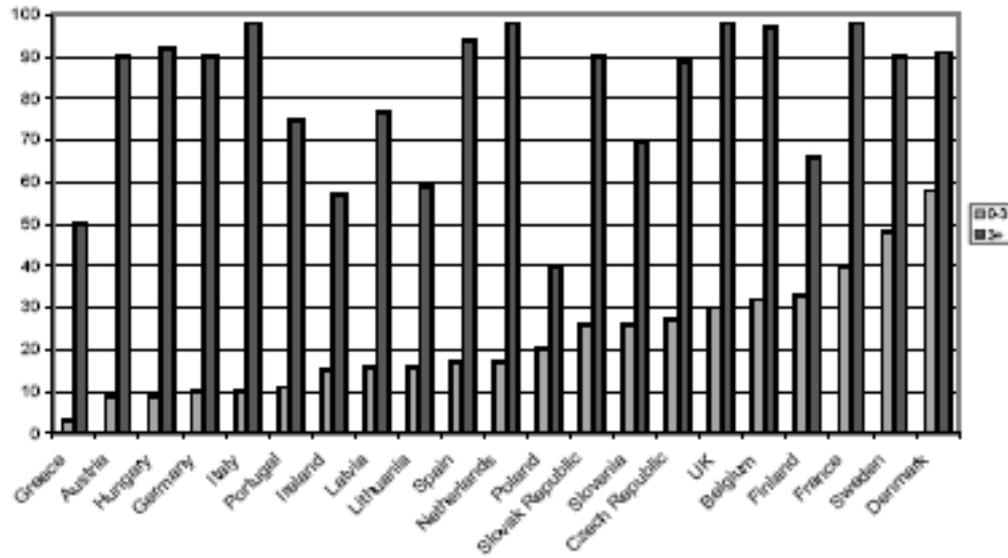
<sup>180</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 11.

<sup>181</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 22.

<sup>182</sup> Vgl. zu Wirkung und Ausgestaltung der indirekten familienpolitischen Geldleistungen in der AHV auch die Beantwortung der Kleinen Anfrage «Indirekte Geldleistungen an Familien» durch die Regierung in der Landtagssitzung vom 14./15./16. März 2007, S. 1 f.

<sup>183</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 53.

Abbildung 48: Außerhäusliche Kinderbetreuung in den EU-Ländern



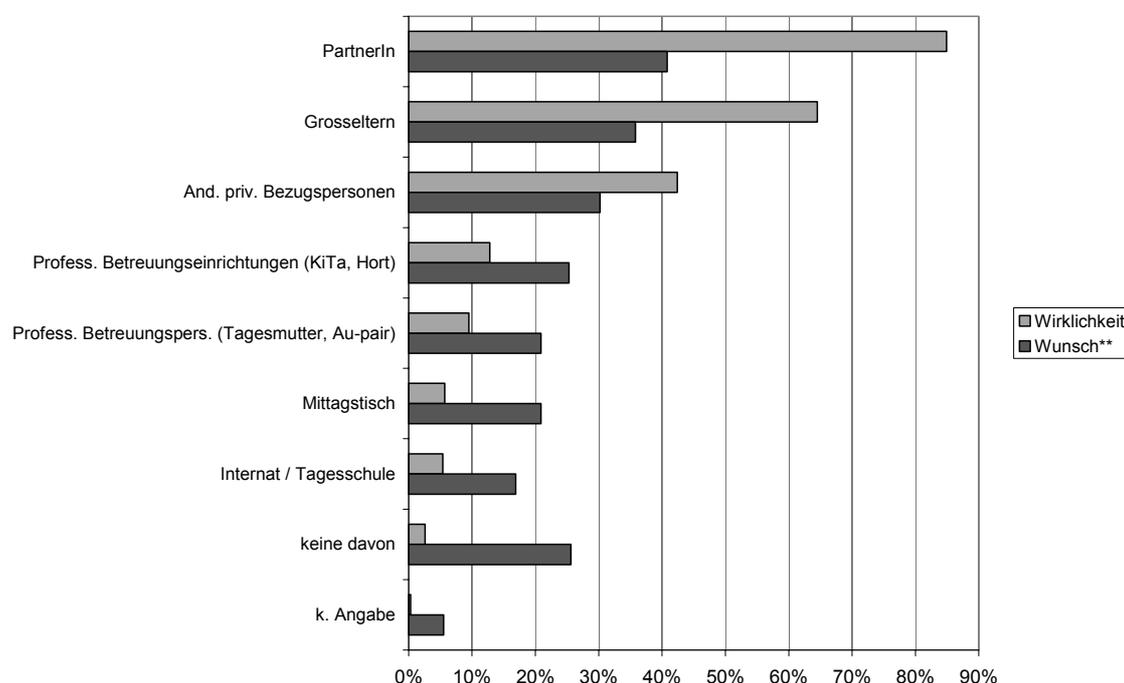
Source: estimates based on country tables (PART TWO)

Quelle: Da Roit, Sabatinelli (2007), S. 10.

In Liechtenstein greifen Eltern(-teile) bei der Kinderbetreuung bislang hauptsächlich auf private Unterstützungsformen zurück, wie die Befragung «Familien Liechtenstein» zeigt. Unterschiede offenbaren sich unter anderem in Abhängigkeit von der Kaufkraftklasse sowie der Anzahl der Kinder und der Berufstätigkeit.<sup>184</sup> Vergleicht man Wunsch und Wirklichkeit miteinander, so offenbart sich tendenziell eine negative [positive] Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei familiären und privaten [außerfamiliären und professionellen] Unterstützungsangeboten. Allerdings muss diese Gegenüberstellung mit Vorsicht interpretiert werden, da bei der Frage nach der wunschgemäßen Unterstützung bei der Kinderbetreuung auch Personen ohne Kinder befragt wurden.

<sup>184</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 71 und 72.

**Abbildung 49: Unterstützung bei der Kinderbetreuung – Wunsch und Wirklichkeit**



\*Befragte haben Kinder

\*\*Befragte haben (keine) Kinder

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 71.

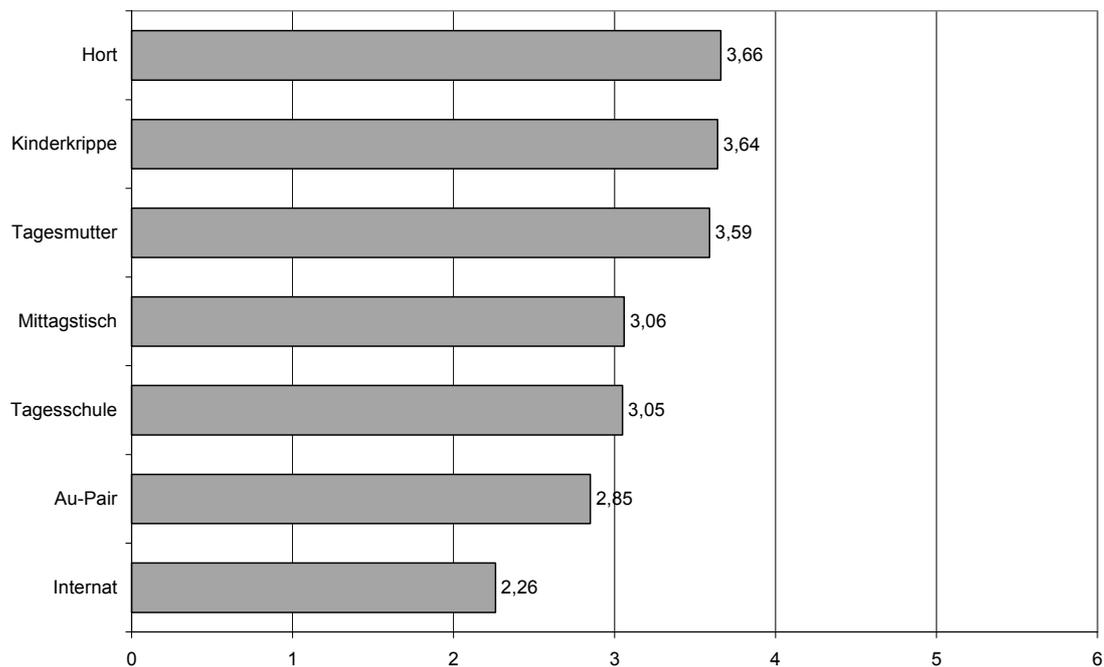
Die außerhäusliche Kinderbetreuung erstreckt sich – in Abhängigkeit vom Alter des Kindes – von der Kleinkinderbetreuung über die Betreuung in der Elementar- und Primar- bis hin zur Sekundarschülerstufe und kann sowohl durch professionelle Betreuungseinrichtungen wie auch –personen geleistet werden.

Bei der Untersuchung «Familien Liechtenstein» waren die Meinungen darüber geteilt, ob mehr Kinderbetreuungsangebote die Geburtenrate in Liechtenstein erhöhen würden, indem jeweils genau die Hälfte der Befragten dieses Argument bejahte beziehungsweise verneinte.<sup>185</sup>

Zusätzlich wurde auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 6 (sehr gut), abgefragt, wie das Angebot der einzelnen außerhäuslichen Kinderbetreuungsformen vor Ort beurteilt wird.<sup>186</sup> Die beste Note erhalten die Horte, während die Internate am schlechtesten abschneiden.

<sup>185</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 53.

<sup>186</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 75 ff. Befragt wurden allerdings auch Personen ohne Kinder.

**Abbildung 50: Beurteilung des Angebots unterschiedlicher Betreuungsformen**

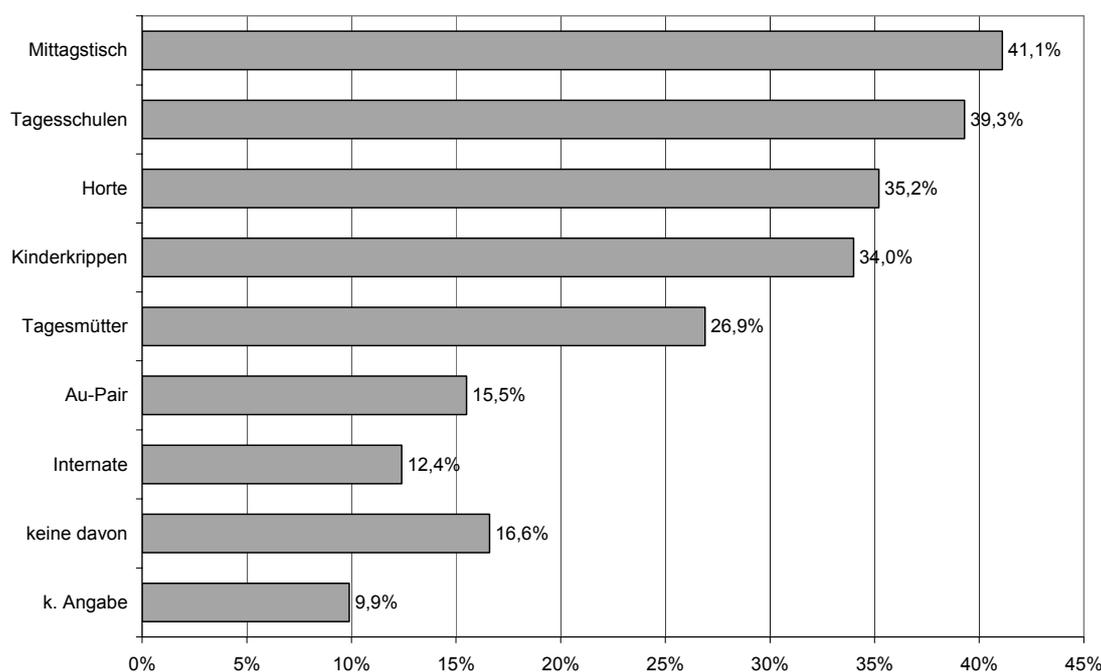
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 75 ff.

Interessanterweise werden allerdings die beiden Angebote «Au-Pair» und «Internate», die am schlechtesten beurteilt werden, auch nur in rund 15 und zwölf Prozent der Fälle mehr gewünscht. Stattdessen stehen ganz oben auf der «Wunschliste» ein höheres Angebot an schulischen Betreuungs- und Begleitangeboten in Form von Mittagstischen, Tagesschulen und Horten. Danach folgen die Angebote der Kleinkinderbetreuung durch Kinderkrippen und Tagesmütter.<sup>187</sup>

---

<sup>187</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 90.

**Abbildung 51: Wo wünschen Sie sich mehr Betreuungsangebote?**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 89.

Für Liechtenstein wurden mit der Analyse «Tagesstrukturen und außerhäusliche Betreuung» auf der Grundlage schriftlicher Befragungen von Eltern und Experteninterviews detaillierte Angebotsdefizite auf der **Primarstufe** ermittelt. Darin beurteilten mehr als zwei Drittel der befragten Eltern von Primarschülern das derzeitige Angebot zur außerhäuslichen Kinderbetreuung als nicht ausreichend oder nur knapp ausreichend. Demnach besteht der größte (Zusatz-)Bedarf in Tagesschulstrukturen, gefolgt von der Nachmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe und dem Mittagstisch.<sup>188</sup> Deutliche Unterschiede – sowohl bei der Beurteilung des aktuellen Angebots als auch im Hinblick auf die gewünschten Zusatzleistungen – existieren zwischen den einzelnen Gemeinden ebenso wie zwischen den jeweiligen «Elterngruppen».<sup>189</sup> Grundsätzlich sind Alleinerziehende ebenso wie berufstätige Mütter und ausländische Familien relativ stärker an zusätzlichen Betreuungsangeboten interessiert. Im Moment überprüft die Regierung – basierend auf den Ergebnissen dieser Bedürfnisanalyse - innerhalb des Projektes «Tagesstrukturen», wie vermehrt Tagesschulen eingerichtet und weitere Angebote der außerhäuslichen Betreuung von **Schulkindern** realisiert werden können.

<sup>188</sup> Vgl. Andersen (2005), S. 20 f.

<sup>189</sup> Vgl. Andersen (2005), S. 22 ff.

Die schriftliche Befragung der Eltern von Primarschülern lässt allerdings kaum Aussagen über die Bedürfnissituation bei der Kindergarten- und vor allem **Kleinkinderbetreuung** zu. Allerdings weisen die Ergebnisse der Experteninterviews auch in diesen Bereichen auf eine Angebotslücke hin. „Zwischen Säuglingspflege und Kindergarten scheint es für viele Familien zu wenig Unterstützung zu geben. [...] Die Betreuungszeiten im Kindergarten wurden an die Schulzeiten angepasst. [...] Wenn aber die Mutter arbeitet, wird es schnell schwierig.“<sup>190</sup>

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 393 Kinder in einer Kindertagesstätte (Einrichtungen des Vereins Kindertagesstätten, Pimbolino Gamprin, Kinderbetreuung Planken und Sini Kidz Highway Schaan) oder durch eine Tagesmutter betreut.<sup>191</sup> Die Tagesmutterbetreuung hat dabei eine untergeordnete Bedeutung, indem im Jahr 2006 von 27 Tagesmüttern 69 Kinder betreut wurden.<sup>192</sup> In den Kindertagesstätten können in der Regel Kinder ab dem 4. Lebensmonat bis zum 16. Lebensjahr aufgenommen werden. Geht man von den laut Regierung 143 bewilligten Kindertagesstättenplätzen in Liechtenstein aus und stellt diese ausschließlich den Kleinkindern unter vier Jahren in der ständigen Bevölkerung<sup>193</sup> gegenüber, so ergäbe dies eine aktuelle Versorgungsquote für Kleinkinder unter zehn Prozent. Dieser Wert hat allerdings schon allein deshalb nur geringe Aussagekraft, weil die Kindertagesstätten auch von älteren Kindern in Anspruch genommen werden. Nach Angaben der Regierung wurden im Jahr 2005 insgesamt 247 Kinder, die weder einen Kindergarten noch die Primarschule besuchen, von den Kindertagesstätten und Tagesmüttern des Eltern-Kind-Forums betreut.<sup>194</sup> Durch das Projekt «Tagesstrukturen» erhofft sich die Regierung eine Entlastung der Kindertagesstätten zu Gunsten von Kleinkindern; dennoch darf bezweifelt werden, dass allein dadurch der stetig steigende Bedarf an außerhäuslicher Kleinkinderbetreuung ausreichend befriedigt werden kann. So gibt es, trotz des gestiegenen Angebots, seit Ende 2006 wieder Wartelisten – auch für Kinder unter einem Jahr.<sup>195</sup> In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auch die Arbeitgeberseite mit Betriebstagesstätten für eine Entlastung sorgen kann. Von dieser Möglichkeit wird in Liechtenstein derzeit aber kaum Gebrauch gemacht. Lediglich die Swarovski AG von Seiten der Privatwirtschaft und die Landesverwaltung un-

---

<sup>190</sup> Andersen (2005), S. 38.

<sup>191</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 14.

<sup>192</sup> Vgl. die Beantwortung der Kleinen Anfrage zu den Kindertagesstätten und –Tagesstrukturen auf der Landtagssitzung vom 25./26./27. April 2007 im Internet unter: [http://www.llv.li/amtsstellen/llv-rfl-kleine\\_anfragen/llv-rfl-kleineanfragen-aktuell.htm?nav=teaser&viewpos=33159&imainpos=33158](http://www.llv.li/amtsstellen/llv-rfl-kleine_anfragen/llv-rfl-kleineanfragen-aktuell.htm?nav=teaser&viewpos=33159&imainpos=33158) (Abruf vom 07.05.2007).

<sup>193</sup> Per 31. Dezember 2005 leben 1.504 Kinder zwischen null und drei Jahren ständig in Liechtenstein. Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 46.

<sup>194</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 14. Nicht erfasst ist die Kinderoase, in der zusätzlich etwa 140 Kinder im Alter bis zu drei Jahren stundenweise und unregelmäßig untergebracht waren.

<sup>195</sup> Vgl. die Beantwortung der Kleinen Anfrage zu den Kindertagesstätten und –Tagesstrukturen auf der Landtagssitzung vom 25./26./27. April 2007.

terhalten momentan Betriebskindertagesstätten für die Kinder ihrer Belegschaften. Nicht zuletzt, um sich inner- und außerhalb der Region als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, wären hier noch weitere Nachahmer wünschenswert.

Allerdings kann sich eine Beurteilung der Kinderbetreuungssituation in Liechtenstein nicht ausschließlich auf den rein **quantitativen Angebotsumfang** beschränken. Außerhäusliche Betreuungsangebote werden nämlich nur dann auch tatsächlich in Anspruch genommen, wenn sie den qualitativen Anforderungen der Eltern ebenso wie deren finanziellen Möglichkeiten entsprechen. „From the perspective of families, two of the most important features of childcare relate to access and costs.”<sup>196</sup> Entsprechend darf auch nicht der Fehler begangen werden, eine Unterauslastung einzelner Betreuungsangebote mit einem fehlenden Bedarf gleichzusetzen. In einer aktuellen Untersuchung in der Schweiz geben nämlich allein 39 Prozent aller befragten Mütter an, dass für sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf daran scheitert, dass die bestehenden Betreuungsangebote zu teuer sind. Weitere zehn Prozent nennen als Grund unflexible beziehungsweise zu kurze Öffnungszeiten und weitere acht Prozent schätzen die Qualität als nicht gut genug ein. Demgegenüber nennt nur rund ein Drittel der Befragten das gänzliche Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten als vordergründig.<sup>197</sup>

„Viele Familien können sich eine Kinderbetreuung an mehreren Tagen in der Woche schlichtweg nicht leisten, auch nicht in Liechtenstein. Oder sie können es sich zwar leisten, aber unter dem Strich lohnt es sich rein finanziell gesehen nicht.“<sup>198</sup> Betrachtet man die liechtensteinische **Tarifstruktur**, so ähnelt diese grundsätzlich den schweizerischen Modalitäten, für die eine aktuelle Untersuchung zu dem Ergebnis kommt: „Salopp gesprochen arbeiten diejenigen Frauen, für die sich die Erwerbstätigkeit dank den Subventionen (bei tiefen Einkommen) oder trotz den sehr hohen Kosten (bei hohen Einkommen) lohnt.“<sup>199</sup> In Liechtenstein belaufen sich die Kosten pro Platz im Verein Kindertagesstätten im Jahr 2006 auf 106,35 CHF pro Tag. Das Land subventioniert die Kindertagesplätze mit 61,07 CHF und kommt damit für fast 60 Prozent der Kosten auf, während die Eltern 40 Prozent der Kosten selbst zahlen. Dabei richten sich die Elternbeiträge nach dem Einkommen beider Elternteile. Der Mindestbeitrag beläuft sich bis zu einem Bruttomonatseinkommen von 3.300 CHF derzeit für einen Ganztagesplatz auf 21 CHF, was einer Monatspauschale von 420 CHF entspricht, und der Höchstbeitrag liegt ab einem Bruttomonatseinkommen von 11.200 CHF bei 70 CHF und einer Monatspauschale von 1.400 CHF. Für ein zweites Kind wird eine Reduktion von 25 Prozent ge-

---

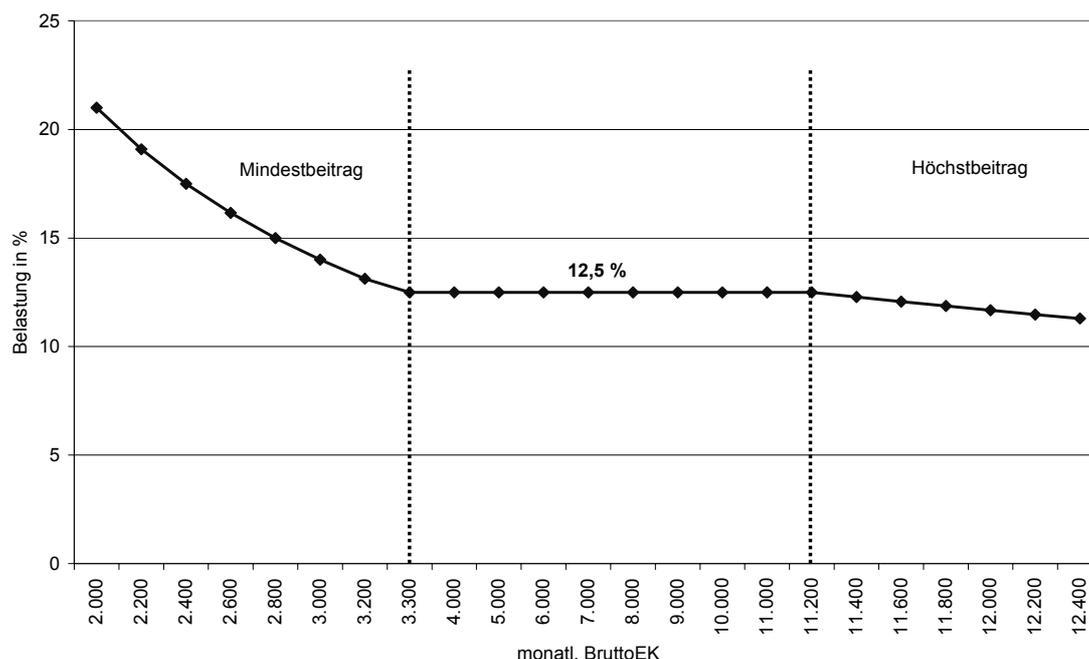
<sup>196</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 53.

<sup>197</sup> Vgl. Banfi, Iten, Medici (2007), S. 57.

<sup>198</sup> Köppli (2007a), S. 4.

währt und für jedes weitere Kind eine Reduktion von 50 Prozent.<sup>200</sup> Dabei kann der Staat im Falle, dass das Existenzminimum unterschritten wird, unter bestimmten Umständen den Elternbeitrag für untere Einkommensgruppen im Rahmen der persönlichen Hilfe übernehmen.<sup>201</sup>

**Abbildung 52: Tarifstruktur der außerhäuslichen Kinderbetreuung in KiTas des Vereins für Kindertagesstätten für Ganztagesplätze**



Quelle: Eigene Darstellung.

Die stark vereinfachte Darstellung der Beitragsgestaltung verdeutlicht zum einen, dass untere Einkommensgruppen über- und obere Einkommensgruppen unterproportional belastet sind, wobei untere Einkommensschichten in der Regel nicht die tatsächlichen Kostenträger sind. Zum zweiten wird in den mittleren Einkommensklassen – im Gegensatz zu den Einkommensklassen ab 11.200 CHF - quasi jegliche Ausweitung der Erwerbstätigkeit mit einem «Steuersatz» von 12,5 Prozent belegt, wodurch sich gerade für den (potenziellen) Zweitverdiener – in der Regel die Frau – die Frage stellt, ob eine Aufnahme beziehungsweise Ausdehnung der Erwerbstätigkeit sinnvoll ist.

<sup>199</sup> Bütler (2006), S. 12.

<sup>200</sup> Vgl. die Tariftabelle des Vereins für Kindertagesstätten im Internet unter: <http://www.kita.li/bilder/356.pdf> (Abruf vom 27. Mai 2007).

<sup>201</sup> Telefonische Auskunft des Amtes für Soziale Dienste am 25. Mai 2007.

Insgesamt ist die außerhäusliche Kinderbetreuung in Liechtenstein bislang noch nicht zufrieden stellend, so dass die Forderung von *Kröhnert / Klingholz* auch für Liechtenstein uneingeschränkte Gültigkeit hat: "Notwendige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von beruflicher Entwicklung beider Elternteile und einer Familiengründung ist die Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bereits im 1. Lebensjahr sowie eine flächendeckende Ganztagsbetreuung während der Schulzeit. Nur so können berufstätige Eltern (so sie dies wünschen) nach der Geburt eines Kindes in den Beruf zurückkehren".<sup>202</sup> Zusätzlich muss auch gewährleistet sein, dass die außerfamiliären Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht nur finanziell «leistbar» sind, sondern auch keine negativen Anreizwirkungen entfalten.

### **7.1.2 Maßnahmen der Zeitpolitik – Neustrukturierung der Arbeitszeit**

Eine dynamische Panel-Daten-Analyse für den Zeitraum von 1980 bis 1999 für 16 ausgewählte OECD-Länder kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil an Frauen, die in Teilzeit arbeiten, positiv mit dem Anstieg der Geburtenrate korreliert.<sup>203</sup> Der positive Effekt liegt vor allem in einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in einem erleichterten Wiedereinstieg nach Abschluss der Kinderbetreuungsphase begründet.

Auch die Befragung «Familien Liechtenstein» offenbart, dass - abgesehen von der Kinderbetreuung - das Hauptproblem beim beruflichen Wiedereinstieg der Mangel an Teilzeitstellen ist. Besonders häufig wird dies von Frauen mit zwei Kindern bemängelt. Aber auch fast in einem Drittel der Fälle wird geäußert, dass man von der Gesellschaft als «Rabenmutter» betrachtet wird, wenn man als Mutter einer Berufstätigkeit nachgeht.<sup>204</sup>

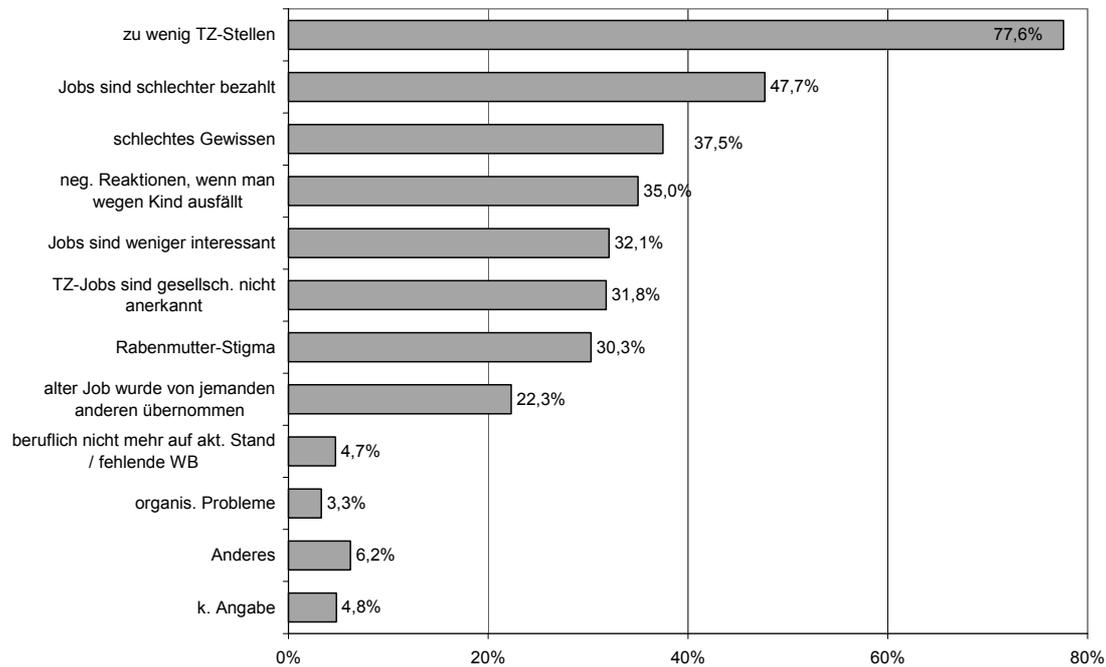
---

<sup>202</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 18.

<sup>203</sup> Vgl. D'Addio, D'Ercole (2005), S. 64. Allerdings ist der Zusammenhang relativ schwach ausgeprägt.

<sup>204</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 125 und 126. Befragte sind Mütter.

**Abbildung 53: Hauptprobleme beim Wiedereinstieg (exklusive Kinderbetreuung)**

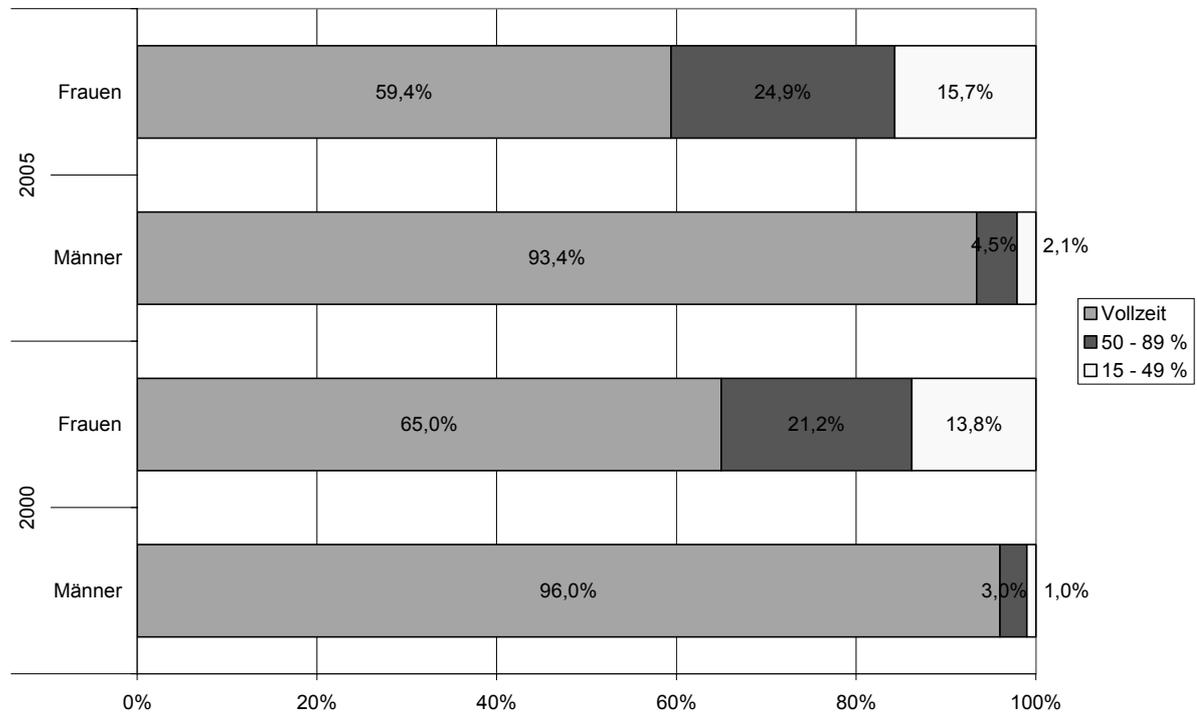


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 125.

In diesem Zusammenhang sei zunächst festgestellt, dass in Liechtenstein die Teilzeitbeschäftigung – für beide Geschlechter - immer mehr an Bedeutung gewinnt. Mittlerweile besetzen rund 40 Prozent aller in Liechtenstein beschäftigten Frauen eine Teilzeitstelle; davon die meisten mit einem Beschäftigungsumfang zwischen 50 und 89 Prozent.<sup>205</sup> Die Verfügbarkeit von Teilzeitstellen ist dabei aber sowohl branchen-, wie auch unternehmens- und positionsabhängig.

<sup>205</sup> Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 20 ff.

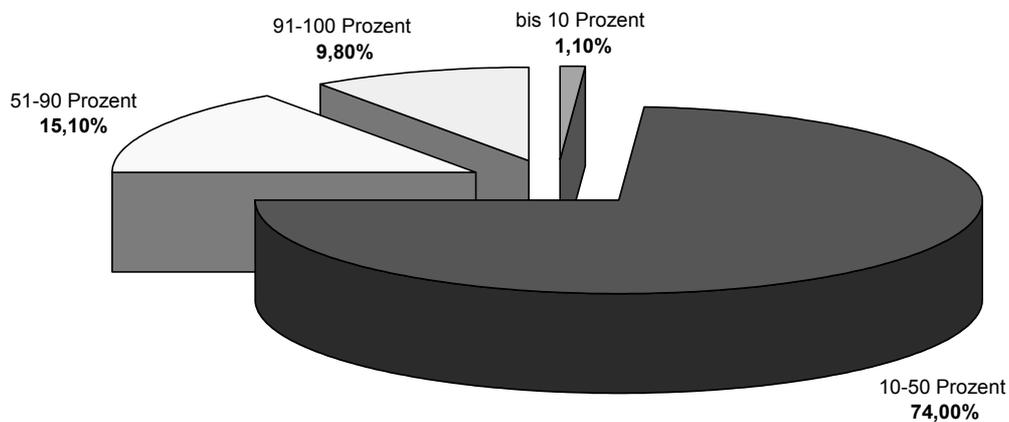
**Abbildung 54: Beschäftigungsgrad von erwerbstätigen Frauen und Männern 2000 und 2005 im Vergleich**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Amt für Volkswirtschaft (2000), S. 14 ff.; Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 20 ff.

Stellt man diese Zahlen nun aber dem gewünschten Beschäftigungsumfang gegenüber, den Mütter angeben, die gerne wieder in den Beruf eingestiegen wären, so ergeben sich in der Tat deutliche Abweichungen, indem vor allem Teilzeitstellen bis zu einem Umfang von 50 Prozent bevorzugt werden.<sup>206</sup>

<sup>206</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 123. Mehr als ein Drittel hätte gern einen Stellenumfang von 41 bis 50 Prozent.

**Abbildung 55: Gewünschter Beschäftigungsgrad\***

\*Befragte Mütter wären gern wieder in den Beruf eingestiegen

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 123.

Da die meisten Arbeitnehmerinnen in der Privatwirtschaft beschäftigt sind, liegt es an dieser – für beide Geschlechter – eine Neustrukturierung der Arbeitszeit zu ermöglichen. Die Alternativen sind vielseitig und reichen von der klassischen Teilzeitbeschäftigung inklusive Job Sharing über flexiblere Arbeitszeitmodelle bis hin zu Telearbeit oder Sabbaticals. Dabei stehen allerdings gerade kleine und mittlere Unternehmen vor dem Dilemma, dass einerseits aufgrund ihrer geringen Betriebsgröße, solche Maßnahmen (scheinbar) ungleich schwerer realisierbar sind als in Großunternehmen; sie aber andererseits auch bei der Stellenneubesetzung benachteiligt sind. Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern illustrieren jedoch, dass KMUs durchaus in der Lage sind, dieses Dilemma mit Hilfe von, auf ihre Betriebsgröße zugeschnittenen, Vereinbarkeitsmodellen zu lösen.<sup>207</sup> So kommt etwa eine Studie für deutsche Handwerksbetriebe zu dem Ergebnis: „Auch die im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen relativ geringe durchschnittliche Unternehmensgröße stellt weder für die Umsetzbarkeit noch für Finanzierbarkeit und Nutzen einer familienfreundlichen Personalpolitik ein Hemmnis dar. [...]

<sup>207</sup> Vgl. BMFSFJ, Zentralverband des Deutschen Handwerks (2004), S. 10 ff.

Im Gegenteil ist die kleine Betriebsgröße sogar von Vorteil, da die Lösungen passgenauer auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und des Betriebs zugeschnitten werden können und darüber hinaus die Einführung und Praxis der Maßnahmen vielfach informell und ohne große Kosten erfolgen kann.<sup>208</sup>

Für Deutschland zeigt eine Befragung des *Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)*, dass der **Familienfreundlichkeit** in den Betrieben ein immer größerer Stellenwert beigemessen wird. Mittlerweile schätzen fast drei Viertel aller Unternehmen die Bedeutung der Familienfreundlichkeit für das eigene Unternehmen als sehr wichtig oder wichtig ein, während es im Jahr 2003 nicht einmal die Hälfte aller Betriebe war.<sup>209</sup> Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen internationaler Studien, die darauf hinweisen, dass sich familienfreundliche Betriebsstrukturen auch betriebswirtschaftlich auszahlen.<sup>210</sup> In deutschen Unternehmen lägen laut Modellrechnungen der *Prognos AG*<sup>211</sup> die Einsparungen, die durch familienfreundliche Leistungen im Betrieb erzielt werden, durchschnittlich um ein Viertel über den dafür aufgewendeten Kosten. „Im Realszenario wird damit für das Musterunternehmen eine Rendite der Investition in die familienfreundlichen Personalmaßnahmen in Höhe von 25 Prozent ermittelt.“<sup>212</sup> Ein Teil dieser Rendite resultiert daraus, dass Frauen – und damit betriebliche Humankapitalinvestitionen – nach der Geburt ihres Kindes dem Unternehmen als Arbeitnehmer erhalten bleiben. Für Liechtenstein existieren weder genaue Zahlen darüber, wie viele Mütter kinderbedingt ihre Arbeitsstelle kündigen, noch liegen detaillierte Untersuchungen zur Familienfreundlichkeit der ansässigen Unternehmen vor, so dass hierzu weiterer Forschungsbedarf besteht. Genauere Daten existieren zur Landesverwaltung, wo zwischen Januar 2004 und Oktober 2006 29 Mitarbeiterinnen Mütter geworden sind, von denen lediglich drei Frauen, also gut zehn Prozent ihre Stelle gekündigt haben.<sup>213</sup> Diese Zahlen können allerdings nicht als repräsentativ für den gesamten Arbeitsmarkt angesehen werden, da die Landesverwaltung zum einen überdurchschnittlich viele Teilzeitstellen anbietet und zum anderen über eine eigene Kindertagesstätte verfügt. Tatsächlich ergab eine Umfrage<sup>214</sup> der Abteilung Wirtschaft des Amtes für Volkswirtschaft, dass bei den 28 befragten Unternehmen im Untersuchungszeitraum 187 Frauen Mütter geworden sind, von denen über die Hälfte nach der Geburt ihres Kindes gekündigt hat. Diese Gegenüberstellung

---

<sup>208</sup> BMFSFJ, Zentralverband des Deutschen Handwerks (2004), S. 52.

<sup>209</sup> Vgl. BMFSFJ (2006c), S. 9.

<sup>210</sup> Vgl. zum Beispiel für die Schweizer Wirtschaftsregion Basel die Untersuchung des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt (2005).

<sup>211</sup> Vgl. grundlegend BMFSFJ (2006a).

<sup>212</sup> BMFSFJ (2006a), S. 34.

<sup>213</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung der Regierung 113/2006, S. 11.

<sup>214</sup> Vgl. hierzu die Angaben in der Interpellationsbeantwortung der Regierung 113/2006, S. 9.

zwischen Landesverwaltung und Privatwirtschaft lässt den Schluss zu, dass sich eine familienfreundliche Unternehmensstruktur positiv auf die Erwerbstätigkeit von Müttern auswirkt.

Insofern wird eine wichtige Aufgabe des Staates darin gesehen, die «Familienfreundlichkeit im Betrieb» zu einem Thema der Wirtschaft zu machen und im Sinne einer «Allianz für Familie» als permanentes Dialogfeld mit der hiesigen Unternehmerschaft zu etablieren. Angesichts der Tatsache, dass in Liechtenstein rund zwei Drittel aller Beschäftigten in KMUs tätig sind, darf sich dieser Dialog aber nicht nur auf die Großunternehmen beschränken. Als zusätzlicher Anreiz kann beispielsweise nach dem Vorbild Baden-Württembergs<sup>215</sup> ein Wettbewerb «Familienfreundlichkeit im Betrieb» - abgestuft nach Betriebsgrößenklassen - ausgeschrieben werden.

### 7.1.3 Maßnahmen der Zeitpolitik - Elternurlaub

Im Falle des Eltern- und Mutterschaftsurlaubs müssen sowohl die Dauer der «Auszeit» als auch die Einkommensersatzleistungen während dieser Phase betrachtet werden. Dabei existieren hinsichtlich ihrer Wirkungseffekte durchaus unterschiedliche Vorstellungen. „While maternity leave provisions (both their duration and benefits) are important for the well-being of children and families – they provide both employment protection for working mothers and care for infants in a critical phase of their development [...] – their design might harm mothers’ career prospects and financial security.“<sup>216</sup> Angesichts dieser Doppelseitigkeit lässt sich ein (internationaler) Konsens<sup>217</sup> dahingehend ableiten, dass eine kurze und bezahlte Phase der Berufsunterbrechung im Hinblick auf Fertilitätsneigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sinnvoll ist, wohingegen bei längerer Erwerbsunterbrechung dieser Vorteil in einen Nachteil umschlägt. „Bei einem vorübergehenden Rückzug aus dem Beruf nach der Geburt eines Kindes scheint es sinnvoll, diese Phase nur für kurze Zeit finanziell zu fördern – dafür aber in Höhe eines tatsächlichen Lohnersatzes“<sup>218</sup>, wodurch die Opportunitätskosten infolge des Erwerbsausfalles minimiert werden. Dabei darf der Zusammenhang zwischen den Regelungen zur Elternzeit und der Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten im Hinblick auf die Frauenerwerbstätigkeit nicht vernachlässigt werden. „In countries with a strong provision of services, parental leaves tend to play a positive role with respect to female labour market

---

<sup>215</sup> Vgl. zum dortigen Landeswettbewerb «Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Betrieb» die Informationen im Internet unter: <http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/landeswettbewerb/64019.html> (Abruf vom 29. Mai 2007).

<sup>216</sup> D’Addio, D’Ercole (2005), S. 56.

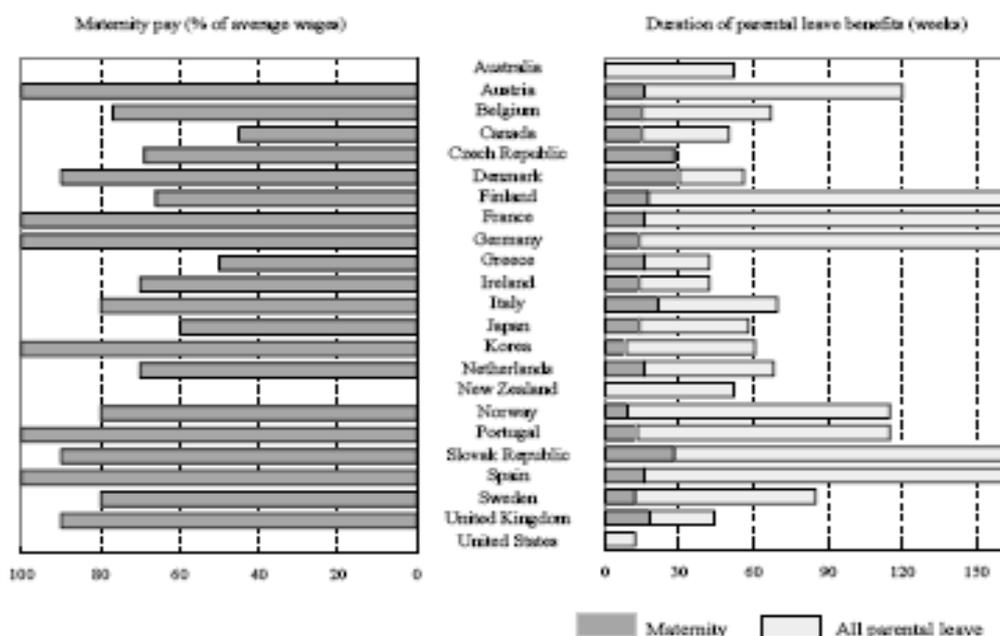
<sup>217</sup> Vgl. zum Beispiel Da Roi, Sabatinelli (2007), S. III.

<sup>218</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 18.

participation. In countries with low supply of services, they tend to reinforce the role of women as carers.»<sup>219</sup>

In Liechtenstein besteht die Möglichkeit, unabhängig vom Mutterschutz, einen dreimonatigen Elternurlaub in Anspruch zu nehmen, der unbezahlt ist und in der Praxis kaum Relevanz besitzt.<sup>220</sup> Im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern fallen die Elternzeitregelungen in Liechtenstein äußerst beschränkt aus.

**Abbildung 56: Mutterschaft und Elternurlaub in den OECD-Ländern**



Source: OECD databases.

Quelle: Sleebos (2003), S. 40.

Entsprechend wurden in Liechtenstein jüngst zahlreiche Vorstöße<sup>221</sup> unternommen, um die Dauer des Elternurlaubs auszudehnen und / oder während der Elternzeit Anspruch auf Lohnersatzleistungen zu gewähren.

Betrachtet man die Ergebnisse der Befragung «Familien Liechtenstein», so erhält der unbezahlte Elternurlaub auf einer Notenskala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) eine neutrale Durchschnittsbeurteilung von 2,96, wohingegen der bezahlte Elternurlaub mit

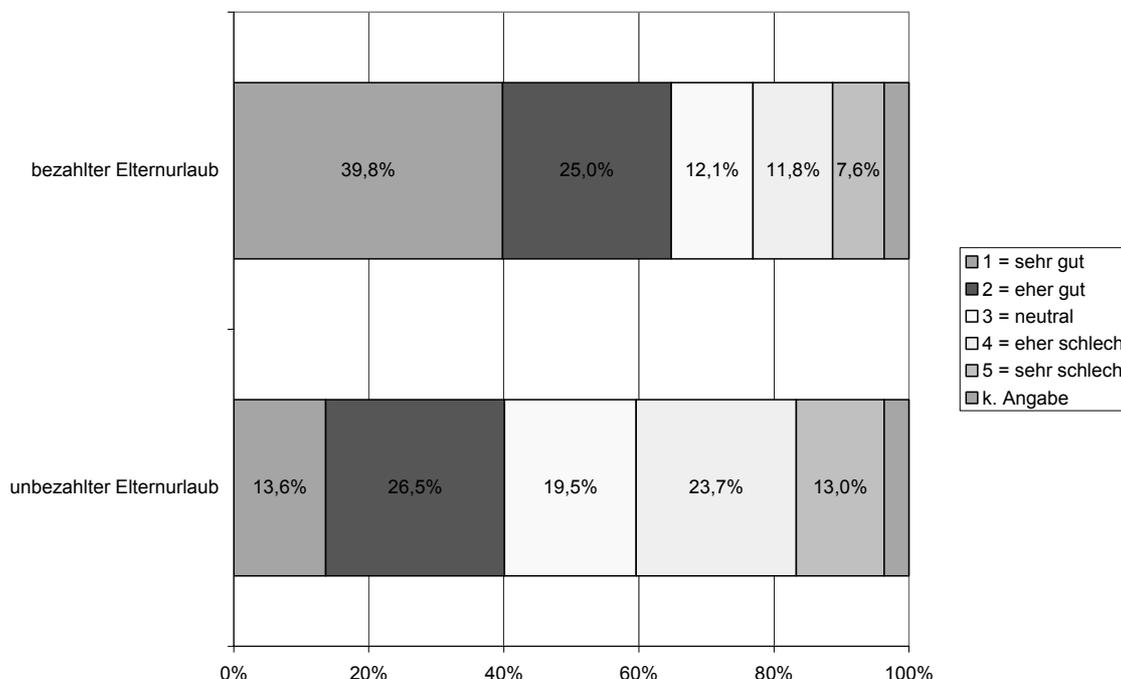
<sup>219</sup> Da Roi, Sabatinelli (2007), S. III.

<sup>220</sup> Vgl. die Ergebnisse der bereits erwähnten Umfrage des Amtes für Volkswirtschaft zum Elternurlaub in der Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 11. Demnach haben im Untersuchungszeitraum lediglich 28 Beschäftigte Elternurlaub genommen, wobei alle in Großunternehmen tätig waren.

<sup>221</sup> Vgl. vor allem die Motionen der Freien Liste vom März, Mai und November 2006.

einem Durchschnittswert von 2,19 deutlich besser abschneidet.<sup>222</sup> Vergleichsweise schlecht wird er von Personen der obersten Kaufkraftklasse mit durchschnittlich 2,60 beurteilt.

**Abbildung 57: Einstellungen zum (un-)bezahlten Elternurlaub**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 143 bis 146.

Generell trägt ein **bezahlter** Elternurlaub dazu bei, die durch den Arbeitsausfall entstandenen Opportunitätskosten zu reduzieren. „A higher wage replaced during maternity leave contributes to higher fertility rates.“<sup>223</sup> Um keine verzerrenden Anreizwirkungen zu entfalten, muss es sich bei der «Bezahlung» um eine Lohnersatzleistung handeln, die sich am vormaligen Arbeitseinkommen bemisst.

Der gleiche positive Effekt scheint sich allerdings in internationalen Vergleichsstudien nicht in Bezug auf die **Dauer** des Elternurlaubs<sup>224</sup> abzuzeichnen, so dass grundsätzlich der Regierung des Fürstentums Liechtenstein zugestimmt werden muss, die im Rahmen des Berichts und Antrags über die Einführung des Elternurlaubs argumentiert hat: „Die Regierung ist der Meinung, dass ein Elternurlaub von drei Monaten ausreichend ist. [...]“

<sup>222</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 143 bis 146.

<sup>223</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 65.

<sup>224</sup> Vgl. beispielsweise Nizalova (2000). Anders dagegen Gauthier, Hatzius (1997) sowie Adsera (2004).

Eine gesetzliche Regelung mit dieser Dauer kann eine Basis bilden, auf der allenfalls später aufgebaut werden kann. [...] Hinzu kommt, dass ein Elternurlaub mit langer Dauer das Risiko mit sich bringt, dass die Arbeitnehmer nur noch formell mit dem Arbeitgeber verbunden sind, während die fachlichen, beruflichen und persönlichen Beziehungen zur Arbeitsstelle erheblich geschwächt werden [...]. Das eigentliche Ziel [...], nämlich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit, würde daher bei einem lang dauernden Elternurlaub insbesondere bei vollzeitiger Arbeitsbefreiung nicht erreicht.<sup>225</sup> Vor allem langfristig zahlt sich eine lange Erwerbsunterbrechung für die Betroffenen nicht aus, da sie Einbußen ihres Nettovermögens an Humankapital erleiden und dadurch oftmals auch Lohnkürzungen in Kauf nehmen müssen.

Abschließend sei noch auf die Tatsache eingegangen, dass Elternurlaubsregelungen fast ausschließlich von Müttern in Anspruch genommen werden, weshalb auch in etlichen europäischen Ländern in jüngster Zeit zahlreiche Reformvorstöße unternommen wurden, um die **Elternzeit für Väter** attraktiver zu machen. Auch in Liechtenstein werden ähnliche Überlegungen angestellt.<sup>226</sup> In diesem Zusammenhang sei nur auf die Neuregelung der Elternzeit in Deutschland hingewiesen, die mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. In Liechtenstein kann der dreimonatige Elternurlaub innerhalb der ersten drei Lebensjahre des Kindes sowohl vom Vater als auch der Mutter genommen werden. Es existieren allerdings keine verlässlichen Daten darüber, zu welchem Anteil Männer von ihrem Recht auf Elternurlaub Gebrauch machen. Laut der Betriebsumfrage des Amtes für Volkswirtschaft bei 28 liechtensteinischen Unternehmen waren unter den 28 Beschäftigten, die Elternurlaub genommen haben, zehn Männer.<sup>227</sup>

Generell darf vermutet werden, dass erstens umso mehr Väter Elternzeit nehmen, je weniger sie im Vergleich zu ihren Partnerinnen verdienen, was eher die Ausnahme als die Regel darstellt – auch und gerade in Liechtenstein, wo der Arbeitsmarkt durch eine ausgeprägte vertikale Geschlechtersegregation gekennzeichnet ist. Zahlreiche – vorwiegend skandinavische - Länder versuchen dieses «Einkommensargument» dadurch zu entkräften, dass sie einen Teil der Elternzeit ausschließlich für Väter reservieren und dieser ersatzlos entfällt, wenn er nicht vom Mann in Anspruch genommen wird. In der Folge stieg beispielsweise in Schweden der Anteil der Väter, die Elternzeit nahmen, von rund drei Prozent im Jahr 1974 auf gut 36 Prozent im Jahr 1999, was allerdings nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass Väter nur gut ein Zehntel der verfügbaren Gesamt-

---

<sup>225</sup> Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2003), S. 15.

<sup>226</sup> Vgl. exemplarisch die Forderung der Freien Liste nach einem Bonus-System, wenn Väter und Mütter Elternurlaub beziehen, im Rahmen der Motion vom 23. März 2006.

zeit belegen.<sup>228</sup> Selbst bei einer Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Elternurlaub in Liechtenstein, etwa in Form eines Bonus-Systems, wie von der *Freien Liste* vorgeschlagen,<sup>229</sup> darf allerdings bezweifelt werden, dass sich die Ergebnisse aus Schweden auf die hiesigen Verhältnisse übertragen lassen. Die Bereitschaft von Vätern zur Erbringung von Familienleistungen wird nämlich nicht nur durch finanzielle Anreize, sondern auch durch gesellschaftliche Rollenverständnisse und Wertvorstellungen determiniert; und hier zeichnen sich gerade die skandinavischen Länder – im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum - durch eine ausgeprägte Gleichstellungsorientierung aus.<sup>230</sup>

## 7.2 Direkte Kosten der Fertilitätsentscheidung

Neben den indirekten Kosten beeinflussen auch die **direkten Kosten**, die in Zusammenhang mit den kinderbezogenen Ausgaben wie Kleidung, Nahrung oder Wohnraum anfallen, die Fertilitätsentscheidung.

Es existieren in Liechtenstein ebenso wie in vielen anderen Ländern zahlreiche Leistungen, um diese direkten Kinderkosten zu reduzieren. Diese reichen von finanziellen Transfers wie der Kinderzulage über Steuererleichterungen für Familien bis hin zu kinder- oder familienbezogenen Vergünstigungen. Dabei gilt grundsätzlich, dass die Fertilitätsneigung positiv mit Umfang und Höhe solcher direkten und indirekten Geldleistungen korreliert, wobei der positive Einfluss allerdings nicht überschätzt werden darf.<sup>231</sup> So ist auch in Westeuropa der statistische Zusammenhang zwischen Gesamtfertilitätsrate und Sozialausgaben für Familien und Kinder relativ schwach ausgeprägt.<sup>232</sup> Im Vergleich mit den Opportunitätskosten üben die direkten Kosten bei der Entscheidung über das erste Kind einen vergleichsweise geringeren Einfluss aus.<sup>233</sup> „Je höher der Einkommensverlust und damit die Opportunitätskosten beim ersten Kind sind, desto geringer ist die Rolle der direkten Kosten als zu beeinflussende Variable anzusetzen.“<sup>234</sup> In zahlreichen Studien wurde der Versuch unternommen, die Höhe dieser direkten Kosten zu beziffern. So schätzte beispielsweise *Olier* für Frankreich, dass die direkten Ausgaben für ein Kind sich zwischen 20 und 30 Prozent des Einkommens eines kinderlosen

<sup>227</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 11.

<sup>228</sup> Vgl. Jönssen (2002), S. 176 ff.

<sup>229</sup> Vgl. die Motion der Freien Liste vom 23. März 2006.

<sup>230</sup> Für einen Überblick zu Skandinavien mit besonderem Fokus auf Schweden siehe MGFFI (2006), S. 49. Vgl. auch den Vergleich bei Spieß (2006), S. 3 ff.

<sup>231</sup> Vgl. Sleebos (2003), S. 36 ff.

<sup>232</sup> Vgl. Kröhnert, Klingholz (2005), S. 16.

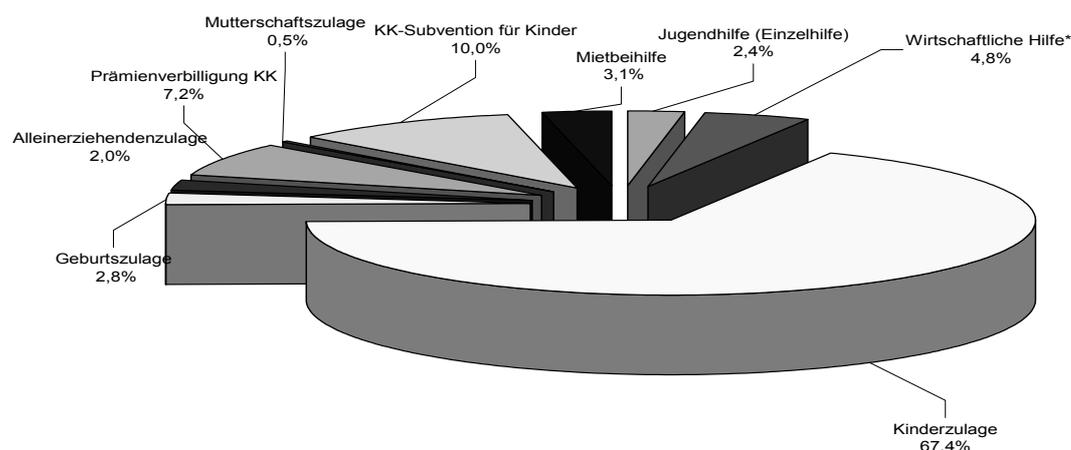
<sup>233</sup> Vgl. BMFSFJ (2003), S. 20 sowie Althammer (2000), S. 111.

<sup>234</sup> BMFSFJ (2003), S. 20.

Vergleichshaushalts belaufen.<sup>235</sup> „In general, these estimates suggest that direct cost of children increase with the age of the child and decline with family income, and that economies of scale in consumption reduce the direct costs for second-born (and higher-order) children.“<sup>236</sup>

In Liechtenstein stellen die **Kinderzulagen** den mit Abstand größten Ausgabenposten bei den familienbezogenen Geldleistungen dar. Allein im Jahr 2005 wurden dafür 44 Mio. CHF und damit mehr als zwei Drittel aller Geldleistungen aufgewendet.<sup>237</sup> Daneben existieren noch so genannte indirekte oder implizite Leistungen etwa im Bereich der Steuervergünstigung für Familien. „One of the potential advantages of cash payments is that they can be directed to the child’s principal career [...] and are probably more effective in raising fertility than tax cuts accorded to the father [...]. A disadvantage of cash payments is that direct financial incentives may be based on «incorrect» assumptions that income is shared equitable within families“.<sup>238</sup>

**Abbildung 58: Anteile an den familienbezogenen Geldleistungen im Jahr 2005 nach Leistungskategorie (ohne Rückerstattungen FAK)**



\*für Familien, Alleinerziehende, Working Poor

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Interpellationsbeantwortung 113/2006, S. 18.

Im Gegensatz zu der Kinderzulage handelt es sich bei einigen anderen Leistungen, wie zum Beispiel im Falle der Geburts- oder Mutterschaftszulage, nicht um Geldleistungen

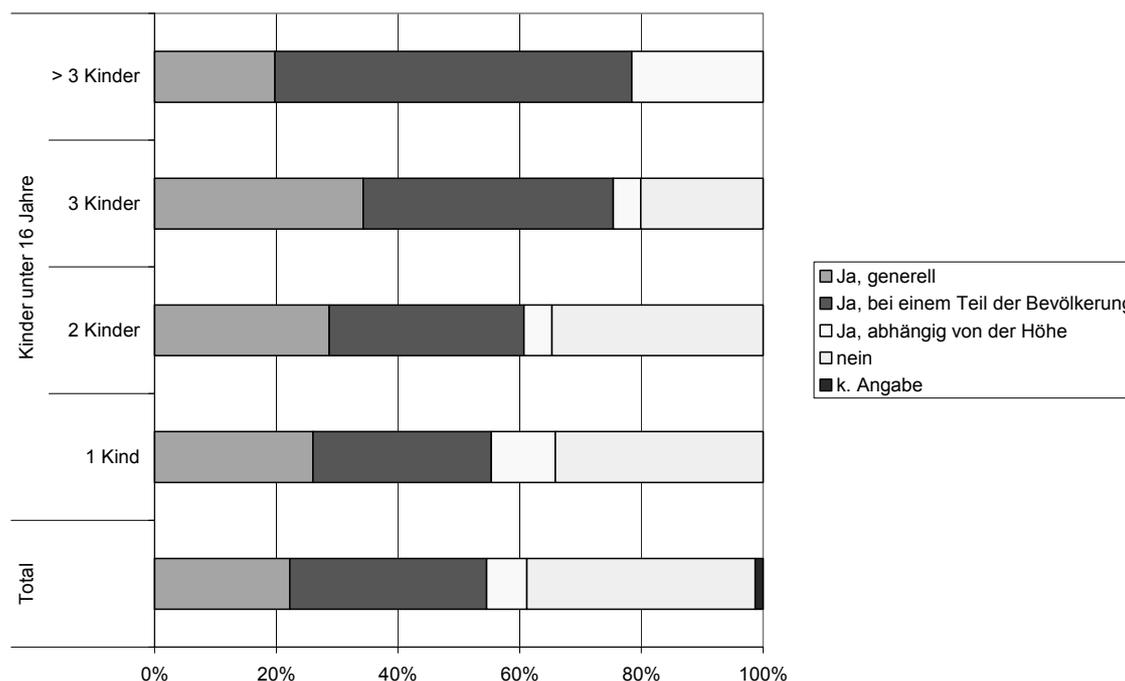
<sup>235</sup> Vgl. grundlegend Olier (2000).

<sup>236</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 48.

<sup>237</sup> Vgl. Interpellationsbeantwortung der Regierung 113/2006, S. 18.

an beziehungsweise für Kinder zur Abdeckung der direkten Kosten. Grundsätzlich ist die liechtensteinische Bevölkerung in der Frage, ob höhere finanzielle Hilfen auch zu mehr Kindern führen, gespalten. Selbst diejenigen Personen, die eigene Kinder unter 16 Jahren haben, sind sich in dieser Frage unschlüssig, wobei allerdings die Zustimmung mit der Kinderzahl tendenziell zunimmt.<sup>239</sup>

**Abbildung 59: Führen höhere finanzielle Hilfen zu mehr Kindern?**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 135 und 136.

Diese Unschlüssigkeit offenbart sich auch in den Fragen nach der optimalen Höhe einer monatlichen beziehungsweise einmaligen Unterstützung, bei der jeweils mehr als ein Drittel der Befragten keine Angabe macht. Fast die Hälfte der Befragten betrachtet eine monatliche Zahlung bis 600 CHF als Anreiz fördernd.<sup>240</sup>

Aufgrund der Tatsache, dass als ein wesentliches Charakteristikum für eine nachhaltige Familienpolitik die Förderung des Wohls und der Ausgleich unterschiedlicher Startchancen von Kindern angesehen wurde, sollte solchen Leistungen der Vorzug gegeben werden, die auch unmittelbar dem Kinde zugute kommen. Dies darf am ehesten bei den

<sup>238</sup> Sleebos (2003), S. 36.

<sup>239</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 135 und 136.

<sup>240</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 137 bis 140.

Kinderzulagen vermutet werden, mit deren Hilfe die kinderbezogenen Kosten ausgeglichen werden. Die Kinderzulage beläuft sich in Liechtenstein derzeit auf 280 CHF pro Monat und bei Kindern ab dem zehnten Lebensjahr auf 330 CHF. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die direkten Kosten mit dem Alter des Kindes zunehmen.<sup>241</sup> Im Falle von mehr als einem anspruchsberechtigten Kind, beläuft sich die Kinderzulage für jedes weitere Kind generell auf 330 CHF pro Monat, was allerdings im Gegensatz zu der Erkenntnis steht, dass „[...] economies of scale in consumption reduce the direct costs for second-born (and higher-order) children.“<sup>242</sup>

Insgesamt erscheinen also vor allem unmittelbar kinderbezogene Leistungen, wie Kindergeld oder –zulagen geeignet, die direkten Kinderkosten auszugleichen und damit auch einen positiven Beitrag im Rahmen der Fertilitätsentscheidung zu leisten, wobei der Einfluss solcher finanzieller Transfers auf die Geburtenneigung allerdings nicht überbewertet werden darf, da sich in zahlreichen theoretischen wie auch empirischen Studien gezeigt hat, dass weniger die direkten als vielmehr die indirekten Kosten für die Entscheidung pro oder contra Kinder maßgeblich sind. In diesem Zusammenhang darf auch nicht übersehen werden, dass qualitativ hochwertige (Klein-)Kinderbetreuungsangebote auch das Wohl der Kinder fördern. „High quality level childcare with a good balance between time spent in services and time spent at home shows a positive impact, especially for children from deprived, low-income, low cultural level households, who draw the maximum advantage from the stimuli coming from the childcare services.“<sup>243</sup>

### 7.3 Erziehungsleistung und Erziehungsgeld

Einverständnis herrscht darüber, dass die Familie mit ihrer Erziehungsarbeit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Funktion erfüllt,<sup>244</sup> indem mittels Erziehung zum Beispiel eine Humankapitalinvestition stattfindet. „Zusammen mit den Fähigkeiten des Kindes determinieren die privaten Humankapitalinvestitionen der Eltern die formale Qualifikation, die Berufsausbildung und damit letztlich das Einkommen des Kindes. Zur Erfüllung der Erziehungsfunktion wenden Familien ökonomische Ressourcen von erheblicher Größenordnung auf.“<sup>245</sup> Allein wegen dieser gesamtgesellschaftlichen, positiven Externalitäten resultiert aus **allokativer** Sicht, die Notwendigkeit einer Kosteninternali-

---

<sup>241</sup> Vgl. D'Addio, D'Ercole (2005), S. 48.

<sup>242</sup> D'Addio, D'Ercole (2005), S. 48.

<sup>243</sup> Da Roi, Sabatinelli (2007), S. III.

<sup>244</sup> Vgl. Lampert, Althammer (2004), S. 351.

<sup>245</sup> Althammer (2000), S. 9.

sierung durch den Staat. Zudem kann ein Elterngeld auch als Anerkennung der Erziehungsleistung interpretiert werden und dadurch die immateriellen Kosten, zum Beispiel in Form einer geringen Wertschätzung von familiären Pflichten, reduzieren. Damit ein Erziehungsgeld allerdings nicht den Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zuwiderläuft, muss eine Anreiz verzerrende Wirkung vermieden werden.

So herrscht auch in Liechtenstein die Einschätzung vor, dass die Erziehungsleistung bislang kaum honoriert wird, indem über 80 Prozent der Interviewpartner im Rahmen der Umfrage »Familien Liechtenstein« der Aussage zustimmen, dass die Leistung der Mütter gesellschaftlich zu wenig geschätzt wird.<sup>246</sup>

Im Fürstentum wird bislang – im Gegensatz zu zahlreichen anderen europäischen Ländern<sup>247</sup> - kein Erziehungsgeld gewährt. Allerdings wurde die Regierung durch das Postulat über die Familienförderung der *FBP* vom April 2006 aufgefordert, die Einführung eines Erziehungsgeldes zu prüfen. In der Umfrage »Familien Liechtenstein« äußerte sich die überwiegende Mehrheit der Befragten positiv zu einem Erziehungsgeld. Auf einer Notenskala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) wurde das Erziehungsgeld im Durchschnitt mit der Note 2 bewertet. Besonders gut fiel die Beurteilung bei den Teilzeit-Erwerbstätigen ebenso wie bei den Befragten mit mehr als drei Kindern sowie der untersten Kaufkraftklasse aus, wobei die Zustimmung mit der Einkommenshöhe der Befragten generell abnahm.<sup>248</sup>

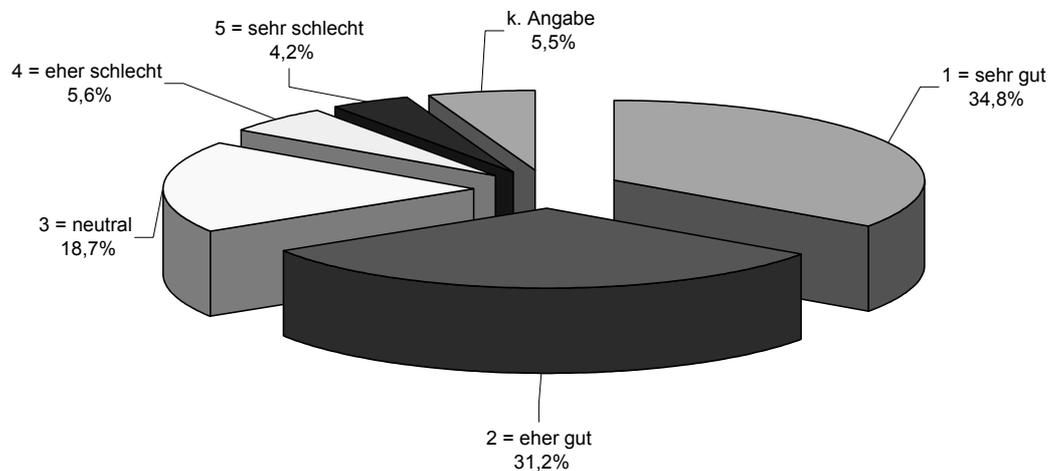
---

<sup>246</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 45.

<sup>247</sup> Für einen Überblick vgl. BMFSFJ (2003), S. 29.

<sup>248</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 141 und 142.

**Abbildung 60: Einstellungen zum Erziehungsgeld (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Isopublic (2007), Tab. 141.

## 7.4 Gesellschaftliche Wert- und Rollenvorstellungen

„A [...] generalisation is that strategies will not succeed if they relate only to individuals or couples, rather than being supported by society at large. For example, while supporting changes in gender roles within the family is an essential element of any strategy to raise fertility, the way families are structured and organised is also a fundamental element in the cultural identity of each country.“<sup>249</sup> Damit kommt den gesellschaftlichen Wert- und Rollenverständnissen eine zentrale Bedeutung zu, um zu gewährleisten, dass die intendierten Effekte familienpolitischer Maßnahmen auch tatsächlich eintreten. Eine Familienpolitik kann nur dann erfolgreich und effektiv sein, wenn sie bei ihren Maßnahmen dem gesellschaftlichen Umfeld Rechnung trägt, das den Boden darstellt, auf den die einzelnen Leistungen treffen. So leistet beispielsweise das quantitativ und qualitativ hochwertigste Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen keinen Beitrag zur Ver-

<sup>249</sup> Sleebos (2003), S. 48.

einbarkeit von Familie und Beruf, wenn die außerfamiliäre Kinderbetreuung gesellschaftlich nicht anerkannt ist.

Generell lassen internationale Vergleichsstudien<sup>250</sup> den Schluss zu, dass eine »traditionelle« Aufgabenteilung der Geschlechter hinderlich für die natürliche Reproduktion ist, während sich die **Gleichberechtigung** der Geschlechter positiv auf die Kinderzahl auswirkt, wobei sich die Gleichberechtigung sowohl auf das Familien- wie auch Erwerbsleben bezieht. Nach wie vor leisten Mütter aber – im Gegensatz zu Vätern – das Gros der Haus- und Familienarbeit. Selbst bei vergleichbarer Humankapitalausstattung zwischen Männern und Frauen hat diese Doppelbelastung von Müttern durch Haushalt und Beruf negative Auswirkungen auf ihre berufliche Situation,<sup>251</sup> wodurch sich die Tendenz zur «traditionellen» Rollenteilung zusätzlich verstärkt.

Die wenigen Daten, die für Liechtenstein zu den Rollenverständnissen von (jungen) Frauen und (jungen) Männern vorliegen, lassen die Vermutung zu, dass gerade die jungen Frauen «moderner» und emanzipierter sind, als die Gesellschaft, in der sie leben.<sup>252</sup> Sie stehen deshalb vielfach vor dem Problem, dass sie ihren durchaus vorhandenen Kinderwunsch aufgrund der «traditionellen» Gesellschaftsstrukturen nicht mit ihrer persönlichen Lebensplanung in Einklang bringen können und Kinderlosigkeit ist die Folge. Die zunehmende Anzahl erwerbstätiger Frauen und Mütter weist darauf hin, dass sich auch in Liechtenstein ein Wandel der traditionellen Rollenbilder vollzogen hat. „Doch das neue Rollenverständnis hat sich in großen Teilen der Gesellschaft ebenso wie in Politik und Wirtschaft noch nicht durchgesetzt - «es wird in traditionellen und starren Vorstellungen und Konzepten über Familie und Beruf verharrt»“,<sup>253</sup> so LANV-Präsident *Sigi Langenbahn*, der im Rahmen der 1.-Mai-Feierlichkeiten dazu aufrief, in Liechtenstein von alten, überholten Rollenbildern abzurücken und der Realität ins Auge zu sehen. Tatsächlich zeigt auch das Beispiel Frankreich, dass die gesellschaftliche Akzeptanz einer neuen Mutterrolle durchaus formbar ist. So hat die französische Bevölkerungspolitik über Jahrzehnte dazu beigetragen, „[...] dass ein Wertesystem entstanden ist, in dem erwerbstätige Mütter als Normalfall gelten. Ebenso normal ist es, auch kleine Kinder außerfamiliär betreuen zu lassen.“<sup>254</sup>

Dies darf allerdings nicht als einseitiges Plädoyer für erwerbstätige Mütter missverstanden werden. Genauso muss es jeder Frau und jedem Mann freigestellt sein, sich ausschließlich der Kindererziehung zu widmen. Allerdings wird auch diese Entscheidung

<sup>250</sup> Vgl. Sleebos (2003), S. 42 f. sowie Kröhnert, Klingholz (2005), S. 12.

<sup>251</sup> Vgl. Althammer (2000), S. 71.

<sup>252</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Kröhnert, Klingholz (2005), S. 18 für Deutschland.

<sup>253</sup> Franke-Vogt (2007), S. 1 im Liechtensteiner Vaterland vom 02. Mai 2007.

maßgeblich von den gesellschaftlichen Wertvorstellungen determiniert. In einem Umfeld, in dem die Familien- und Erziehungsleistung gesellschaftlich nicht anerkannt ist, existiert im Grunde auch keine echte Entscheidungs- beziehungsweise Wahlfreiheit.

Glaubt man den Ergebnissen der Umfrage «Familien Liechtenstein», dann befindet sich die liechtensteinische Gesellschaft gerade in einem **Transformationsprozess**, indem sowohl die gesellschaftliche Anerkennung der «traditionellen Mutterrolle» schwindet; andererseits aber auch noch keine ausreichende Akzeptanz für eine «neue Mutter- und Vaterrolle» herrscht. Wie anders lässt es sich sonst erklären, dass beispielsweise einerseits über 80 Prozent der Interviewpartner weitgehend oder vollkommen der Ansicht sind, dass die Leistung der Mütter gesellschaftlich zu wenig geschätzt wird<sup>255</sup> und andererseits fast ein Drittel der Mütter vorgibt, dass man als berufstätige Mutter als «Rabenmutter» angesehen wird.<sup>256</sup> Ein weiterer Hinweis für diesen Transformationsprozess liefert die Tatsache, dass zum einen über zwei Drittel der Befragten der Aussage zustimmen, dass Väter, beispielsweise durch Teilzeitarbeit oder Vaterschaftsurlaub, vermehrt dazu angehalten werden sollten, mehr Zeit für die Familie zu haben, und zum anderen immerhin noch fast 37 Prozent – etwa zu gleichen Anteilen Männer und Frauen – der Auffassung sind, dass Väter, die zu Hause bleiben, ein wenig «seltsam» wirken.<sup>257</sup>

Aufgabe des Staates ist es, im Sinne einer nachhaltigen und damit bedürfnisgerechten Familienpolitik diesen Transformationsprozess dahingehend zu begleiten, dass jeder Mann und jede Frau nicht nur de jure sondern auch de facto eine (gesellschaftlich anerkannte) Wahlmöglichkeit besitzt.

## **8 Ansatzpunkte für die liechtensteinische Familienpolitik**

Abschließend sollen auf Basis obiger Erkenntnisse, Implikationen für die liechtensteinische Familienpolitik abgeleitet werden. Dabei stehen die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund, da ihnen ein besonderer Stellenwert für eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in Liechtenstein beigemessen wird. Nicht thematisiert werden dagegen die indirekten Geldleistungen im Rahmen des Steuer- und Sozialen Sicherungssystems, da dies den Umfang der Arbeit sprengen würde. Insofern dürfen die folgenden Anregungen lediglich als mögliche Ansatzpunkte für eine nachhaltige Familienpolitik und nicht als integriertes, familienpolitisches Gesamtkonzept verstanden werden.

<sup>254</sup> Kröhnert, Klingholz (2005), S. 11.

<sup>255</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 45.

<sup>256</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 125.

<sup>257</sup> Vgl. Isopublic (2007), Tab. 127.

Grundsätzlich bedarf es für den Wirtschafts- und Lebensstandort Liechtenstein aber genau eines solchen **integrierten Gesamtkonzeptes**, das sich nur aus einer vorausgegangenen Wertediskussion im Land ergeben kann. Dieses familienpolitische Gesamtkonzept kann dabei nicht in einem »luftleeren« Raum diskutiert werden, sondern muss in eine **übergeordnete Zukunftsvision** für die liechtensteinische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung eingebettet werden, die den Kriterien der Nachhaltigkeit Rechnung trägt und damit zukunftsfähig ist.

Eine wichtige **Voraussetzung** für eine zukunftsfähige Familienpolitik ist – unabhängig von ihrer konkreten inhaltlichen Ausrichtung – eine gesicherte **statistische Datenbasis** zur Familiensituation und -entwicklung, die bis dato in Liechtenstein nur unzureichend vorhanden ist. Insbesondere bedarf es einer regelmäßigen und detaillierten **Familienberichterstattung**, nicht nur um allfällige Reformbedarfe frühzeitig zu erkennen, sondern auch um bisherige Strategien evaluieren zu können. Weiterhin existieren in Liechtenstein – mangels Einkommensstatistik beziehungsweise Einkommen- und Verbrauchsstichprobe – kaum Daten über die finanzielle Situation von Familien. Gerade diese Informationen sind aber unabdingbar, um die Notwendigkeit und Effektivität von (in-)direkten Geldleistungen für Familien und Kinder beurteilen zu können.

Was nun die **inhaltlichen** und **strukturellen Implikationen** für die liechtensteinische Familienpolitik betrifft, so haben die Ausführungen ergeben, dass die Haushalts- und Familienformen im Fürstentum derzeit ebenso einem tief greifenden strukturellen Wandel unterliegen, wie die gesellschaftlichen Wertevorstellungen. In der gelebten beruflichen und familiären Praxis herrscht dabei immer noch das «traditionelle» Geschlechtermodell vor. Dabei liegt die liechtensteinische Fertilitätsrate aber seit langem schon unter dem «bestandserhaltenden» Wert von 2,1 Kinder je Frau, was sich nicht nur negativ auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch auf die soziale Stabilität und Kohäsion auswirkt. Dass die liechtensteinische Bevölkerung bislang nicht schrumpft, ist vor allem der liberaleren Einbürgerungspraxis der letzten Jahrzehnte und dem regelmäßigen Zugang von Ausländern zu verdanken. Ebenso hat sich gezeigt, dass zum einen auch eine vergleichsweise wohlhabende Gesellschaft wie die liechtensteinische nicht vor relativer Armut gefeit ist, die vor allem Alleinerziehende mit Kindern trifft, so dass der **Unterstützung von Alleinerziehenden** im Rahmen der Familienpolitik eine wichtige Rolle zukommen muss, die an dieser Stelle aber nicht weiter thematisiert wird. Zusätzlich hat sich im Rahmen der PISA-Studie 2003 die kulturelle und viel mehr noch die soziale Herkunft der Kinder als ursächlich für die Bildungsungleichheit von Schülern erwiesen.

Vor diesem Hintergrund wird die Forderung nach einer zukunftsfähigen und damit **nachhaltigen Familienpolitik** erhoben, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen gleichermaßen Rechnung trägt. Die Rechtfertigung einer staatlichen Familienpolitik lässt sich allein mit der Tatsache begründen, dass die Familien mit ihrer

Erziehungs- und Reproduktionsfunktion zahlreiche positive gesamtgesellschaftliche und –wirtschaftliche Erträge schaffen, die den Charakter von positiven Externalitäten haben und – ohne staatliche Kosteninternalisierung – zu einem allokativen Marktversagen führen können. Neben diesem allokativen Argument zeichnet sich eine nachhaltige Familienpolitik aber auch durch distributive Gerechtigkeitsvorstellungen aus. Auf Basis des vorherrschenden liberalen Staatsverständnisses sollte allerdings stets der Grundsatz verfolgt werden: «So viel Umverteilung wie nötig und so wenig wie möglich». Wichtige Komponenten einer nachhaltigen Familienpolitik sind ihre **Bevölkerungs- und Bedürfnisorientierung** in Verbindung mit dem **Grundsatz der Wahlfreiheit** sowie die stetige **Ausrichtung auf das Wohl der Kinder**. Die liechtensteinische Familienpolitik verfügt über einen großen Strauß von Leistungen, mit denen diese Zielsetzungen realisiert werden können.

Die Gegenüberstellung des Status Quos in Liechtenstein mit den Ergebnissen internationaler Vergleichsstudien lässt einige Ansatzpunkte für eine nachhaltigkeitsorientierte Weiterentwicklung der liechtensteinischen Familienpolitik erkennen. Da die Opportunitätskosten die Entscheidung für oder gegen Kinder vergleichsweise stärker als die direkten Kosten beeinflussen, wird ein wesentlicher Ansatzpunkt in Verbesserungsleistungen der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** gesehen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zum einen durch quantitativ ausreichende, qualitativ hochwertige und «bezahlbare» **Angebote zur außerhäuslichen Kinderbetreuung** verbessert werden. „Childcare services play a major role in supporting women’s employment: the more satisfactory the provision of childcare services is, the less – ceteris paribus - women prefer to stay at home rather to work for the market.“<sup>258</sup> Dank zahlreicher frühpädagogischer Studien<sup>259</sup> hat sich mittlerweile – zumindest in Fachkreisen – die Erkenntnis durchgesetzt, dass die qualitativ hochwertige außerfamiliäre Kleinkinderbetreuung die Entwicklung von Kindern keineswegs behindert. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten kann sie sogar dazu beitragen, sozioökonomisch bedingte Entwicklungsdefizite frühzeitig auszumerzen, und so einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Startchancen leisten. „Kinder aus bildungsfernen Schichten werden ohne frühe gleichwertige Anregungen und Bildung [...] die Benachteiligung durch das Elternhaus auch bei später intensiven Bemühungen des Staates bzw. der Schulen nicht mehr ausgleichen.“<sup>260</sup>

---

<sup>258</sup> Da Roi, Sabatinelli (2007), S. III.

<sup>259</sup> Vgl. beispielsweise Egbers (2005), S. 13 ff.

<sup>260</sup> Egbers (2005), S. 13.

Vor diesem Hintergrund sollte jedes Kind in Liechtenstein unter drei Jahren<sup>261</sup> einen **Anspruch** auf einen **Betreuungsplatz** erhalten. Zusätzlich muss gewährleistet werden, dass die Inanspruchnahme außerhäuslicher Betreuungsangebote auch für alle Familien finanzierbar ist. Derzeit werden die Kosten eines Ganztagesplatzes des Vereins Kindertagesstätten mit rund 60 Prozent durch den Staat getragen. Für etwa 40 Prozent der Kosten müssen die Eltern durch Elternbeiträge aufkommen, wobei die Tarife einkommensabhängig gestaltet sind und vor allem für den Zweitverdiener – in der Regel die Frau – aus den mittleren Einkommenschichten den Arbeitsanreiz schmälern. Um diesen negativen Anreizeffekt zu beseitigen und die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen, wäre es zum einen möglich, dass der Staat seinen Subventionsanteil auf 100 Prozent der Platzkosten erhöht. Nach finanzwissenschaftlichen Grundsätzen sollte allerdings beim Angebot öffentlicher Güter und Dienstleistungen generell dem Äquivalenzgedanken entsprochen werden. „Wenn öffentliche Ausgaben zu finanzieren sind und für die Aufteilung dieses Finanzbedarfs auf die Staatsbürger Kriterien gesucht werden, so liegt es nahe, zunächst zu fragen, wem diese Ausgaben zugute kommen und ob die Finanzierung sich nicht am Vorteilsempfang orientieren sollte. [...] Auch bei öffentlicher Bereitstellung eines Gutes für Individuen oder Gruppen sollte im Regelfalle ein kostendeckender Preis gefordert werden, um eine Abwägung von Nutzen und Kosten zu induzieren.“<sup>262</sup> Wenngleich eine Anwendung des Äquivalenzprinzips in Reinform bei der Finanzierung der außerhäuslichen Kinderbetreuungsangebote weder sinnvoll noch machbar ist, müsste dennoch eine Diskussion darüber geführt werden, ob und in welcher Form<sup>263</sup> dem Äquivalenzgedanken mehr Rechnung getragen werden soll oder muss.

Zum zweiten ist es unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus internationalen Vergleichsstudien angezeigt, den bis dato unbezahlten Elternurlaub in Liechtenstein durch eine **bezahlte Elternzeit** zu ersetzen, deren Bezahlung sich an dem vorher bezogenen Arbeitseinkommen bemisst. Durch eine bezahlte Elternzeit werden die durch die Erwerbsunterbrechung bedingten Opportunitätskosten reduziert. Zugleich wird die Attraktivität der Elternzeit und damit auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die betroffenen Familien erhöht. Ob eine Ausdehnung der Elternzeit sinnvoll und zielführend ist, kann an dieser Stelle nicht abschließend erörtert werden. Allerdings sollte auf-

---

<sup>261</sup> Beziehungsweise unter vier Jahren, wenn das Einstiegsalter im Kindergarten in seiner jetzigen Form beibehalten wird.

<sup>262</sup> Zimmermann, Henke (1994), S. 99 f.

<sup>263</sup> Denkbar wäre beispielsweise eine Erhöhung des Elternbeitrags auf die Hälfte der Platzkosten in Verbindung mit der Auszahlung eines einkommensunabhängigen Erziehungsgeldes in Höhe des durchschnittlichen Elternbeitrags und in Verbindung mit einheitlichen Elternbeiträgen.

grund des Erfahrungshintergrundes in anderen Ländern die Elternzeit maximal auf ein halbes Jahr begrenzt werden, um sich nicht zu einem «Bumerangeffekt» auszuwachsen.

Die Befragung «Familien Liechtenstein» hat darüber hinaus aber auch – in Übereinstimmung mit internationalen Studien – gezeigt, dass neben der außerhäuslichen Kinderbetreuung die mangelhafte **Familienfreundlichkeit der Berufswelt** einen entscheidenden Hemmfaktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt, weshalb eine breit abgestützte «Allianz für Familie» zwischen Bürgern, Privatwirtschaft und Staat angeregt wird. Dass sich eine familienfreundliche Unternehmenspolitik nicht nur betriebswirtschaftlich rechnet, sondern auch volkswirtschaftlich geboten ist, stellt diese «**Allianz für Familie**» auf ein solides ökonomisches Fundament. „Ein familienfreundliches Umfeld verbessert über personengebundene Faktoren nachhaltig die Entwicklungsmöglichkeit von bestehenden Unternehmen und verbessert damit die Möglichkeiten zur ökonomischen Entwicklung des Standortes. Unternehmen in familienfreundlichen Regionen können durch die verbesserte Ausschöpfung des regionalen Arbeitskräfteangebots auf ein breiteres Angebot insbesondere junger – typischerweise in der Phase der Familiengründung befindlicher – Fachkräfte zurückgreifen. [...] Familienorientierte Angebote [...] gelten als regionale «Pull-Faktoren» für erwerbstätige Mütter und Väter und insbesondere für hochqualifiziertes Fachpersonal.“<sup>264</sup>

Zusätzlich wäre es denkbar, das Eintrittsalter in den Kindergarten beziehungsweise in die Primarschule herabzusetzen. „Diese Maßnahme ist sowohl aus familienpolitischen, als auch bildungs- und integrationspolitischen Gründen erforderlich.“<sup>265</sup> Ein weiterer Ansatzpunkt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nämlich die Förderung der **Ganztagsbetreuung von Schulkindern**, wird im Moment bereits durch das Projekt «Tagesstrukturen» angegangen.

Auf der anderen Seite verlangt der Grundsatz der Wahlfreiheit aber auch, dass es jedem Vater und jeder Mutter freigestellt sein muss, sich ganz der Haus- und Familienarbeit zu widmen. Das familienpolitische Maßnahmenbündel Liechtensteins trägt auch dieser Komponente einer bedürfnisgerechten Familienpolitik bislang nur unzureichend Rechnung. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass allein aus allokativen Erwägungen die **Erziehungsleistung «entlohnt»** werden muss, um einem (teilweisen) allokativen Marktversagen vorzubeugen. Dabei müssen allerdings insofern Anreiz verzerrende Effekte vermieden werden, als weder die außer- noch die innerfamiliäre Erziehungsleistung vom Staat bevorzugt beziehungsweise benachteiligt wird. Denn schließlich sollte

---

<sup>264</sup> Prognos AG (2004), S. 4.

<sup>265</sup> Couchepin (2004), S. 6.

es jeder Familie frei gestellt sein, ob sie die Erziehungsverantwortung für Kleinkinder ausschließlich selbst übernimmt oder sie (teilweise) an professionelle Dienstleister abgibt. Eine verbreitete Internalisierungsstrategie besteht in der Auszahlung eines Erziehungsgeldes in Anschluss an den bezahlten Elternurlaub. Damit das Erziehungsgeld als «Abgeltung» der positiven Externalitäten fungiert, muss es allen Eltern(-teilen) in gleicher Höhe und unabhängig vom Erwerbsstatus oder Beschäftigungsgrad gewährt werden. Orientiert sich die Höhe des Erziehungsgeldes an der Höhe der (einheitlichen) Elternbeiträge für die außerhäusliche Kinderbetreuung, so wird erreicht, dass es den Eltern(-teilen) frei gestellt ist, ob sie ihre Kinder selbst betreuen und dafür in Form des Elterngeldes «entlohnt» werden oder aber das Elterngeld für die außerhäusliche Kinderbetreuung investieren. Eine zentrale Herausforderung liegt in jedem Fall darin, Anreiz verzerrende Wirkungen zu Lasten der Frauenerwerbstätigkeit zu vermeiden. Eine wichtige Bedingung dafür ist, dass derartige Geldleistungen nur in Kombination mit Dienstleistungsangeboten zur außerhäuslichen Kinderbetreuung eingesetzt werden.

Des Weiteren wurden die direkten Kosten als wichtige Komponenten der Fertilitätsentscheidung betrachtet, wobei gerade denjenigen Leistungen, die unmittelbar dem Wohl des Kindes zugute kommen, Vorrang eingeräumt wurde. Diesen Zweck erfüllt in erster Linie die Kinderzulage. Ob dagegen eine Geburtszulage tatsächlich zu einer höheren Kinderzahl beiträgt oder aber eine Anerkennung der Mutterrolle bewirkt, darf bezweifelt werden.

Allerdings beeinflussen nicht nur ökonomische Faktoren die Fertilitätsentscheidung. Die Ausführungen haben gezeigt, dass vor allem den **gesellschaftlichen Strukturen** und Wertevorstellungen eine zentrale Bedeutung für die tatsächliche Wahlfreiheit der Geschlechter zukommt. Entsprechend den Erkenntnissen aus internationalen Vergleichsstudien wirkt sich die berufliche und familiäre Gleichstellung der Geschlechter positiv auf die Kinderzahl aus, so dass jegliche Familienpolitik auch immer Gleichstellungspolitik sein muss. Angesichts der ausgeprägten horizontalen und vor allem vertikalen Segregation des heimischen Arbeitsmarktes hat Liechtenstein hier noch großen Aufholbedarf. Gerade für Liechtenstein hat sich aber auch gezeigt, dass die jungen Frauen (und ihre Partner) oftmals «moderner» sind als die Gesellschaft. Damit die Diskrepanz zwischen den Lebensentwürfen junger Frauen und den Normen und Werten ihres gesellschaftlichen Umfeldes nicht zur (un-)freiwilligen Kinderlosigkeit führt, muss der Staat diesen Wertewandel aktiv begleiten. „Ohne dass der Staat ein Rollenbild vor-

schreibe, müsse er auf die gewünschte Flexibilität von Familien reagieren, damit jedes Paar seine Aufgabenteilung selbst definieren könnte.<sup>266</sup>

Angesichts dieses erweiterten und vertieften Verständnisses einer nachhaltigen Familienpolitik muss abschließend auch die traditionelle Begriffsdefinition von *Lampert/Althammer* revidiert werden, die da lautet: „Familienpolitik umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen und Einrichtungen, mit denen die Träger der Politik das Ziel verfolgen, die Familie als eine Institution zu schützen und zu fördern“.<sup>267</sup> Demgegenüber muss sich eine bedürfnisgerechte Familienpolitik viel mehr der Frage stellen, ob sie auch tatsächlich den heterogenen Bedürfnissen ihrer Gesellschaftsmitglieder gerecht wird. Es geht somit weniger um den Schutz als um die Gewährleistung und Ermöglichung einer Wahlfreiheit in Bezug auf die unterschiedlichen Familienmodelle und –typen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass „[...] measures which may potentially affect reproductive behaviour will manifest their influence only in the long-term“,<sup>268</sup> so dass sich jede erfolgreiche Familienpolitik durch einen langen Atem auszeichnet.

---

<sup>266</sup> Franke-Vogt (2007), S. 1.

<sup>267</sup> Lampert, Althammer (2004), S. 350.

<sup>268</sup> Sleebos (2003), S. 48.

## 9 Literatur

- D'Addio, Anna Cristina; Marco Mira D'Ercole* (2005): Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries. The Role of Policies, OECD Social, Employment and Migration Working Paper 27, Paris.
- Adsera, Alicia* (2004): Changing Fertility Rates in Developed Markets. The Impact of Labor Market Institutions, in: *Journal of Population Economics* 17, S. 17 – 43.
- Aiginger, Karl* (2004): Wirtschaftswachstum: Grundvoraussetzung für Wohlfahrtszuwachs. Spielräume zur Anhebung des Wachstumspfades, in: *WISO* 27 (3), S. 35 – 58.
- Althammer, Jörg* (2000): Ökonomische Theorie der Familienpolitik. Theoretische und empirische Befunde zu ausgewählten Problemen staatlicher Familienpolitik, Heidelberg.
- Amt für Soziale Dienste* (1997): Armut in Liechtenstein, Schaan.
- Amt für Volkswirtschaft* (1997): Liechtensteinische Volkszählung 1990. Band 5: Haushalt und Familien, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2000): Beschäftigungs- und Arbeitsplätzestatistik per 31. Dezember 2000, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2004): Zivilstandsstatistik 2004, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005a): Beschäftigungs- und Arbeitsplätzestatistik per 31. Dezember 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005b): Bevölkerungsstatistik per 31. Dezember 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005c<sub>1</sub>): Liechtensteinische Volkszählung 2000. Band 1: Bevölkerungsstruktur, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005c<sub>4</sub>): Liechtensteinische Volkszählung 2000. Band 4: Haushalte und Familien, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005c<sub>5</sub>): Liechtensteinische Volkszählung 2000, Band 5: Erwerbsleben und Ausbildung, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005d): Statistisches Jahrbuch 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005e): Zivilstandsstatistik 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006a): Bildungsstatistik 2006, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006b): Statistisches Jahrbuch 2006, Vaduz.
- Andersen, Morten* (2005): Bericht zur Bedürfnisanalyse «Tagesstrukturen und ausserhäusliche Betreuung – Situation und Bedürfnisse», Bericht im Auftrag des Amtes für Soziale Dienste und des Schulamtes, Vaduz.
- Banfi, Silvia; Rolf Iten, Diego Medici* (2007): Familienergänzende Kinderbetreuung und Erwerbsverhalten von Müttern mit Kindern, in: *Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik* 80 (5), S. 55 – 58.
- Baßeler, Ulrich; Jürgen Heinrich; Burkhard Utecht* (2006): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 18. Aufl., Stuttgart.
- Baumgartner, Doris* (2003): Frauen im mittleren Erwerbsalter. Eine Studie über das Potenzial erhöhter Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, Beiträge zur Sozialen Sicherheit: Forschungsbericht 6/03 des Bundesamtes für Sozialversicherung, Bern.
- Bergheim, Stefan* (2005): Humankapital wichtigster Wachstumstreiber. Erfolgsmodelle für 2020, Deutsche Bank Research 324. Aktuelle Themen: Globale Wachstumszentren, Frankfurt.

- Biedermann, Horst; Christian Brühwiler* (2006): PISA 2003 – Synthesebericht für das Fürstentum Liechtenstein, Kompetenzzentrum Forschung und Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen St. Gallen und Rorschach, St. Gallen.
- Buchmann, Marlis; Irene Kriesi, Andrea Pfeifer, Stefan Sacchi* (2002): Halb drinnen – Halb draussen. Analysen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen in der Schweiz, Chur, Zürich.
- BUND, Misereor* (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie, Basel, Boston, Berlin.
- Bundesamt für Statistik (BFS)* (2007): Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) und der natürlichen Bevölkerungsbewegung (BEVNAT) 2006. Provisorische Ergebnisse, BFS Aktuell 1: Bevölkerung / Population, Neuchâtel.
- Bundeskanzleramt Österreich* (2007): Die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen in österreichischen Unternehmen, Wien.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse der aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten von Prof. Dr. Bert Rürup im Auftrag des BMFSFJ, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* (2006a): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse, 2. Aufl., Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* (2006b): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* (2006c): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006. Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? Stand, Fortschritte, Bilanz, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Zentralverband des Deutschen Handwerks* (2004): Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk – Potenziale, Kosten-Nutzen-Relationen, Best Practices, Berlin.
- Bütler, Monika* (2006): Arbeiten lohnt sich nicht – ein zweites Kind noch weniger, Diskussionsbeitrag 05/2006 des Departements of Economics der Universität St. Gallen.
- De la Fuente, Angel; Antonio Ciccone* (2002): Das Humankapital in der wissensbasierten globalen Wirtschaft. Abschlussbericht. Elektronische Ressource unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/publications/2003/ke5303766\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/publications/2003/ke5303766_de.pdf) (Abruf vom 01. April 2007).
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)* (2004): Die Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Methodische Grundlagen, elektronische Ressource unter: <http://www.are.admin.ch/imperia/md/content/are/nachhaltigeentwicklung/15.pdf> (Abruf vom 06. Juli 2006).
- Dohmen, Dieter; Kathrin Fuchs, Klemens Himpele* (2006): Bildung, externe Effekte, technologische Leistungsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Studie zum deutschen Innovationssystem 13, Berlin.
- Egbers, Gitta* (2005): Frühkindliche Erziehung und Vorschule, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Bildung und Beschäftigung. Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 13 – 16.
- Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)* (2004): Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, Bern.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement* (2002): Der Wachstumsbericht. Determinanten des Schweizer Wirtschaftswachstums und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, Bern.

- Engelhardt, Henriette, Tomas Kögel, Alexia Prskawetz* (2004): Fertility and women's employment reconsidered: a macro-level time series analysis for developed countries. 1960 – 2000, in: *Population Studies* 58 (1), S. 109 – 120.
- Engelhardt, Henriette; Alexia Prskawetz* (2005): Beruf und Familie immer noch schwer zu vereinbaren, in: *Demographische Forschung* 2 (3), S. 1 – 2.
- Europäische Kommission* (2005): Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2005, Luxemburg.
- Eurostat* (2006): Die ausländische Bevölkerung in den Mitgliedstaaten der EU, Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen: Bevölkerung 8/2006, Luxemburg.
- Eurostat* (2007): Jüngste Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt 2. Quartal 2006, Daten kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen 1/2007, Luxemburg.
- Fenge, Robert; Wolfgang Ochel* (2001): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: der Schlüssel für eine kinderreiche Gesellschaft, in: *ifo Schnelldienst* 54 (12), S. 17 – 29.
- Franke-Vogt, Desirée* (2007): Von alten Rollenbildern abrücken, in: *Liechtensteiner Vaterland* vom 02. Mai 2007, S. 1.
- Frommelt, Isabel* (2005): Analyse Sozialstaat Liechtenstein. Basierend auf der Entwicklung der Sozialausgaben des Landes 1995 bis 2004, Vaduz.
- Fürstlich Liechtensteinische Regierung* (1994): Familienbericht 1994. Bericht zum UNO-Jahr der Familie, Schaan.
- Fux, Beat* (2005): Eidgenössische Volkszählung 2000. Familiäre Lebensformen im Wandel, hrsg. vom Bundesamt für Statistik (BFS), Neuchâtel.
- Gauthier, Anne H.; Jan Hatzius* (1997): Family Benefits and Fertility. An Economic Analysis, in: *Population Studies* 51 (3), S. 295 – 306.
- Gerlach, Irene; Susanne von Hehl, Oliver Richter, Bernd Stinsmeier, Pia Wetzorke* (2004): Familienpolitik der Schweiz im Ländervergleich. Beitrag zur Sozialen Sicherheit 10/04, Bern.
- Geser, Hans* (2001): Was ist eigentlich ein Kleinstaat?, in: Romain Kirt, Arno Waschkuhn (Hg.): *Kleinstaat-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven*, Baden-Baden, S. 89 – 100.
- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt* (2005): Familienfreundliche Unternehmenspolitik. Eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Wirtschaftsregion Basel, Basel.
- Grundlach, Erich* (2001): Die Bedeutung des Humankapitals für das Wirtschaftswachstum, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Hart, Betty; Todd R. Risley* (1995): Meaningful Differences in the Everyday Experience of Young American Children, Baltimore.
- Hauff, Volker* (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.
- Hofmann, Antje* (2001): Humankapital als Standortfaktor – Volkswirtschaftliche Betrachtungsweisen, Aachen.
- Isopublic* (2007): Familien in Liechtenstein. Tabellenband. Elektronische Ressource unter: [http://www.llv.li/amtsstellen/llv-rfl-familie/llv-rfl-familie-aktuelle\\_themen.htm](http://www.llv.li/amtsstellen/llv-rfl-familie/llv-rfl-familie-aktuelle_themen.htm) (Abruf vom 15. Mai 2007).
- Jönssen, Ingrid* (2002): Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben in Schweden, in: *WSI-Mitteilungen* 3, S. 176 – 183.
- Kirchmeyer, Catherine* (2002): Gender Differences in Managerial Careers: Yesterday, today and tomorrow, in: *Journal of Business Ethics* 37, S. 5 – 24.
- Kirt, Romain; Arno Waschkuhn* (2001): Was ist und zu welchem Zwecke betreibt man Kleinstaat-Forschung? Ein Plädoyer für die wissenschaftliche Beschäftigung mit kleinen Nationen, in: Romain Kirt, Arno Waschkuhn (Hg.): *Kleinstaat-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven*, Baden-Baden, S. 23 – 48.

- Köpfli, Janine* (2007a): Damit sich das Arbeiten auch für Mütter lohnt, in: Liechtensteiner Vaterland vom 03. April 2007, S. 4.
- Köpfli, Janine* (2007b): Frauen arbeiten – mit oder ohne Kinder, in: Liechtensteiner Vaterland vom 27. Februar 2007, S. 5.
- Lampert, Heinz; Jörg Althammer* (2004): Lehrbuch der Sozialpolitik, 7. Aufl., Heidelberg.
- Maier, Shusha* (2007): Gegen zementierte Rollenbilder, in: Liechtensteiner Vaterland vom 15. Mai 2007, S. 7.
- Mankiw, Gregory N.* (2004): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Stuttgart.
- Marxer, Wilfried* (2004): 20 Jahre Frauenstimmrecht – Eine kritische Bilanz, Liechtenstein-Institut Beitrag 19, Benden.
- Marxer, Wilfried* (2007): Migration und Integration. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Studie zuhanden der NGO-Arbeitsgruppe „Integration“, Arbeitspapier 8 Liechtenstein-Institut, Benden.
- Mecop-Infras* (2007): Familienergänzende Kinderbetreuung und Erwerbsverhalten von Haushalten mit Kindern. Studie im Auftrag des SECO, Bern.
- Moser, Urs* (2005): Kontextmerkmale des Bildungssystems und ihre Bedeutung für die Mathematikleistungen, in: Forschungsgemeinschaft PISA Deutschschweiz / FL (Hg.): PISA 2003: Analysen für Deutschschweizer Kantone und das Fürstentum Liechtenstein. Detaillierte Ergebnisse und methodisches Vorgehen, Zürich, S. 105 – 140.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI)* (2006): Familienpolitik und Familie in Europa. Literaturbericht, Düsseldorf.
- Nizalova, Olena* (2000): Economic and Social Consequences of Maternity Protection: A Cross Country Analysis. Elektronische Ressource unter: [http://eerc.org/research/matheses/2000/Nizalova\\_Olena/body.pdf](http://eerc.org/research/matheses/2000/Nizalova_Olena/body.pdf) (Abruf vom 10. Mai 2007).
- OECD* (2004a): Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von Pisa 2003, Paris.
- OECD* (2004b): Vom Wohlergehen der Nationen. Die Rolle von Human- und Sozialkapital, Paris.
- OECD* (2006): Die OECD in Zahlen und Fakten, Paris.
- Österreichisches Institut für Jugendforschung* (2007): Liechtensteinische Jugendstudie 2006. Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein. Endbericht der standardisierten Fragebogenerhebung, Wien.
- Olier, Lucile* (1999): Combien nous coûtent nos enfants?, in: Données sociales, S. 324 – 332.
- Prognos AG* (2004): Familienfreundlichkeit als Standortfaktor für Regionen. Kurzexpertise, Basel.
- Regierung der Bundesrepublik Deutschland* (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Ressort Familie und Gleichberechtigung* (2002): Familienförderung in Liechtenstein, Broschüre, Schaan.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein* (2004): Länderbericht Liechtenstein. Erster Bericht gemäß Art. 16 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966, Vaduz. Elektronische Ressource unter: [http://www.liechtenstein.li/cesc\\_04\\_deutsch.pdf](http://www.liechtenstein.li/cesc_04_deutsch.pdf) (Abruf vom 16. Mai 2007).
- Rogall, Holger* (2000): Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik: Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und Ökologische Ökonomie, Berlin.
- Da Roi, Barbara; Stefania Sabatinelli* (2007): The Cost of Childcare in EU Countries, hrsg. vom Europäischen Parlament, Brüssel. Elektronische Ressource unter: <http://eurofam.org/documents/partaged/pub2007/news/thecostofchildcare1en.pdf> (Abruf vom 02. Juni 2007).
- Samuelson, Paul. A.; William D. Nordhaus* (2005): Volkswirtschaftslehre. Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, Bobingen.

- Simon, Silvia* (2006): Zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von Kleinstaaten. Kleinheitsbedingte Optionen und Restriktionen am Beispiel Liechtenstein, Beitrag Liechtenstein-Institut 37, Barend.
- Sleebos, Joëlle E.* (2003): Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses, OECD Social, Employment and Migration Working Paper 15, Paris.
- Sochin, Martina* (2006): Karriereverlauf von Frauen und Männern in Liechtenstein. Untersuchung anhand einer Realschulabschlussklasse, Beitrag Liechtenstein-Institut 32, Barend.
- Spieß, Katharina* (2006): Familienbezogene Politiken in Deutschland, Dänemark, Frankreich und Großbritannien – eine Systematisierung unter Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung. Elektronische Ressource unter: [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/katharina\\_spiess/katharina\\_spiess.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/katharina_spiess/katharina_spiess.pdf) (Abruf vom 06. Mai 2007).
- Stabsstelle für Chancengleichheit* (2006): Frauen und Männer in Liechtenstein. Zahlen und Fakten. Fragen und Antworten, Vaduz.
- Steffen, Isabelle* (2007): Familienpolitischer Kontext der Frauenerwerbstätigkeit in der Schweiz, in: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 80 (5), S. 52 – 54.
- Wirsching, Max* (2005): Der demographische Wandel und dessen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, in: KfW-Research: Mittelstands- und Strukturpolitik 32, Frankfurt, S. 13 – 36.
- Wößmann, Ludger* (2006): Der private wirtschaftliche Nutzen der Bildung. Empirische Evidenz, in: WiSt 35 (7), S. 384 – 390.
- Zimmermann, Horst; Klaus-Dirk Henke* (1994): Finanzwissenschaft, 7. Aufl., München.

\* \* \* \* \*



